

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Wittwoch, den 23. Januar 1907.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis halbjährlich: 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.
Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. In der Schweiz, Österreich, Ungarn, Dänemark und Norwegen 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erchelet täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr
Beträgt für die sechsstelligen Anzeigen oder deren Raum 50 Pf., für dreistellige und gemischthellige Anzeigen und Bekanntmachungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (selbstgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Was die bürgerlichen Parteien dem Arbeiter bieten.

Wie bei jedem Wahlkampfe, so lehrt auch in diesem die alte abgekehrte Lüge wieder, daß die Sozialdemokratie eine Verbesserung der Arbeiterlage gar nicht wolle, daß sie deshalb von Anfang an eine Gegnerin der sozialpolitischen Gesetze für die Arbeiter gewesen sei und es auch in alle Zukunft bleiben werde, so daß der Arbeiter, der Verbesserung der Arbeiter-versicherung und Ausdehnung des Arbeiterschutzes wolle, nicht sozialdemokratisch wählen dürfe, sondern seine Stimme den um sein Wohlergehen eifrig besorgten bürgerlichen Parteien geben müsse.

Nur der Umstand, daß unsere Gegner jedes wirksamen Agitationsmaterials gegen die Partei der Arbeiter und der kleinen Leute ermangeln, wenn sie streng bei der Wahrheit bleiben wollten, macht es einigermaßen erklärlich, daß sie diese dumme Lüge immer wieder aufstischen. Hier die Sozialdemokratie gegen diesen abgehausten Schwindler verteidigen, hieße unsere Leser beleidigen.

Drehen wir aber einmal den Spieß um — prüfen wir, was die Gegner, was die bürgerlichen Parteien, die sich jetzt um die Wette als Arbeiterfreunde anpreisen, auf dem Gebiet der Sozialpolitik geleistet haben!

Ein kurzer Rückblick auf die Tätigkeit des aufgelösten Reichstags zeigt, daß sie auf dem Gebiet des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung dürr und unfruchtbar war wie die südwestafrikanische Wüste. Vom Jahre seiner Erwählung bis heute, von 1903 bis 1907 ist so gut wie gar nichts geleistet worden. Das einzige Gesetz sozialpolitischen Inhalts, das in diesen 4 1/2 Jahren fertiggestellt worden ist, das ist das Gesetz über die Kaufmannsgerichte. Ein Gesetz, das lediglich die Konsequenz des Gewerbegerichts-gesetzes und viel zu spät erlassen worden ist.

Wie aber sieht dieses Werk der bürgerlichen Parteien und der Regierung aus? Es enthält derartige rück-sichtige Bestimmungen, daß die Sozialdemokratie es als ihre Pflicht ansah, gegen das Gesetz zu stimmen! In der Kommission hatten die bürgerlichen Parteien unter anderen Anträgen der Sozialdemokratie auch den angenommen, die Altersgrenze für aktive Wahlrecht auf 21, für passive auf 25 Jahre festzusetzen und dem weiteren Antrage unserer Genossen, auch den Frauen das volle Wahlrecht zu geben, wenigstens zur Hälfte Rechnung zu tragen, indem sie ihnen wenigstens das aktive Wahlrecht zustanden. Die Handlungsgehilfen sollte die Weisheit wählen dürfen, aber nicht selber Weisiger werden können.

Raum aber hatte die Regierung erklärt, daß sie die Beschlüsse über das Wahlrecht der Frauen und die Herabsetzung des Wahlalters nicht annehmen werde, so fiel zunächst das Zentrum um und bald darauf folgten ihm die Antisemiten. Von den sozialdemokratischen Verbesserungsvorschlägen blieb nur wenig bestehen. Den Handlungsgehilfen — zirka 200 000 an der Zahl — wurde das Wahlrecht vorenthalten und das Wahlalter wieder auf das 25. bzw. 30. Jahr festgesetzt. Zur Ausübung des Richterpostens im Kaufmannsgericht ist ein höheres Alter erforderlich, als zur Tätigkeit als Gesetzgeber und Volksvertreter, da der Deutsche mit 25 Jahren in den Reichstag wählbar ist.

Der sozialdemokratische Redner schloß bei der Schluss-beratung über das Gesetz mit den Worten:

„Um uns diese Möglichkeit zu erhalten (daß ein besseres Gesetz gemacht werde), stimmen wir gegen das Gesetz, das durch die Annahme der Kompromißanträge so verschlechtert wird, daß es unbrauchbar, ungerecht und rückständig, selbst die elementarsten Forderungen der Kaufmannsgehilfen unerfüllt läßt.“

Eine kleinere Forderung an der Seemannsordnung und am Handelsgesetzbuch war lediglich die Konsequenz der letzten Novelle zum Krankenversicherungsgesetz, wodurch die Unterhaltungsdauer auf 26 Wochen heraufgesetzt worden war. Diese Bestimmung mußte man natürlich auch für die Seeleute und für die Handlungsgehilfen in Kraft treten. Die Sozialdemokratie verfuhr bei dieser Gelegenheit noch einige kleine Verbesserungen für die Seeleute durchzubringen. Sie beantragte, daß der Seemann auch noch bis drei Wochen nach der Abmusterung Anspruch auf Krankentatschädigung an den Reeder haben soll. Diese kleine Forderung, deren Berechtigung auf der Hand liegt, lehnte die bürgerliche Mehrheit ab!

Dasselbe Schicksal erlitt eine Resolution, der Sozialdemokraten, die für die Seeleute eine Krankenversicherung mit voller Selbstverwaltung nach Maßgabe der Krankenversicherung der gewerblichen Arbeiter forderte!

Das Gesetz über die Kaufmannsgerichte, die Abänderung der Seemannsordnung und des Handelsgesetzbuchs, das ist alles was die bürgerlichen Parteien Positives auf dem Gebiet der Sozialreform im letzten Reichstag geleistet haben. Und dieses wenige — wie unzureichend, wie unzulänglich ist es!

Wes größer wird indes die Liste, wenn man betrachtet, was die bürgerlichen Parteien Negatives auf diesem Gebiete

aufzuweisen, was sie verhindert haben, was sie verschleppt haben.

Eine ganze Reihe von wichtigen sozialpolitischen Forderungen lag vor, die schon seit langen Jahren gestellt wurden, deren Erfüllung immer brennenderes Bedürfnis der Zeit geworden ist. Der letzte Reichstag, seine bürgerliche Mehrheit hat nichts zur Lösung dieser Fragen getan, hat die Forderungen entweder abgewiesen oder ihre Erörterung überhaupt verschleppt.

Das Hauptstück eines wirklichen Arbeiterschutzes, der **Maximalarbeitszeit**, die gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit ist durch die bürgerlichen Parteien des letzten Reichstages absolut nicht gefördert worden. Die Sozialdemokratie hat natürlich mit jeder neuen Session ihren **Achtstundenantrag** wieder eingebracht, der für alle gewerblichen Arbeiter unter Festsetzung angemessener Uebergangsvorschriften die gesetzliche Beschränkung der täglichen regelmäßigen Arbeitszeit auf längstens acht Stunden, freien Sonnabend nachmittag fordert. Er kam nicht zur Verhandlung, ja das Zentrum, das selbst mit einem Achtstundenantrag paradierte, während die übrigen bürgerlichen Parteien (mit Ausnahme der Konservativen) nur für die Arbeiterinnen den Achtstundentag beantragten, das ausschlaggebende, das bis zum 13. Dezember regierende Zentrum hat nicht einmal dafür gesorgt, daß sein eigener Antrag beraten wurde.

Auch der vollständige Gesetzentwurf für den **Schutz der Haus- und Heimarbeiter**, den die Sozialdemokratie ausgearbeitet hat, ist in diesem Reichstage nicht zur Verhandlung gekommen. Seine einzige Leistung für die unglücklichen Heimarbeiter ist eine Resolution, in der die Regierungen aufgefordert werden, in nächster bald die Arbeiterschutzbestimmungen der §§ 135 bis 135b der Gewerbeordnung (Beschränkung der Arbeitszeit für Kinder und Arbeiterinnen) und die Kranken- und Invalidenversicherung auf die Hausindustrie auszudehnen. Unnötig zu sagen, daß es hinter dieser Resolution Beforderte völlig unzulänglich ist, daß es hinter den bescheidensten Forderungen, die nur die Anbahnung einer Beseitigung des Heimarbeiterelends bezwecken, weit zurückbleibt.

Von den 16 Initiativanträgen, die die Sozialdemokratie in der verflochtenen Legislaturperiode eingebracht hat, waren 10 sozialpolitischen Inhalts, nämlich der schon erwähnte Achtstundenantrag, ferner Anträge betreffend Versammlungs- und Koalitionsrecht, Vergarbeiterrecht, einheitliche Regelung des Knappschaffsklassenwesens, Einführung eines Reichsberggesetzes, geheimes Wahlrecht in den Knappschaffsklassen usw., Bauarbeiter-schutz, Schiedsgerichte für ländliche Arbeiter, Arbeitsvertragsgesetz für sämtliche Arbeiter unter Aufhebung der Gewerbeordnungen und Gewährung des Koalitionsrechtes, Wohnungsgesetz. Keiner von diesen Anträgen ist zur Verhandlung gekommen.

In der Session 1904/05 stellte die Sozialdemokratie bei der Stabsberatung ihren Achtstundenantrag als Resolution zur Abstimmung. Sie wurde von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt, ebenso drei weitere Resolutionen unserer Partei, die Schutz für die Bauarbeiter, Schutz des Koalitionsrechtes durch Verstrafung solcher Unternehmer, die Arbeiter wegen Gebrauch dieses Rechts mahregeln, und endlich eine Verbesserung der Bestimmungen über die Sonntagsruhe forderten!

Die Anträge, die die Sozialdemokratie für die Vergarbeiter und die Bauarbeiter gestellt hat, erinnern daran, wie die bürgerliche Reichstagsmehrheit diese Arbeiter im Stich gelassen hat. Auf wiederholten sozialdemokratischen Antrag wurde endlich am 24. Januar 1900 der Reichstanzler von allen Parteien mit Ausnahme der stets konsequenten konservativen Arbeiterfreunde ersucht, ein Reichsberggesetz vorzulegen. Am 12. Dezember 1904 nahm der Reichstag eine vom Zentrum eingebrachte Resolution an, in der der Reichstanzler ersucht wurde, der Entwurf zum Schutze der Vergarbeiter „noch in der gegenwärtigen Lagung“ vorzulegen. Gleich darauf half dasselbe Zentrum im preussischen Dreiklassenparlament das Truggesetz gegen die Vergarbeiter fertig zu machen, das den Vergarbeitern nach den Worten des Organs der „christlichen Vergelente“ Steine statt Brot gibt. Das Zentrum hat so verhindert, daß die preussische Regierung an den Reichstag gehen mußte, wo doch wohl ein etwas besseres Gesetz zustande gekommen wäre.

Eine billige Resolution leistete sich das Zentrum auch für die Bauarbeiter. Daß die Regierung aber von der darin ausgesprochenen Forderung nach Gautenkontrolle durch Kontrolleure aus der Arbeiter-schaft nichts wissen wollte, war dem Zentrum sehr gut bekannt. Als sich nun die günstige Gelegenheit bot, bei der Beratung eines Gesetzes, das auf die Forderungen der Innungsmeister unter den Bauunternehmern erlassen wurde, die Bestimmung über die Arbeiter-bankontrolleure einzufügen, da versagte die bürgerliche Mehrheit wiederum vor den entsprechenden Anträgen der Sozialdemokratie!

Zur Verhinderung der Mahregeln gegen die Wurmfraukheit unter den Vergarbeitern des Ruhr-

reviers, zum Protest gegen das in Preußen geplante Ausnahmengesetz gegen die Landarbeiter (gegen den Kontraktbruch der Landarbeiter) mußte jedesmal die Sozialdemokratie die Initiative ergreifen. Die Bürgerlichen taten aus eigenem nichts.

Mit umso größerem Eifer sind aber den Arbeitern schädliche Gesetzesvorlagen der Regierung in Beratung genommen worden. So der Gesetzentwurf gegen die Hilfskassen. Angeblich soll er die — Schwindellassen bekämpfen. In Wirklichkeit liefert er die freien Hilfskassen vollständig der Willkür der Bureaucratie aus. Obgleich die Sozialdemokratie das überzeugend nachwies, haben die bürgerlichen Parteien doch in der Kommissionsberatung den Entwurf eher noch verschlechtert, denn verbessert. Zur Verabschiedung im Plenum ist es nicht mehr gekommen. Jedes ist die Wiederkehr des Entwurfs im neuen Reichstag nur zu wahrscheinlich. Denn hier ist ein Gebiet, auf dem alle bürgerlichen Parteien, bis zu den Freisinnigen, durchaus einig sind. Ein Feldzug gegen das Selbstverwaltungsrecht der Krankenkassen scheint nur noch eine Frage der Zeit zu sein.

Der Plan der vereinigten Arbeiterfreunde von rechts und links ist, wie ihr Haupttrüser auf diesem Gebiet, der Freisinnige Dr. Mugdan verkündet hat, daß in den Vorständen der Ortskrankenkassen Unternehmer und Arbeiter zu gleichen Teilen sitzen und daß die Vorsitzenden durch die Gemeindebehörden erwählt werden sollen, d. h. daß den Arbeitervertretern eine feste Mehrheit der Unternehmer und Bureaukraten entgegen-gestellt wird.

Aus demselben Geiste wie dieser Entwurf war der Entwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine geboren. Das Gesetz gegen die Gewerkschaften hat ihn das Blatt der Gewerkschaften, das „Correspondenzblatt der Generalkommission“, mit Recht gekauft und das Brandmal hat es ihm aufgedrückt, als es enthielte, daß seine Bestimmungen fast wörtlich aus Rußland importiert sind, aus einem russischen Gesetzentwurf, der — die edle Absicht verfolgt, nur Gewerkschaften von des Zaren Gnade hochkommen zu lassen.

Es genügt, auf die unzuverlässige Haltung der bürgerlichen Parteien bei diesem Anschlag der Regierung auf das Koalitionsrecht der Arbeiter hinzuweisen. Zentrum und Nationalliberale (die Konservativen natürlich erst recht) bezeugten ihre Bereitwilligkeit, auf dem Boden dieses Entwurfs in die Kommissionsberatung einzutreten, wobei sie jedoch die Verantwortung für den Gesamtentwurf abzulehnen trachteten. Und wenn der Freisinn in diesem Falle eine Ausnahme machte, was verschlägt das angeführte der Tatsache, daß er eifrig dabei ist, bei den Wahlen die Konservativen und Nationalliberalen auf Kosten der Sozialdemokratie zu stärken, die jeden Anschlag auf das Koalitionsrecht mit Freuden mitmachen, wie ihre Haltung bei der Fuchthausvorlage unseligen Angedenkens genügend bewiesen hat.

Diese Vorlage aber, den Gesetzentwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, führte dieser Tage die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ unglauwblicherweise als Beweis für den sozialpolitischen Eifer der Regierung und der Regierungsparteien auf. Mit diesem Gesetzentwurf gegen die Gewerkschaften will das Regierungsblatt beweisen, daß die Behauptung der Sozialdemokratie vom Stillstand der Sozialreform unwahr sei!

Und bei dieser Gelegenheit hat das Blatt Bülow's in dankenswerter Weise die Karten der Regierung und ihrer Parteien aufgedeckt. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ teilt nämlich mit, daß der Gesetzentwurf gegen die Gewerkschaften im neuen Reichstag wiederkehren werde! Und daß ihm ein Entwurf über Arbeitskammern folgen werde!

Also endlich die Erfüllung einer seit mehr als zwei Jahrzehnten erhobenen Forderung der Arbeiterschaft? Gemach, gemacht! Die Vorlage, die da kommen soll, zeigt ihren Verdesuf schon jetzt! Die „Nordd. Allg. Ztg.“ verriet, daß sich dieses Gesetz aufbauen soll auf den Bestimmungen des Gesetzes über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine! Das heißt daß die Arbeitervertretungen in diesen Arbeitskammern von den auf Grund des Gesetzes über die Rechtsfähigkeit rechtsfähig gewordenen Arbeitervereinen gewählt werden sollen. Wie die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie also bei der Prüfung dieses letzteren Gesetzentwurfs ganz richtig vorausgesagt haben! Da nun die Bestimmungen dieses Entwurfs es nachgewiesenermaßen jeder wirklichen Gewerkschaft unmöglich machen, sich ihnen zu unterstellen, so bedeutet das, daß die künftigen Arbeitervertretungen in den Arbeitskammern, in den anerkannten amtlichen Institutionen, die Gutachten über Arbeiterfragen abzugeben, Forderungen der Arbeiter zu formulieren und zu begründen haben werden, aus — Arbeitswilligen, aus den Mitgliedern gelber Arbeitervereine bestehen würden! So werden die Forderungen der Arbeiter geradezu mit äbenem Hohn beantwortet!

Das ist die offizielle deutsche Arbeiterpolitik, das ist die Sozialreform des zurzeit herrschenden Kurzes. Die Sozialreform der Regierung und der bürgerlichen Parteien. Sie stellt sich dar als Verhinderung jedes ernstlichen Fortschritts auf dem Gebiet des Arbeiterschutzes, jeder einschneidenden Verbesserung auf dem Gebiet der Arbeiterversicherung und in

gefährlichen Anschlägen auf das Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter in der Krankenversicherung und auf das Recht der Koalition!

Dagegen halte man die eifrige, unermüdete Arbeit der Sozialdemokratie in der Sozialpolitik und jeder denkende Mensch wird zu dem Urteil gelangen müssen:

Der Arbeiter, der den Vertreter einer bürgerlichen Partei wählt, schmiedet Ketten für sich selbst und seine Kinder!

Kaiserliche Erläuterungen zu Bülow's Tischrede.

„Endlich heißt es, es gelte das persönliche Regiment zu bekämpfen und der Gefahr des Absolutismus vorzubeugen. Meine Herren, eine solche Gefahr besteht nicht und kann nach der bundesstaatlichen Verfassung des Reiches auch gar nicht bestehen. Unser Kaiser denkt nicht daran, Rechte in Anspruch zu nehmen, die ihm nach der Reichsverfassung nicht zukommen. Auch bei der Auflösung des Reichstages hat er nichts anderes getan, als daß er den Rat des Reichskanzlers und den Vorschlag des Bundesrats gutgeheißen hat, von einem verfassungsmäßigen Rechte Gebrauch zu machen. Wir leben nicht mehr in der Zeit des Großen Kurfürsten und des Großen Königs, die von ihrem Kabinett aus die Monarchie regierten.“

(Bülow's Tischrede vor dem Kolonialpolitischen Aktionskomitee vom 19. Januar 1904.)

Der Kaiser sagte:

am 4. Mai 1891 auf dem Festmahl des rheinischen Provinziallandtages (Ein Tagebuch Kaiser Wilhelms II nach Hof- und anderen Berichten. Von C. Schröder. S. 87):

„Ich bin der festen Ueberzeugung, daß, wie die anderen Provinzen meines Landes, so auch die Rheinprovinz, deren Söhne sich im Jahre 1870 so tapfer und brav für des Reiches Herrlichkeit geschlagen haben, mir folgen wird, und daß die Rheinprovinz nach wie vor der Ueberzeugung ist, daß das Heil nur in dem Zusammenwirken aller Teile liegt und deshalb dem Monarchen in dem auf das Wohl des Ganzen gerichteten Streben vertrauensvoll zu folgen ist. Einer nur ist Herr im Reiche, und das bin Ich, keinen anderen dulde Ich.“

am 24. Februar 1892 auf dem Festmahl des brandenburgischen Provinziallandtages (Dasf. Werk S. 110):

„Mit Schlagwörtern allein ist es nicht getan, und den ewigen mißvergnüglichen Anspielungen über den neuen Kurs und seine Männer erwidere Ich ruhig und bestimmt: „Mein Kurs ist der richtige, und er wird weiter gesteuert.“

am 2. Dezember 1895 auf dem Festmahl zur 25jährigen Erinnerung an die Schlacht bei Loigny (Dasf. Werk S. 216):

„Und je mehr man sich hinter Schlagworte und Partei-schlägeln zurückzieht, desto fester und sicherer rechne Ich auf meine Armeen, und desto bestimmter hoffe Ich, daß meine Armeen, sei es nach außen, sei es nach innen, meiner Wünsche und meiner Wille gewärtig sein wird.“

am 13. Dezember 1898 in einer Ansprache an die Berliner Schulleute (Dasf. Werk S. 316.):

„Als brave und tüchtige Soldaten und brave und zuverlässige Schulleute, den Vorgesetzten Berater, Helfer und Helfer, den Verbessern ein Schreden, seid Ihr der Arm, den Ich brauche, Gehorsam zu erzwingen, wenn es notwendig ist.“

„Für die Heimatpolitik, namentlich soweit sie die deutsche Landwirtschaft betrifft, glaube ich einiges getan zu haben, und ich bin stolz darauf. Aber Heimatpolitik und Kolonialpolitik sind keine Gegensätze, die Kolonien entwickeln, heißt auch Heimatpolitik treiben, wie Heimat und Mutterland ein und dasselbe sind.“ (Bülow's Tischrede.)

Der Kaiser sagte:

am 22. Februar 1893 vor einer Abordnung der landwirtschaftlichen Zentralvereine der östlichen Provinzen (Dasf. Werk S. 132):

„Wie mein unablässiges Streben auf das Wohl meines Landes gerichtet ist, so ist auch mein Wunsch und Wille, den Schwierigkeiten und Sorgen abzuwehren, mit welchen die Landwirtschaft, zumal in den östlichen Provinzen zu kämpfen hat. Nur einer längeren Zeit wird es gelingen, dem angestrebten Ziele näher zu kommen.“

am 6. September 1894 bei dem Festmahl für die Vertreter der Provinz Ostpreußen:

„Meine Herren, was Sie beklagt, das empfinde auch Ich, denn Ich bin der größte Grundbesitzer im Staate, und Ich weiß sehr wohl, daß wir durch schwere Zeiten gehen. Täglich ist mein Sinn darauf gerichtet, Ihnen zu helfen. Aber Sie müssen mich dabei unterstützen, nicht durch Lärm, nicht durch Mittel der von Ihnen mit Recht so oft bekämpften Oppositionsparteien, nein, in vertrauensvoller Ansprache zu Ihrem Souverän.“

Wahlkampf.

Die Zentralwahlkomitees

ersuchen wir, das ihnen zugegangene Zirkular Nr. 7 möglichst schnell den Wahlkomitees der einzelnen Wahlkreise zuzustellen. Der Parteivorstand.

Wahlresultat-Telegramme

ersuchen wir die Wahlkomitees der einzelnen Wahlkreise am Freitagabend bis spätestens 11 Uhr abzuschicken an die Adresse:

Dringend. Sozialdemokrat, Berlin.

Teilergebnisse bitten wir nur dann zu senden, wenn bis 11 Uhr das Gesamtergebnis nicht zu erhalten ist.

Spätere Telegramme finden in der Extraausgabe von Sonnabend mittag Aufnahme. Sie müssen spätestens 7 Uhr morgens abgefaßt werden.

Bülow's Blatt in den Spuren des Reichslügenverbandes.

Das innige Verhältnis des Reichskanzlers zum Reichslügenverband zeigt nur auch am Blatte Bülow's, an der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ seine Wirkungen. Das Regierungsorgan brachte in seiner Dienstagnummer eine freche Verleumdung des Genossen Singer, die, wenn sie etwa nicht aus der Korrespondenz des Reichslügenverbandes stammen sollte, sicherlich wert wäre, darin zu stehen. Die Schwindelnotiz lautet:

Singer als Förderer der Arbeiterwohlfahrt.

Im November 1903 erklärte Singer in einer sozialdemokratischen Versammlung zu Halle, in der über die Beschaffung billiger Wohnungen für die Arbeiter beraten wurde: „Es fällt mir nicht ein, dem Arbeiter eine besondere Wurst zu braten. Denn wenn er eine bessere Wohnung hat, so ist er zufrieden, und

Deutschland ein Kulturstaat?

Die gesamten wirklichen Einnahmen und Ausgaben des deutschen Reichsetats für 1907 betragen

1678 Millionen Mark.

Davon sind 57 Millionen von den Bundesstaaten als Matrikularbeiträge aufzubringen; 265 Millionen sollen durch eine Anleihe aufgebracht werden.

Die übrigen 1356 Millionen werden durch Ueberschüsse der Staatsbetriebe (Reichspost, Reichseisenbahnen usw.) aufgebracht, vor allen Dingen aber durch Zölle und Verbrauchsabgaben

in Höhe von mehr als

1100 Millionen Mark.

Von diesen Zöllen und Verbrauchsabgaben hat die nicht-bekleidete Klasse allein rund 900 Millionen aufzubringen!

Das Deutsche Reich fristet seine Existenz also ganz überwiegend von den Steuergroschen der Arbeiter, Kleinhandwerker und kleinen Beamten?

Wofür aber werden diese Steuergroschen verthan?

Die Ausgaben für den

Land- und Wassermilitarismus

und die Kolonialpolitik betragen im Jahre 1907 zusammen nicht weniger als

1460 Millionen Mark!

Der Militarismus und die Kolonialpolitik verschlingen also noch mehr, als die ganze Einnahme des Reiches beträgt. Jhretwegen mußten

265 Millionen Anleihe

gemacht werden.

Verdient ein Staat, um dessen Einnahmen und Ausgaben es solchermaßen bestellt ist, wirklich den Namen eines Kulturstaates?

wenn er zufrieden ist, so ist er für unsere Zwecke nicht zu haben.“ Die Arbeiter können hieraus ersehen, daß sie positive Leistungen für ihre Wohlfahrt von der Sozialdemokratie nicht zu erwarten haben, da es ja das Parteiinteresse erheischt, die Arbeiter unzufrieden zu erhalten.

Der Schwindel ist schon alt, neu ist an ihm nur, daß der Schaulah der Rede jetzt nach Halle verlegt wird, während eine Kofiz des Solinger „Kreis- und Intelligenzblatts“ vom 26. November 1903, auf Grund deren die Lüge schon damals entlarvt worden ist, von einer Stadtratssitzung in Berlin sprach.

Zu Anfang Dezember ist damals in der Parteipresse festgestellt worden, daß eine solche oder ähnliche Aeußerung in einer Berliner Stadtverordnetenversammlung vom Genossen Singer nie getan worden ist. Das Tatsächliche, woraus durch grobe Entstellung die Lüge zusammengedreht wurde, ist, daß Genosse Singer am 27. Dezember 1900 auf der Konferenz sozialdemokratischer Gemeindevertreter zu Berlin in der Debatte über das Referat des Genossen Hirsch über kommunale Wohnungspolitik sich gegen die Ansicht wanderte, daß die Kommunen deshalb Arbeiterwohnungen bauen sollen, damit sie ihren Arbeitern keine Feuerungs- und Mietzulagen zu geben brauchen. Wörtlich sagte er dann:

„Wir dürfen nicht die Arbeiter an die Scholle fesseln, ihre Abhängigkeit erhöhen und sie durch Wohnungsvorteile an das Unternehmertum fesseln, ganz gleich ob die

Woher stammt das Proletariat, dessen die industriellen Kapitalisten bedürfen?

„Arme,“ sagt der Philister, „hat es immer gegeben und wird es immer geben.“ Nichts irriger als das. Solange das Gemeinwesen an den Produktionsmitteln herrschte, konnte der Gegensatz von arm und reich sich nicht entwickeln. Erst durch das Privateigentum an den Produktionsmitteln wird die Armut möglich. Aber solange der Kleinbetrieb herrscht, nimmt die Besitzlosigkeit Einzelner selten eine große Ausdehnung an. Sie ist oft, wie bei den Handwerksgehilfen, nur ein vorübergehender Zustand, der in der Regel mit der Erwerbung eines selbständigen Besitzes endigt. Und die Besitzlosen gehören vielfach besitzenden Familien an.

Nur unter besonderen Verhältnissen wurde da die Besitzlosigkeit eine Massenerscheinung. Dies war der Fall vor vier- und dreihundert Jahren, gerade zu einer Zeit, wo auch alle anderen Bedingungen kapitalistischer Produktion zusammentraten. Dadurch wurde es ermöglicht, daß dieselbe ins Leben trat. Die großen Proletariatsmassen der damaligen Zeit rührten davon her, daß die Kleinbauern zugrunde gerichtet wurden, nicht durch die Juden, sondern durch ihre Grundherren, die Äbnen der heutigen Großgrundbesitzer, die es für ihren erblichen Beruf erklärten, den Bauer zu schützen. Bis in die neueste Zeit haben die Mißhandlungen der Bauern durch die Grundherren gedauert; daher der Zug der Bauern in die Städte, wo sie eine Zukunft suchten. Heute dauert dieser Zug fort, ja er verstärkt sich immer mehr, allerdings nicht mehr infolge von Mißhandlungen und Ausbeutungen, sondern infolge der Konkurrenz, welche der aus zusammengefallenen Bauernland entstandene Großgrundbesitz den übriggebliebenen Bauern macht.

Heute schwebt über jedem Arbeiter das Gespenst der Arbeitslosigkeit, wie über jedem Bauern und Handwerker das des Bankrotts.

Ob und inwieweit der Arbeiter Arbeit findet, das hängt nur zum geringsten Teile von ihm selbst ab, von seiner Beschäftlichkeit, seinem Fleiß; darüber entscheidet vor allem die Lage des Marktes, für den die Unternehmungen, in denen er Arbeit suchen muß, produzieren. Der Markt ist im ganzen und großen in steter Erweiterung begriffen, aber viel rascher als der Markt wächst die Zahl und die Arbeitskraft der Proletarier, die dem Kapital zu Gebote stehen, dank der Ausdehnung der Arbeitszeit, der größeren Anspannung der Arbeiter, der Entwicklung des Maschinenwesens, der Einverleibung von Frauen und Kindern in die Arbeitsarmee, dem Untergang der Kleinbetriebe usw. Daher kommt es, daß die kapitalistische Produktion nie, auch in den besten Zeiten nicht, alle Arbeitskräfte verwenden kann, die ihr zu Gebote stehen. Es gibt immer eine Zahl Arbeitsloser, welche die sogenannte industrielle Reservearmee bilden.

(Grundzüge und Forderungen der Sozialdemokratie.

Erläuterungen zum Erfurter Programm.)

Städte oder Private die Unternehmer sind . . . Prinzipiell haben wir zu verlangen, daß die Stadt selbst auf städtischem Terrain für die minderbegüterten Klassen billige und gesunde Wohnungen baut. Die Wohnungen sollen insbesondere für die Arbeiter und zwar für alle Arbeiter hergestellt werden. Wir haben bei aller Sorgfalt, die wir den städtischen Arbeitern widmen, diesen keine Extrawurst zu braten. Wir tun für die städtischen Arbeiter alles, was wir tun können, um ihnen vernünftige Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen, in den großen, allgemeinen Fragen aber, marschieren sie Schulter an Schulter mit der Gesamtheit der Arbeiter.“

Die wörtliche Ausführung dieser Stelle nach dem Protokoll der Konferenz genügt, die infame Lüge der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ in ihrer ganzen Niedrigkeit zu enthüllen. Zum so und so vielen Male: Es geht mit dieser Lüge wie mit den vielen anderen, die in jedem Wahlkampfe wiederkehren. Hundertmal sind sie schon totgeschlagen worden, aber stets werden sie von den Gegnern wieder ins Leben zurückgerufen. Und weshalb sollte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ nicht dasselbe schmutzige Handwerk wie der Reichslügenverband treiben, wenn der Kanzler dieser Schmutzorganisation vertrauter Freund ist!

Ob die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ übrigens eine Verächtlichmachung der Wahrung gewisser Anstandsformen. Oder fällt diese Verächtlichmachung im Wahlkampf fort, um der „nationalen Ehre“ willen? Warten wir ab!

Buchdrucker und Sozialdemokratie.

Leipzig, 22. Januar 1907.

(Privattelegramm.)

Eine von 1500 Personen besuchte Buchdruckerversammlung, die gestern abend im Schloßkeller stattfand, beschloß folgende Resolution:

„Die am 21. Januar tagende Buchdruckerversammlung erklart in dem Bestreben der hiesigen bürgerlichen Partei bei der jehigen Reichstagswahl, die Buchdruckergehilfen gegen die übrige Arbeiterschaft auszuspielen, ein plummes Wahlmanöver. Die Versammlung erkennt nur die Kandidaten der sozialdemokratischen Partei als die Männer an, die die Interessen der Arbeiter, besonders auch auf gewerkschaftlichem Gebiete, mit Nachdruck zu vertreten imstande sind. Die Versammlung verpflichtet sich deshalb, mit allen Kräften für die Wahl der sozialdemokratischen Kandidaten einzutreten.“

In der Debatte über den Punkt Reichstagswahl wurde von mehreren Rednern der „Korrespondenz für Deutschlands Buchdrucker“ wegen der bekannten (auch vom „Vorwärts“ angelegten D. N.) Briefkastennotiz sowie wegen seines übrigen Verhaltens zur Wahlbewegung abfällig kritisiert. Von einer eigentlichen Stellungnahme sehe man jetzt zur Wahlzeit ab und wolle die Sache in einer Versammlungsbesprechung nach der Wahl besonders behandeln.

Hüttenbarbarei in Saarabien.

Auf der Stelle entlassen wurden Arbeiter der Hüttenarbeiter Hütte — so wird uns von dort berichtet — die es gewagt hatten, entgegen dem Befehl der Hüttenmeister auf offener Landstraße sozialdemokratische Flugblätter anzunehmen, und die es ablehnten, die Flugblattverteiler wie tolle Hunde niederzuschlagen. Die Flugblattverteilung fand, wie der „Vorwärts“ vom 18. Januar berichtet hat, am Montag, den 14. Januar statt und war die erste öffentliche Flugblattverteilung, die überhaupt jemals vor dieser Saarländischen Hütte gefunden hat, denn bisher war unsere Partei in dieser Gegend noch zu schwach, die polizeilichen Schikanierungen zu stark, als daß nur daran gedacht werden konnte, einmal die Tore der saarabischen Hütten mit Schriftenverteiler zu besetzen. So waren die Arbeiter gänzlich ahnungslos, nahmen die Flugblätter an, ohne auch nur zu wissen, daß sie dadurch gegen den Hüttenabsolutismus sündigten. Aber trotzdem durften sie am 15. nicht anfangen, erhielten ohne Kündigung die Papiere in die Hand gedrückt, wurden durchs Hüttenrentor auf die Landstraße gejagt, wo sie sozialdemokratische Flugblätter sammelten und mit ihren Familien freffen könnten!

Genosse Leimpeters schrieb sofort nach dem Zusammenstoß mit dem Hüttenmeister einen Brief an die Direktion, worin er sie aufforderte, die Leute, die wegen dieser Affäre bei ihren Reisern in Ungnade gefallen sind, gegen Mahregelung und Lohnabzug zu schützen. Doch ehe der Brief die Direktion erreichte, war die Entlohnung schon erfolgt und wir haben nichts gehört, daß sie nachträglich aufgehoben worden wäre. So wird zutreffen, was unser Genosse schrieb, daß unschuldige Kinder hungern müssen, weil ihre Väter sich nicht auf wehrlose Menschen hehen ließen!

Gleichzeitig ist den übrigen Hüttenarbeitern streng verboten worden, auf der Straße noch ein Flugblatt anzunehmen, ganz gleich, wer es verteilt. Dasselbe Verbot ist auch an die stummischen Sklaven von Reunkirchen ergangen, und diese wagen es in der Tat nicht, weder von Sozialdemokraten noch von Zentrumsleuten ein Flugblatt oder nur einen Handzettel zur Verleumdung einer Versammlung anzunehmen! „Ich darf es nicht wagen! Wenn es jemand sieht, bin ich um meine Seele! Bringt es mir doch ins Haus, auf der Straße darf ich nichts annehmen!“ sagen die Leute. In der Hütte selbst erhalten die Arbeiter die Schand- und Sudelblätter vom Reichslügenverband. Ein selbständiges, im Saarrevier verfaßtes „nationales“ Flugblatt ist noch nicht verteilt worden. Auch das Zentrum liefert keine Originalarbeit, sondern begnügt sich bisher mit dem rheinischen Zentrumswahlaufschlag und der Propaganda durch seine sehr verbreiteten Zeitungen. Wegen dieses ungeheuerlichen Hüttenabsolutismus auf den stummischen Werken, der dem Zentrum in erster Linie gilt, schweigt die Partei, die für Freiheit zu kämpfen angibt und das sogar in einem Kreise, der ihm zuletzt gehört und den es bei dieser Wahl gerne wieder erobern möchte. Auch hier sind es vor allen die Sozialdemokraten, die mutvoll gegen den Hüttenabsolutismus ankämpfen und ihn schließlich auch besiegen werden. Würde das Zentrum wirklich einen ernsthaften Kampf gegen den Hüttenabsolutismus, gegen Hüttenbarbarei und für Volksherrschaft führen, könnte er bei dieser Wahl den Hüttenabsolutismus glatt zu Boden werfen. So bleibt es der kleinen Schar mutiger und trotziger Sozialisten überlassen, den Kampf allein isoliert und unter dem Ausschlag der Deffentlichkeit zu führen, gegen ein Herrenrentschentum, wie es auch im Reiche nirgends anzutreffen ist. Und sie werden ihn führen, führen bis zum Siege! —

Es kommt ganz anders.

Je näher der Wahltag kommt, desto tiefer sinkt der liberale Kurs. In den ersten Tagen wollten die Krüdenmänner nach zwei Fronten schlagen, den Ultramontanismus und die Sozialdemokratie vernichten. Sie hatten sich eine einfache Formel zurecht gelogt: der Liberalismus ist der rasende Held. Von rechts rückt die Konfessionsarmee gegen die Sozialdemokratie heran. — Dahinter als Schutztruppe gegen die Sozialdemokratie heran. — Natürlich muß auch das Zentrum den Liberalen in der Stichwahl gegen die Sozialdemokratie beistehen. Von links stürmt die Sozialdemokratie herbei, um den Liberalen als Sturmbock gegen das Zentrum zu dienen. — Das war doch eine einfache Sache. Witter-

weile hat man sogar in freisinnigen Kreisen eingesehen, daß es ganz anders kommt, daß sich der Liberalismus selbst den Strich gebreht hat, an dem er bald hängen wird. Die Konservativen lehnen die Paarung mit dem Liberalismus rund und nett ab. — und verbänden sich mit dem Zentrum. In vielen Kreisen wenden dazu auch noch die Nationalliberalen den Freisinnigen den Rücken und suchen Anlehnung bei den Konservativen. Warum auch nicht! In anderen Kreisen hat sich doch der Freisinn als Austausch der Konservativen angeboten und seine Dienste wurden gnädigst akzeptiert. Und die Sozialdemokratie verspürt durchaus keine Lust, abzuwandern zu Gunsten des Freisinn. Für diesen ist von dem kurzen Raub nicht mehr geblieben, als ein ganz gewaltiger Schaden. Die volle Ernüchterung wird erst nach dem 25. Januar resp. 7. Februar eintreten. Zu welchen Kühnheiten Phantasien die Liberalen sich aufgeschwungen hatten, zeigt eine Zusammenstellung von Wahlkreisen, die man angeblich dem Zentrum abnehmen könne. Die Annahme, daß die Konservativen helfen würden, das Zentrum zu Gunsten von Liberalen zu schwächen, hat sich als völlig falsch erwiesen. Aber nehmen wir an, die Konservativen würden nach den liberalen Melodien tanzen, dann müssen die antiliberalen bürgerlichen Parteien in den Kreisen, die sie dem Zentrum abjagen wollen, doch mindestens annähernd so stark sein wie das Zentrum, wenn der nationalliberal-konservativ-antiliberal-freisinnige Block kräftig genug sein soll, den Zentrumsturm zu parieren. Wenn man also nach der Richtung die von den Liberalen als für sie günstig benanntes Kreise untersucht, findet man, daß die Hoffnungen auf nationalliberal-freisinnigen Umschwung sehr gering sind. Wir zählen hier die Kreise auf und setzen den ultramontanen Stimmen die der übrigen bürgerlichen Parteien zusammen gegenüber.

Es erhielten bei der Hauptwahl die übrigen bürgerl. Parteien zusammen

Zentrum	Parteien zusammen
Montabaur	11 179
Moers-Rees	14 123
Reutwied	9 086
St. Wendel - Ottweiler	17 220
Niedbach (Oberbayern)	11 488
Ingolstadt	9 844
Welsheim	9 777
Rosenheim	13 080
Regensburg	10 622
Kronach (Oberfranken)	10 544
Kügingen	8 736
Schweinfurt	8 075
Augsburg	15 185
Donauwörth	10 281
Immenstadt	11 017
Konstanz	12 187
Waldshut	11 231
Freiburg	12 063
Zahr - Eitenhelm	10 711
Offenburg-Steil	10 740
	6 931
	11 953
	6 878
	16 954
	4 931
	5 529
	6 075
	5 641
	6 007
	5 788
	6 935
	6 432
	7 397
	7 295
	9 648
	9 616
	7 175
	11 894
	7 195
	6 463

Außerdem wird noch Donauverdingen aufgeführt, wo das Zentrum in einer Nachwahl mit 10 891 Stimmen gegen 8437 Stimmen, die für den Kandidaten der Nationalliberalen und 1876 sozialistische Stimmen im ersten Wahlgang das Mandat eroberte; schließlich fungieren in der liberalen Hoffungsliste noch 13 Kreise, die als reif für die Rollen der Sozialdemokratie bezeichnet werden, mithin für Stärkung des rechten-linken Blocks nicht in Betracht kommen. Ein Blick auf die Zahlen der aufgeführten Kreise lehrt, daß die Liberalen nur auf die Eroberung von 2 Kreisen hoffen können, nämlich St. Wendel und Freiburg. Jene Seite könnte aber mächtig verlieren, wenn die beiden Parteien, die nun über den Haupten gerannt werden sollen, in den Stichwahlen, wenn sie den Ausschlag geben, mit Gewehr bei Fuß stehen. Bei den letzten Wahlen ist in 12 Kreisen (Hamm-Sooft, Ober- und Unterlahn-Freis, Wehlar-Altenkirchen, Kreuznach-Stimmern, Landau, Germerheim, Zweibrücken, Nordheim, Solingen-Rothweil, Lörzsch-Müllheim, Heidelberg, Boldsch-Diedenhofen) das Zentrum unterlegen, weil die Sozialdemokratie den Liberalen Stimmen zuführte und das Zentrum hat unseren Gegnern in 16 Kreisen das Mandat zugesichert, nämlich in Marienburg-Elbing, Danzig, Landskron, Dagen, Wiesbaden, Donau, Duisburg-Mülheim, Kaiserslautern, Bautzen, Heilbronn, Tübingen, Ulm, Friedberg-Wüdingen, Offenbach, Erbach-Densheim, Eisenach.

Auf die vielbesprochenen Spaltungen im Zentrum darf man für diesen Wahlausfall gar keine Hoffnungen setzen. In für das Zentrum unsicheren Kreisen gibt es keine gegenseitigen Kämpfe, und dort, wo das Zentrum gar keine Rolle spielt, oder wo man, wie in Arnberg, ruhig 3 Zentrumskandidaten aufstellen kann, ohne den Beschäftigten zu gefährden, erlaubt man sich den Luxus der Opposition in den eigenen Reihen.

Bei den ultramontanen Mauersträßen und auf liberale Erfolge beim Sturm auf schwarze und rote Burgen große Hoffnungen setzt, der wird am 25. Januar bittere Enttäuschungen erleben. Der Ultramontanismus kann nur durch die Sozialdemokratie überwunden werden, allen anderen Stürmen gegenüber sind die Zentrumsburgen uneinnehmbar.

Aus dem Wahlkreise Labiau-Wehlan.

erhalten wir folgende Berichtigung:
 Nr. 14 des „Vorwärts“ vom 17. Januar d. J. enthält unwahre Nachrichten über die Wahlbildervorträge im Kreise Labiau.
 Es ist un wahr, daß die Besucher der Wahlbildervorträge Bier und Schnaps gratis betaselt erhalten haben und so hingelockt worden sind.
 Der Vorsitzende des konservativen Kreisvereins, Thoma-Poppeken, Unser Gewährsmann dürfte sich dazu noch äußern.

Der Wahlkampf in der Provinz Brandenburg.

Im Wahlkreise Friedeberg - Arnswalde arbeitet der amtliche Apparat mit allen Mitteln, um die Wahl unseres Genossen Eugen Bräuner zu vereiteln. Außer in Driesen steht uns im ganzen Kreise kein Saal zur Verfügung, so daß die Agitation nur durch Flugblätter betrieben werden kann. Alle Anstrengungen, Versammlungen abzuhalten, waren vergeblich. Zwei am Sonntag, den 18. d. R., nach Bernice und eine nach Alt-Hütte einberufene Versammlungen versielen dem polizeilichen Verbot aus baupolizeilichen Gründen. Am 20. sollte eine Versammlung stattfinden in Gellnow. Trotz schriftlichen Vertrages brach der Birt sein Wort. Allen setzte die Krone auf Reck. Dort war es gelungen, einen großen, tiefliegenden Garten zu mieten, der, von einem Heckenzaun umgeben, von allen Seiten zugänglich ist. Die vorbeifahrende Straße liegt im Abstand von 150 Metern, während in Entfernung von 100 Metern sich Scheunen, massiv gebaut, mit nicht geflickten Strohdächern, sondern fester Bedachung befinden. Aber der Mensch denkt und die Polizei lenkt. Am 19. d. R. erhielt der Entwerfer folgenden Schreibbrief der Polizeiverwaltung von Reck:

Die Polizeiverwaltung.
 Zg. Nr. 214. Reck, den 18. Januar 1907.
 Einfache Zustellungs-Urkunde.
 Beschaid auf die Eingabe vom 17. d. R.
 Die Genehmigung zur Abhaltung einer öffentlichen Wähler-versammlung am Sonntag, den 20. d. R., nachmittags 2 Uhr, in dem Garten des Eigentümers Wilhelm Junker hier selbst wird verweigert, da durch dieselbe eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu befürchten ist. Der Garten befindet sich hinter den Scheunen im freien Felde. Die Versammlung soll am Sonntag, nachmittags 2 Uhr, also zu einer Zeit, wo größere, noch Hunderten zählende Menschenmengen zu erwarten sind, stattfinden. Da hierbei von den Teilnehmern unzweifelhaft geraucht und wie gewöhnlich an Hebermaß ausgesprochen wird, so liegt die Ver-

Kolonialpolitik auf Kosten der Invalidenrenten!

Während im Etat für 1907 die Ausgaben — namentlich für Heer und Flotte — gestiegen sind, nämlich um rund 168 Millionen Mark, ist der Reichszuschuß für die Alters- und Invalidenrenten gegen das Jahr 1906 herabgedrückt worden! Während er 1906 50 647 250 M. betrug, sind für 1907 für die Rentempfangänger nur 49 820 000 M. angesetzt. Es wird also der Betrag von 827 250 M. gespart!

Wie hat man das zuwege gebracht?
 Einfach dadurch, daß man die Zahl der Invalidenrenten nach Möglichkeit herabdrückte!

Während 1903 152 871 Personen von den Versicherungsanstalten Invalidenrente zugebilligt wurde, betrug die Zahl der Bewilligungen 1904 nur 140 092, 1905 nur 122 869 und 1906 nur noch 112 000!

Von Reichswegen veranlaßte man die Versicherungsanstalten, ja möglichst genau nachzufragen, ob den invalid Gewordenen nicht doch noch die Möglichkeit bleibe, wenigstens ein Drittel ihres bisherigen Lohnes zu verdienen. Konnte diese Möglichkeit nachgewiesen werden — die Gelegenheit zu solchem Erwerb wurde nicht in Betracht gezogen — so wurde keine Rente zuerkannt.
 Durch diese Sparpraxis hat man es fertig gebracht, die Zahl der Rentempfangänger um 16 545 zu vermindern und dadurch dem Reiche 827 250 M. zu „ersparen“!

Dabei ist das Vermögen der Versicherungsanstalten bereits um zirka 300 Millionen Mark höher, als es nach den ursprünglichen Berechnungen am 31. Dezember 1908 sein sollte! Die Versicherungsanstalten brauchten also nicht zu sparen; aber das Reich spart auf Kosten invalider Arbeiter, um dem Militär- und Kolonialmoloeh um so größere Opfer bringen zu können!

Das „Patrimonium der Enterbten“ wird gebraucht zur Gottentottenpolitik!

fürchtung nahe, daß hierdurch die Sicherheit der naheliegenden Scheunen und die Möglichkeit, derartige Menschenmengen, welche durch den gegenwärtigen Wahlkampf überdies noch erregt sind, in Ordnung zu halten, gefährdet wird, und somit unter Umständen arge Ausschreitungen stattfinden können.
 Die Polizeiverwaltung, Harnisch.
 An Herrn Fritz Rodmann in Driesen, Kriegerstr. 21.

Der Kandidat unserer Partei war zur Zeit der anberaumten Versammlung am Garten des Herrn Junker anwesend. Mehrere hundert Personen umstanden das Versammlungsfeld, um es nach erfolgter Bekanntgabe des Verbots erregt diskutierend zu verlassen. Nebenfalls hat dieses Verbot auf die Wählerchaft äußerst günstig für uns gewirkt. Daß der Kandidat und mehrere Genossen durch übereifrige Polizeibeamte festgestellt wurden, sei nebenbei bemerkt.

Wie ist nun das behördliche Verhalten gegen Bruhn, den Kandidaten der Nationalen und früheren Judenfresser? Allen

Politische Organisation des Proletariats als Arbeiterpartei.

Wie jede andere Klasse müssen auch die Arbeiter danach trachten, politischen Einfluß, politische Macht zu erlangen. Eins der wichtigsten Mittel, auf die Staatsverwaltung bestimmend einzuwirken, bilden aber in den modernen Großstaaten die Parlamente, und die Vertretung einer Klasse oder Partei darin hängt in erster Linie von der Gestaltung des Wahlrechts ab. Das allgemeine Stimmrecht ist für die Arbeiterklasse ebenso unentbehrlich zur Wahrung ihrer Interessen, wie die Versammlungs-, Vereins- und Pressefreiheit.

Wenn die Arbeiter anfangen, sich mit Politik zu beschäftigen, ist es das nächstliegende für sie, sich einer der Parteien anzuschließen, die sie vorfinden und die für ein oder das andere Arbeiterinteresse einzutreten vorgeben, vielleicht auch wirklich beabsichtigen. Aber jede dieser Parteien vertritt eine oder mehrere Schichten der besitzenden Klassen.

Im allgemeinen kann man alle alten Parteien auf zwei große Gruppen zurückführen: Die konservative und die liberale, von denen die erstere im wesentlichen bisher die Interessen des Großgrundbesitzes, die letztere die Interessen der Kapitalistenklasse zu wahren suchte. Jede dieser Parteien muß in einem parlamentarischen Staate suchen, in den unteren Volksklassen, namentlich bei den Bauern und Kleinbürgern, aber auch den Lohnarbeitern Anhang zu finden. Durch die Art und Weise, wie sie diese zu gewinnen und festzuhalten suchen, unterscheiden sich die Parteien ebenso sehr, wie durch die Interessen, die sie in letzter Linie vertreten. . . .

Der Proletarier steht im Gegensatz zu allen Ausbeutern, welchen Klassen immer sie angehören. Wird er von den einen ausgebeutet als Produzent, so von den anderen als Konsument. Eine jede der alten Parteien kann ihm daher gelegentlich als Feind ihres Sieges über die gegnerische Ausbeuterpartei einen Vorteil in Aussicht stellen: Billiges Brot wollen ihm z. B. die Kapitalisten in den Ländern verschaffen, wo sie den Freihandel brauchen; Verkürzung der Arbeitszeit (namentlich nur in den Fabriken) boten ihm mitunter die Großgrundbesitzer.

Aber weil der Proletarier im Gegensatz steht zu allen Ausbeutern, kann keine der alten Parteien dauernd seine Interessen vertreten. Jede derselben sieht gerade in den für das Proletariat wichtigsten Fragen ihm feindlich gegenüber; jede derselben hat es gerade in den entscheidendsten Momenten stets verraten, so oft es sich ihr anvertraute.
 (Grundzüge und Forderungen der Sozialdemokratie. Erläuterungen zum Erfurter Programm.)

etwas versprechend, zieht Bruhn von Ort zu Ort und spricht in dem kleinsten Zimmerchen, ohne aus baupolizeilichen oder sonstigen Gründen von den Behörden behelligt zu werden. Auch Freibier scheint Herr Bruhn für sich arbeiten zu lassen. Wenigstens wurde bei einer von ihm nach dem Schützenhaus in Reck einberufenen Versammlung ½ Tonne Freibier aufgelegt. —

Eine Anfrage an Dernburg

in seiner Eigenschaft als finanzkundiges Mitglied der Regierung richtet unser Münchener Parteiorgan, die „Münchener Post“, Sie veröffentlicht in Ihrer gestrigen erschienenen Nummer folgenden Artikel:

Aus Großindustriellentreisen geht uns folgende Zuschrift zu:
 „Geehrte Redaktion! Für den Fall, daß der Kolonialdirektor Herr Bernhard Dernburg wirklich nach München kommt, um dort seine Werbung in kaufmännischen und industriellen Kreisen fortzusetzen, bitten wir Sie, ihm auch folgende Fragen vorlegen zu wollen:

1. Ist es Herr Dernburg aus seiner früheren finanziellen und jetzigen amtlichen Tätigkeit bekannt, daß ein Kollege von ihm im preussischen Ministerium, nicht ohne Mühe, die Verbände der Eisenbahn-Waggon-Vereinigung und die Radfabrik-Vereinigung (für Eisenbahn-Räder) veranlaßt hat,

1 400 000 Mark an ein dem Vertrachen nahe Danziger Stahlwert a fonds perdu zu zahlen?

2. Weiß Herr Dernburg, daß das Ergebnis dieses Aderlasses ein fünfzehnjähriger Lieferungsvertrag des preussischen Staates oder der preussischen Eisenbahnverwaltung war mit Lieferungsbedingungen, bei denen die 1 400 000 M., wie der bekannte Gut des Bürgermeisters und noch „ein Rod“ dazu, in der Rechnung aufgehen konnten?

Zur Erläuterung: Den Vertretern der Verbände ist gesagt worden, der Kaiser persönlich interessiere sich für das Danziger Werk, dessen Entstehung seiner eigenen Anregung zu verdanken sei und dessen Zusammenbruch unter allen Umständen verhindert werden müßte.

Die angegebene Summe ist dann eines bestimmten Tages dringend eingefordert worden mit dem Vermerk, daß bei Verzögerung das zu sanierende Werk seine Zahlungen einstellen müsse.

Durch diese auch außerhalb der Radfabrik-Vereinigung bekannt gewordenen Vorgänge ist eine nicht geringe Beunruhigung in verschiedenen Gruppen der Großindustrie eingetreten. Man fragt nach diesen und anderen in Erfahrung gebrachten Affären dort die Meinung, es sei besser, Herr Dernburg bemühe sich, zunächst um Heimatlande zu somieren, ehe er die Industrie veranlasse, sich in gewagte Kolonialunternehmungen einzulassen, deren Kosten schließlich die Industrie selbst zahlen müßte, wenn eines Tages die Parlamente müde wären, die Ueberwälzung solcher unermuteter Geschäftsspielen auf die Steuerzahler zu ratifizieren.“

So weit Anfrage und Zuschrift. Wir bezweifeln nicht, daß Herr Dernburg entweder selbst oder durch den beteiligten Kollegen im preussischen Ministerium rasche und klare Antwort den Reichstagswählern verschaffen wird. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hat ja weißes Papier genug.

Die Anfrage sagt nicht, welches „Danziger Stahlwert“ gemeint ist. Sollte es sich nicht um die bekannte verunglückte preussische Staatsgründung, um die „Nordischen Elektrizitäts- und Stahlwerke“ handeln, die in der vorkrieglichen Zeit zur Industrialisierung Westpreußens gegründet worden sind, hauptsächlich aus Mitteln der Seehandlung —?

Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. Januar 1907.

Kolonial-Münchhausen in München.

Erzengel Dernburg hat am Montagabend nun auch in München seine kolonialen Münchhausiaden vorgetragen. Er meinte, es müsse ein „Kreuzzug der Regierung zum kolonialen Verständnis“ unternommen werden. Der koloniale Kreuzritter, oder aber um den älteren und besseren Vergleich beizubehalten, der koloniale Münchhausen, arbeitete in München wieder mit denselben Schwindelschalen, die ihm von der sozialdemokratischen Presse nicht nur, sondern auch ehe die Reichstagsauflösung erfolgte, selbst von der nationalliberalen Presse so grauhaut zerpflückt worden sind! So stellte er lässlich die Behauptung auf, daß er ja durch seine famosen Kolonialbilanzen nachgewiesen habe, daß unsere Kolonien ein Kapitalvermögen von mindestens einer Milliarde repräsentierten.

Seit der Reichstagsauflösung ist Herr Dernburgs Mut gewaltig gewachsen. Während der Reichstagsverhandlungen, die der Auflösung vorausgingen, hatte Herr Dernburg seine Kolonialbilanz selbst preisgegeben; heute aber operiert er mit jenen von ihm selbst nicht einmal verteidigten Scheinzahlen, wie mit zuverlässigsten Ergebnissen wissenschaftlicher Statistik. Es ist demgegenüber gut, noch einmal daran zu erinnern, daß damals selbst die „Nationalzeitung“, das führende Organ der Nationalliberalen, diesen Kolonialbilanzen einen Leitartikel widmete, der, wie damals die „Kreuzzeitung“ äußerte, sich „wie ein Spottgedicht in einem Witzblatt“ las. Die „Kreuzzeitung“ selbst, das konservative Hauptorgan meinte damals,

„die runde Milliarde ist wahrscheinlich nur ein Lockmittel; wer sie haben will, wird jedenfalls auf Hindernisse stoßen.“

Weiterhin schrieb damals, am 25. November 1906, die „Kreuzzeitung“, daß sie bezweifle,

„daß die deutschen Großbanken sich nun bereitwilliger in den Dienst der Kolonien stellen werden, denn Herr Dernburg genießt persönlich bei der Spantebauque wohl weniger Vertrauen als irgend ein preussischer Bureaukrat.“

Und dieser selbe Dernburg, dessen Ansehen selbst in Vorkriegskreisen die „Kreuzzeitung“ als ein überaus minimales bezeichnet, glaubt jetzt durch seine Münchhausiaden den denkenden Teil des deutschen Volkes für seine abgeschmackten Kolonialprospekte einzufangen zu können!

Daß Herr Dernburg trotz aller Wiederlegungen auf Grund der amtlichen Statistik abermals behauptete, daß der deutsche Handel mit den Kolonien hundert Millionen betrage, während er sich in Wirklichkeit im Jahre 1905 — im letzten Jahre, aber das überhaupt abgeschlossene Zahlen vorliegen — nur auf sechzig Millionen belief, versteht sich von selbst. Ebenso wagte er wiederum von dem Zuwachs des „Nationalvermögens“ von 30 Milliarden zu schwärmen, trotzdem ihm wiederholt, gleichfalls auf Grund amtlicher Statistiken nachgewiesen worden ist, daß von diesen 30 Milliarden kein Pfennig in die Taschen der Arbeiter gestossen ist, von denen ein Familienvater mit drei Kindern für diese Kolonialpolitik bisher nicht weniger als 140 Mark aufbringen mußte! Herr Dernburg weiß ja, was er den Kreisen, zu denen er herabsteigt, bieten darf; läme er auch nur ein einziges Mal in eine sozialdemokratische Volksversammlung, so würde er sicherlich auf ein Wiederkommen verzichten!

Aber Herr Dernburg fügte seinen alten Schwindelprospekten neue Fiktionen hinzu. So stellte er die Behauptung auf, daß in den nächsten fünf Jahren der Handel der Kolonien sich auf

200 Millionen gehoben haben werde. 80 Proz. hiervon würden „deutsche Arbeit“ darstellen. Das bedeutet aber, daß 128 Millionen Mark in Gestalt von Arbeitslohn deutschen Arbeitern zufließen.

Wir haben bereits nachgewiesen, daß der Handel mit unseren Kolonien hauptsächlich durch den südwestafrikanischen Krieg eine Steigerung erfahren hat, indem statt der 4,3 Millionen Ausfuhr nach Südwestafrika im Jahre 1905 18,5 Millionen in der Statistik figurieren. Herr Dernburg hat allerdings festlich bestritten, daß diese Ausfuhr durch den südwestafrikanischen Krieg veranlaßt worden sei. Daß dem doch so ist, wollen wir beweisen. In der amtlichen Denkschrift über die Entwicklung unserer Kolonien wird in einzelnen mitgeteilt, daß im Jahre 1904 unter den 18,5 Millionen deutscher Ausfuhr sich allein 2,8 Millionen an gemünztem Silber und Gold befanden. Ferner eine Ausfuhr im Werte von 2 Millionen in Gestalt von Bier, Wein und Branntwein. Nimmt man noch die Millionen hinzu, die der Wert des nach Südwestafrika ausgeführten Bauholzes, der Eisenbahnmaterialien, der Lokomotiven und des sonstigen zum Eisenbahnbau nötigen Materials umfaßt, so kommen wir bereits auf eine Summe von mehr als 10 Millionen. Diese ganze Ausfuhr ist aber einzig auf den südwestafrikanischen Krieg zurückzuführen!

Würde die Schutztruppe aus Südwestafrika zurückgezogen, so würde der Handel mit unseren Kolonien höchst wahrscheinlich ab- statt zunehmen. Aber selbst angenommen, Dernburgs Phantasie von 200 Millionen Handelsträge zu, selbst dann ist es eine beispiellose Aufspiegelung, zu behaupten, darin stecken 128 Millionen deutscher Arbeitslöhne. Die ganze Ausfuhr der Kolonien, und mit deren Wachstum rechnet ja Herr Dernburg in erster Linie, enthält keinen Arbeitslohn für deutsche Arbeiter, sondern höchstens Profite für unsere kolonialen Kapitalisten! Aber auch in der Einfuhr nach unseren Kolonien stecken selbst bei einer Ausfuhr von 120 Millionen höchstens 50 Millionen Arbeitsverdienst. Unsere Kolonien haben und über bereits 1500 Millionen geliefert, und in fünf Jahren würde diese Summe auf mindestens 2000 Millionen angewachsen sein; bei einer Verzinsung von 3,5 Proz. würden also unsere kolonialen Ausgaben mit 70 Millionen zu ver- zinsen sein. Nehmen wir dazu noch 60 Millionen Mark Aufschuß zu unseren Kolonien jährlich, so ergibt sich eine jährliche Ausgabe von 130 Millionen, von denen mindestens 100 Millionen durch die Arbeiter aufzubringen sind, und denen im allerschlechtesten Falle 50 Millionen Arbeitslohn gegenüberstehen würde. Die deutsche Arbeiterklasse würde also für jede Mark Arbeitslohn mindestens zwei Mark Arbeitsvermittlungsgeld zu bezahlen haben!

Nach der „Kreuzzeitung“ nimmt in der Hausfinanz kein Mensch Herrn Dernburg ernst! Es hieße die Arbeiter beleidigen, wollte man ihnen zutragen, daß sie auf solche Schwindelprophete hineinfallen könnten! —

Eine nationale Geistesblüte.

Der Wahlkampf bringt Arbeit und Anstrengung; aber er liefert auch manche köstlichen Blüten unfreiwilligen Humors und unfreiwilliger Selbstverspottung. Besonders die nationalliberale Partei, die Landbändler und der Lieberische Reichsverband haben auf diesem Gebiet einige Duzend höchst anerkennenswerter Leistungen aufzuweisen. Alle aber werden überboten durch eine Broschüre, betitelt „Der deutschen Sozialdemokratie Sieg und Zusammenbruch. Ein Blatt aus dem Buche der Zukunft. Von J. F. Landsberg in Lennep, Druck von Siegfried Schölem, Berlin-Schöneberg.“

Manches Berrückte ist in den letzten Wochen von patriotisch entflammten Neurosthenikern zusammengeschrieben worden; manch kurioses Geistesprodukt ist entstanden, das dereinst vor der Nachwelt ein trauriges Zeugnis von der intellektuellen Verumpfung der „staatsbehaltenden“ Klassen am Anfang des 20. Jahrhunderts ablegen wird; doch keines dieser Phantasiewerke steht auf jener hohen Ebene der — totalen Uebergeschnaptheit, wie das Zukunftsgemälde des großen haterländischen Dichters Landsberg in Lennep.

Es ist Oktober 1914. Ein Schweizer Ingenieur hat eine große Erfindung gemacht, die ermöglicht, „von außerordentlichen Entfernungen aus eine elektrische Entladung von mehr als Gewitterstärke auf einem zu berechnenden, ganz bestimmten Punkte der Erdoberfläche hervorzubringen“ und dadurch ganze Forts in Staubwolken zu verwandeln. England, Frankreich usw. erwerben diese geniale Erfindung, Deutschland nicht. Warum nicht? Weil im deutschen Reichstag 1914 die Sozialdemokraten und Polen die Mehrheit haben, und der Reichskanzler, Graf Koeren, nichts gegen sie auszurichten vermag. Die Folge ist, daß alle europäischen Mächte, mit Ausnahme Oesterreichs, in Deutschland einfallen. Die deutsche Regierung verlangt Geld — nicht vom Reichstag, sondern vom preussischen Landtag, der, trotzdem ganz Deutschland sozialistisch verfaßt ist, nach des Dichters Landsbergs Angabe noch immer in alter Weise fortbesteht. Und der Landtag bewilligt. Doch alles nützt nichts; die deutsche Armee wird geschlagen. In dieser Situation macht die Sozialdemokratie einen großen Butsch in Berlin und bemächtigt sich der Regierungsgewalt. Wohlwiegend wird Präsident. Die neue Regierung sucht den sozialistischen Wirtschaftsbetrieb einzuführen; jedoch alle Versuche mißglücken. Die Intelligenz flüchtet, und ein grausiges Elend bricht über die Arbeiter herein:

Mehr und mehr war die Intelligenz ausgewandert: Kaufleute, Ingenieure, Ärzte, Juristen, Lehrer, Professoren und Volksschullehrer, ferner viele andere, die im Inlande kein Auskommen mehr fanden, suchten ihr Heil in der Fremde. Ebenso nahezu alle Offiziere, wenigstens vorläufig. In den großen Städten und den Zentren der ehemaligen Industrie herrschte der Hunger, gräßlicher, erbarmungsloser Hunger. Und mit dem Hunger kamen entsetzliche Krankheiten. Alle sonst mühsam in Schranken gehaltenen Seuchen brachen aus ihren Keimern aus und begannen ein Werk des Massenmordes. . . .

Doch schließlich naht der Retter: der Absolutismus, die Säbelherrschaft. Mit Hilfe der Bayern und der geflüchteten Offiziere sicut der Kaiser über die sozialdemokratischen Kriotten. Am 5. Oktober 1917 zieht der Kaiser wieder in Berlin ein, und nun beginnt ein strafes Säbelregiment:

Der „Säbel“ herrschte und mit ihm wenigstens Ordnung. Der alte Staat des großen Friedrich wurde wieder ausgearbeitet. Straffe Zentralisation aller Verwaltung trat ein. Jede Selbstverwaltung hörte auf. Auf wirtschaftlichem Gebiete herrschte außer in der Landwirtschaft der Staatssozialismus. Das Gewerbe wurde zünftiglich organisiert und die Mitwirkung der Arbeiter in Rechtsprechung und Verwaltungsjustiz ausgeschlossen. Ein vom Kaiser ernannter Reichsrat übte die Gesetzgebung aus. So mußte Deutschland nochmals da anfangen, wo es Anno 1648 gestanden hatte. Auf Jahrhunderte zurückgeworfen, sah es mit Weiseln in die Zukunft. Doch nicht ganz ohne Hoffnung.

Es ist gut, daß der geniale Herr Landsberg uns wenigstens zum Troste versichert, Deutschlands Zustand sei „nicht t. Veronius, Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil veranm. . .

ganz ohne Hoffnung“. In bezug auf seinen eigenen Zustand möchten wir das nicht behaupten, der erscheint uns hoffnungslos. —

Und derartige Leistungen wie die des Herrn Landsbergs sind nicht vereinzelt, wenn sie auch meist nicht an die Qualität seines Opus heranreichen. Das sind die Waffen der Schichten, die sich als die „durch Bildung und Besitz maßgebenden Kreise“ betrachten und verächtlich auf die „stupide Masse“ herabsehen.

Deutsches Reich.

Militärische Autoritäten.

In seiner Rede im Reichstagsklub erklärte Fürst Salkow: „Gegenüber dem klaren und bestimmten Verlangen der sachkundigen und verantwortlichen Stellen gab es für die verbündeten Regierungen kein Schwanken und keine Zweifel!“

Auf diese eigenartige Autoritätsgläubigkeit des Reichskanzlers antwortet die „Germania“ mit der Feststellung verschiedener Fälle, in denen sich die preussischen Militärautoritäten gründlich geirrt haben. Hier nur zwei Fälle:

Einige Jahre vor der Einführung der zweijährigen Dienstzeit wurden sämtliche Regimentskommandeure um ihre Ansicht darüber gefragt. Nur ein einziger erklärte sich für die zweijährige Dienstzeit! Alle übrigen waren der Ansicht, daß die dreijährige Dienstzeit beibehalten werden müsse. Als dann trotzdem später die zweijährige Dienstzeit eingeführt und zunächst für eine zehnjährige Dauer gesetzlich festgelegt wurde, erhoben sich immer wieder Stimmen in der Armee für Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit. Man fürchtete vor allen Dingen, daß die Disziplin unter der kurzen Dienstzeit leiden würde. Geradezu das Gegenteil trat ein: Die militärischen Autoritäten hatten sich ganz gründlich geirrt! Die zweijährige Dienstzeit hat sich so gut bewährt, daß sie jetzt dauernd gesetzlich festgelegt ist. Der alte Kaiser Wilhelm I. hatte als König von Preußen Anfang der 60er Jahre sogar erklärt, lieber zurücktreten zu wollen, als die zweijährige Dienstzeit zu genehmigen.

Am 26. und 27. Februar 1908 hatte die Reichshaushaltskommission Sitzung. Verhandelt wurde über einige Forderungen der Militärverwaltung. Diese gilt im allgemeinen als sparsam. Wenn sie auch große Anforderungen stellt, so nimmt man doch an, sie gebe mit den bewilligten Geldern haushälterisch um. Dieser Glaube wurde durch die Kommissionsverhandlungen vom 26. und 27. Februar 1908 stark erschüttert. Der damalige Chef des allgemeinen Konsumdepartements, Generalmajor von Gallwitz, hatte einen schweren Stand angehts der Mißgriffe, die sich aus der Verwaltung seines Vorgängers von Heeringer herausstellten. Der Uebungsplan für das sechste (schlechte) Armeekorps bei Neuhammer war im Jahre 1900, wie Abg. Müller-Pudra feststellte, infolge von Erklärungen der Militärverwaltung genehmigt worden, die sich nachher als völlig unzureichend herausstellten. Danach sollte das Hauptgelände mit etwa 4200 Hektar, welche vom Grafen Alfred Dohna erworben werden sollten, mit 2 1/2 Millionen Mark gekauft werden. Davon sollte jedoch als Ertrag der darauf stehenden guten Holzbestände etwa eine Million in Abgang kommen, so daß die ganze Fläche nur 1 1/2 Millionen kosten würde. 1903 stellte sich heraus, daß sie dem Grafen Dohna mit mehr als 2500 000 M. bezahlt wurde, und daß der darauf befindliche Wald wertloses Gebüsch war, das nicht einmal die Kosten der Abholzung deckte, geschweige denn eine Million einbrachte. So ergab sich eine Differenz von 1550 000 Mark zu Ungunsten des Reiches. Außerdem aber stellte sich noch heraus, daß das Terrain so ungeeignet als möglich war, zum Teil aus Flugsand, zum Teil aus Schlamm bestand, und daß die Herstellung der Entwässerung und die Straßenanlagen usw. noch weitere Mehrkosten in Höhe von etwa 1 1/2 Millionen erforderten, so daß im ganzen Mehrkosten von rund drei Millionen entstanden. —

Auch ein „Arbeitervertreter“.

Das Bezirksabgeordneteamt der Handwerker für den Wahlkreis Dortmund hat sich an die beiden bürgerlichen Reichstagskandidaten, den Zentrumsmann Effert und den Liberalen Vorlgemendet und um Beantwortung einiger das Handwerk betreffenden Fragen erzußt. Der liberale Kandidat geht in seinem Antwortschreiben auf die einzelnen Fragen nicht ein, sondern begnügt sich mit dem Hinweis, daß er sich in jeder Wahlrede für die „energische Unterstützung der berechtigten Forderungen der Handwerker“ ausgesprochen habe. Herr Effert, der Zentrumskandidat, läßt sich wie folgt vernehmen:

„Auf Ihr geehrtes Schreiben erwidere ich Ihnen, daß ich für den Befähigungsnachweis für das selbständige Handwerk bin. Den anderen Forderungen stehe ich sehr sympathisch gegenüber und werde mich in Handwerkerfragen stets nach den Handwerkerabgeordneten richten.“

Ein moderater „Arbeitervertreter“, der auf die eigene Meinung verzichtet und von vorherin erklärt, daß er sich „stets nach den Handwerkerabgeordneten richten“ werde. Ein beträchtlicher Teil der deutschen Arbeiter ist noch im Handwerk tätig; Herr Effert will sich nach den „Handwerkerabgeordneten“, also nach den Unternehmer richten, wenn es sich um Handwerkerfragen handelt, die in den meisten Fällen ebenso sehr das Interesse der Arbeiter wie das der Meister berühren. Herr Effert wird demgemäß Herrn Euler folgen, der auf dem Kreuznacher Handwerkerkongreß (1904) für folgende Forderungen eintrat:

„Verhütung weiterer Verelendung der Handwerkermeister durch sozialpolitische Gesetze; Stellungnahme gegen Abschluß von Tarifverträgen; Verlängerung der Lieferungs- dauer öffentlicher Arbeiten bei unberechtigten Streiks.“

In der Tat, ein interessanter „Arbeitervertreter“! Herr Effert erklärt sich sodann für den zünftiglich-reaktionären Befähigungsnachweis, und unter den Forderungen, denen er sich „sehr sympathisch“ gegenüberstellt, befindet sich auch die „Regelung des Konsumvereinswesens nach der Bedürfnisfrage“, was, wenn diese „Regelung“ nach dem Willen der Zünftigler und Krämer vor sich geht, nichts anderes als auf die Erdrosselung der Konsumgenossenschaften der Arbeiter hinausläuft.

Die Arbeiter des Wahlkreises Dortmund-Görde werden dafür Sorge tragen, daß Herr Effert nicht in die Lage kommt, seine arbeitereindlichen Absichten als Handlanger der „Handwerkerabgeordneten“ zu verwirklichen. —

Arbeiterfreundlichkeit der Junker.

Mit der Bewucherung des Volkes durch die neuen Jölle ist der Junker Begehrtheit nicht geblieben. Sie denken nicht daran, den Landproletariats die verprochenen besseren Arbeitsbedingungen zu gewähren; im Gegenteil, die Landkassen sollen noch mehr unterdrückt, noch stärker ausgebeutet werden. Um das zu erzielen, verlangen die Junker: Aufhebung der Freizügigkeit der Landarbeiter, Vollständige Bekräftigung des Kontraktbruchs, Vollständiges Verbot des Streikrechts, Wiedereinführung der Obrigkeit durch Forderung des Gesetzes über den Unterjünglingswohnort.

Wenn den Junkern diese Forderungen nicht bewilligt werden, wollen sie durch Import von bedürfnislosen Nulls billigeren Arbeitskräfte beschaffen. Der Massenimport von Nulls bedroht natürlich auch in schwerer Weise die Lebenshaltung der gewöhnlichen Arbeiter. Und es ist den Junkern ernst mit der Null-einfuhr. Die westpreussische Landwirtschaftskammer hat auf ihrer letzten Plenarsitzung den Mut gehabt, sich am Schluß einer längeren Resolution für die Einfuhr chinesischer Nulls auszusprechen; und da dieser ungeheuerliche Vorschlag alsbald von der „Deutschen Tageszeitung“ in ihrer Nummer vom 6. Dezember verteidigt wurde, so darf man wohl annehmen, daß es sich hier nicht nur um eine tolle Raune des Vorstehenden jener Landwirtschaftskammer, des bekannten Scharfmachers v. Oldenburg-Januschau, handelt, sondern daß tatsächlich die agrarische Partei hinter der Resolution steht.

Ferner ist jüngst durch den Vorsitz der konserverativen Fraktion, Freiherrn von Erffa, bei Gelegenheit der ersten Staatsberatung im Abgeordnetenhaus ausdrücklich erklärt worden, daß es sich keineswegs um einen schlechten Witz handle (!), sondern daß die deutschen Landwirte (!) allen Ernstes an den Import von Nulls denken müßten.

Dernburg amtsüde!

In München hat Herr Dernburg gegenüber dem Vertreter eines auswärtigen Blattes geäußert:

„Ich kann die Kolonien nur dann für Deutschland wertvoll und ertragsreich machen, wenn ich eine kompakte Majorität nicht nur im Reichstag, sondern auch im Volke hinter mir habe, deshalb werde ich nicht nachlassen, meine Zeit der Aufklärung des Volkes, welches bisher nur trübe Erfahrungen mit den Kolonien vor sich sah, über deren Zukunft zu widmen. Ich werde gehen, wenn wir keine Majorität zur Erhaltung der Kolonien im Reichstage finden.“

Sollte sich Herr Dernburg der Anpflanzung von Dattelbäumen in den südwestafrikanischen Sandwüsten widmen wollen? —

Ausland.

Ungarn.

Der oberste Hüter der Justiz.

Die gegen den Justizminister Polanyi erlassene, von uns gestern kurz angeordnete Erklärung, die „Ragnar Ego“ auf seiner ersten Seite in Blattschrift veröffentlichte, hat folgenden Wortlaut:

Aufforderung an den königlich ungarischen Justizminister Geza Polanyi:

Ich bin bereit, Ihnen folgende Straftaten zu beweisen:

1. Sie haben Heberelei begangen.
2. Sie haben an einem Diebstahl teilgenommen.
3. Sie haben vor Gericht einen Meineid geschworen.
4. Sie waren Agent von Borbeken.
5. Sie haben Exzessbegangen.
6. Sie haben Ihr Abgeordnetens- und Gemeinderatsmandat widerrechtlich und unanständig zu Vermögensverwertungen benützt.

Alles das wünsche ich Ihnen zu beweisen, Herr Justizminister, und fordere Sie auf, mich vor Gericht zu ziehen.

Dr. Eduard Vahy,
Chefredakteur des „Ragnar Ego“.

Einstweilen ist die „feine Pflanze“ noch immer Minister; doch die Herrlichkeit kann nun nicht mehr lange dauern. Bereits meldet die „Neue Freie Presse“:

„Es sind Gerüchte von einer Demission des Ministers Andrássy und des ganzen Kabinetts Wekerle wegen der Polanyi-Affäre in Umlauf. Diese Gerüchte werden in den nächsten Kreisen geglaubt. Für den 22. Januar, nachmittags, ist ein Ministerrat einberufen, der über die Demission des Ministeriums beschließen soll. Am Schluß der Reichstagsitzung nahm Polanyi nicht mehr seinen Platz auf der Ministerbank ein.“ —

Dem „braven“ Polanyi werden nicht viel Tränen nachgeweiht werden. —

Eingegangene Druckschriften.

„Der Mensch und die Erde“, Vierung 14—16, populär-wissenschaftliches Prachtwort von Hans Kraemer (Deutsches Verlagshaus Song u. Co., Berlin W. 87, Uferweg 60 W.).

Wegweiser für die Reichstagswahl 1907. Herausgegeben von Dr. A. Baumgarten und G. Müller. Preis 50 Pf. Verlag: G. Müller, Berlin W. 9.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Beendigung der Färberausterrung.

Krefeld, 22. Januar. (B. L. W.) Die Austerrung der Färber ist durch heute stattgehabte Verhandlungen zwischen den ausgesperrten Färbern, den Färberbesitzern und den Arbeitgeber des Seidengewerbes, die in allen Teilen zu einer friedlichen Lösung der Streitfragen führte, beendet, infolgedessen wird morgen in allen Betrieben die Arbeit in vollem Umfang wieder aufgenommen werden.

Ein Schindlerzigei.

Wien, 22. Januar. (B. L. W.) Der Abgeordnete Dr. Joseph Kapp, einer der letzten Abstammungszigei, ist heute morgen gestorben. Eine halbe Stunde nach seinem Ableben ist auch seine Frau ihm im Tode gefolgt.

Der Polanyi-Skandal.

Budapest, 22. Januar. (Melbung des ungarischen telegraphischen Korrespondenzbüros). Während der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses war das Gerücht verbreitet, der Minister des Innern, Graf Andrássy, habe demissioniert, weil er auf der Ansicht bestarre, der Justizminister Polanyi müsse gegen die gegen ihn gerichteten Beschuldigungen die Gerichte anrufen, während Polanyi dies entschieden ablehnt. Diese Meinungsverschiedenheit besteht tatsächlich, doch wird an unterrichteter Stelle auf das entschiedenste versichert, Graf Andrássy habe nicht demissioniert, auch die Demission des Gesamtministeriums wird als unrichtig bezeichnet. Feunruhigende Gerüchte haben jedoch eine gespannte Situation hervorgehen, die in kürzester Zeit ihre Lösung erfahren wird. Einige Blätter bezeichnen die Stellung des Justizministers als erschüttert.

Streik der Straßenbahner in Paris.

Paris, 22. Januar. (B. L. W.) Sämtliche 700 Bedienstete der Pariser S-Bahn sind heute in den Ausstand getreten, weil den Remisen- und Gleisarbeitern die Bezahlung des halben Lohnes für den wöchentlichen Ruhetag verweigert wurde.

Freies Versammlungsrecht.

Paris, 22. Januar. (B. L. W.) In der heutigen Kammer Sitzung brachte Ministerpräsident Clemenceau den Gesetzentwurf betreffend Abschaffung der Anzeigepflicht für die Abhaltung öffentlicher Versammlungen ein.

Naturgewalten.

Haag, 22. Januar. (B. L. W.) Die Flut, die die Südtüste der Insel Simenla bei Rijkzwerf, ließ die Insel Simenla fast ganz verschwinden. Es sollen 1500 Personen umgekommen sein. Täglich finden heftige Erderschütterungen statt. Der Zivilgouverneur ist mit ärztlichem Hülfspersonal nach der Unglücksstätte abgereist.

Zur Erinnerung des Massenmordes.

Warschau, 22. Januar. (B. L. W.) Da heute in vielen Pölkereien nicht geordnet wurde, herrscht in der Stadt Brotmangel.

Die russische Revolution.

Die Vorwahlen.

Wolffs Telegraphenbureau meldet: Petersburg, 21. Januar. Bei den gestrigen Wahlen der Arbeiter-Bevollmächtigten, denen es obliegt, 24 Wahlmänner für die Wahl der Dumaabgeordneten zu wählen, wurden, wie nunmehr festgestellt ist, 94 Bevollmächtigte gewählt, darunter 1, welcher sich den Sozialrevolutionären anschließt, 22 zur Linken zu zählende Parteiloje, 38 Sozialdemokraten, 4, welche sich den Sozialdemokraten anschließen, 4 Kadetten, 23 gemäßigte Parteiloje, 2 zur Rechten zu zählende Parteiloje. — Nach Nationalitäten wurden gewählt: 85 Russen, 6 Polen, 2 Esten, 1 Deutscher. Infolge der späten Bekanntgabe des Wahltages wurde nur in 91 von 131 Fabriken gewählt. Von 25 000 in den Fabriken, in denen die Wahlen stattgefunden haben, registrierten Arbeitern waren 10 000 zur Wahl erschienen.

Der „Gapontag“.

Lodz, 22. Januar. (W. L. B.) Am heutigen Jahrestage der Revolution herrscht in allen Fabriken vollkommener Stillstand; auch die Warenläden und Banken sind geschlossen. Der Verkehr auf den Straßen ist gering.

Aus der Partei.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Straffonds der Presse. Verworfen wurde die Revision des Genossen Wilhelm Schmidt von der Frankfurter „Volkstimme“ gegen ein Urteil des Landgerichts Frankfurt a. M., das ihn wegen Beleidigung des Bürgermeisters zu Griesheim mit 300 Mark Geldstrafe belegte. Inkriminiert war ein Artikel der „Volkstimme“, in dem behauptet wurde, die Wahlzeit bei der Erziehung zur Gemeindevertretung in Griesheim vom 21. Juli 1904 sei statt bis 8 Uhr nur bis auf 6 Uhr abends angesetzt worden, um die Arbeiter von der Wahl abzuhalten. Darin hat das Gericht die Beleidigung des Bürgermeisters erblickt. Die Verleumdung der Wahlzeit mehr als die Tagesstunden, so heißt es in dem Urteile, geschah deshalb, weil bei der vorigen Wahl am Abend tumultuarische Szenen vorgekommen waren, wegen derer die Wahl sogar vorzeitig abgebrochen wurde. Es haben allerdings 50—60 Wähler weniger gewählt, aber zum Teil nur, weil die Arbeiter nicht noch einmal einen halben Arbeitstag einbüßen wollten.

Dass die Arbeiter durch den frühen Schluss der Wahlhandlung nicht benachteiligt worden seien, kann das Urteil natürlich nicht beweisen. Das Reichsgericht verwarf die Revision, weil das Landgericht ganz richtig festgestellt habe, dass der Angeklagte keine berechtigten Interessen gewahrt habe. Der Angeklagte sei weder Kandidat noch Wähler in Griesheim gewesen. Redakteure von Parteiblättern haben, wie das Reichsgericht wiederholt ausgeprochen habe, keinen Anspruch auf den besonderen Schutz des § 193.

März-Ehrung und Spandauer Gewehr-Fabrik.

Gegen den Genossen Felix Weinberg ist eine eigenartige Anklage erhoben, die ein ebenfalls eigenartiges Ende genommen hat. Die Anklage und der Eröffnungsbeschluss beschuldigen Weinberg: am 18. März zu Spandau und zu Berlin durch Ausfertigung und Niederlegung eines Kranzes mit roter Schleife und der Aufschrift „Mehrere Abteilungen der königlichen Gewehr-Fabrik Spandau den Märzgefallenen“ — 19 in Spandau beschäftigte Arbeiter beleidigt zu haben.

Genosse Weinberg war zur Niederlegung dieses Kranzes durch eine „Mehrere Bestimmungsgenossen“ unterschriebene Karte aufgefordert und hatte diesen ehrenvollen Auftrag am 18. März ausgeführt. Die Karte lautete: „Das Eigenartige der geheimnisumhüllten Auftragserteilung mußte notwendigerweise in dem Angeklagten Zweifel darüber erregen, ob der Kranz wirklich von „mehreren Abteilungen“ der königlichen Gewehr-Fabrik, also, wenn nicht von der Gesamtheit, so doch zum mindesten von der Mehrheit einiger Abteilungen der Gewehr-Fabrik herrühren. Obwohl der Angeklagte sich sagen mußte, daß, wenn letzteres nicht der Fall sei, die Niederlegung des Kranzes mit der roten Schleife und der gedachten Aufschrift eine Beleidigung für die Arbeiter der königlichen Gewehr-Fabrik bedeute, da die Arbeiter einer königlichen Fabrik dadurch als Sozialdemokraten, also als Anhänger einer der herrschenden Staatsform feindlichen Partei hingestellt werden, führte der Angeklagte nicht nur den Auftrag der Niederlegung des Kranzes auf dem Friedhofe anstandslos aus, sondern ging noch dazu über, ohne Auftrag und aus eigenem Entschluß den Kranz in einem sozialdemokratischen Lokale auszustellen.“

So der Staatsanwalt. Und was tut die Strafkammer mit diesem Aufbau aus logischen, rechtlichen und politischen Schnitzern? Lehnte sie die Anklage sofort ab, da nimmermehr selbst die irrtümliche Annahme beleidigend sein kann, ein Staatsbürger, insbesondere ein Arbeiter einer staatlichen Fabrik sei so intelligent, daß er Sozialdemokrat ist, und da die Ehrung der um das Vaterland hochverdienten Märzgefallenen lediglich einen, auch den die Ehrung Völliglebens ehrenvolle Tat, nimmermehr eine Beleidigung sein kann? Nein, die Strafkammer klagte auf Grund der Anklage, dem Antrage des Staatsanwalts entsprechend, an. Es wurde Termin anberaumt. Genosse Weinberg beantragte nimmermehr Ladung von Zeugen, damit diese dem Gericht in Erinnerung bringen:

- die Märzgefallenen haben sich um das preussische und deutsche Vaterland hochverdient gemacht,
 - eine Ehrung dieser Vaterlandsverteidiger ist eine nationale Pflicht, die Gewehr-Fabrik in Spandau wird vom Staate unterhalten, die dort beschäftigten Arbeiter haben nach der Verfassung daselbst Recht zur Äußerung ihrer freien Meinung, wie jeder andere Staatsbürger,
 - ohne eine Beleidigung des größten Teils der Deutschen und der vermeintlich Beleidigten ist die Annahme unmöglich, ein Arbeiter könne dadurch beleidigt werden, daß er als Anhänger der Sozialdemokratie erachtet wird,
 - die in der Anklage verlesene Konstruktions einer Beleidigung beruht mithin auf einer völlig irrigen Auffassung historischer Ereignisse und auf einer Verlesung nicht minder des Gesetzes wie des allgemeinen Rechtsbewußtseins.
- Raum hatte Genosse Weinberg seinen Antrag auf Beweisaufnahme eingereicht, so wurde das Verfahren gegen ihn auf Staatskosten eingestellt; die zusammengekommenen Strafanträge wurden zurückgenommen. Wäre die Erkenntnis von der Unbilligkeit der Anklage dem Einkammer der Strafanträge früher gekommen, so wäre viel Papier- und Tintenverbrauch dem königlich preussischen Staate erspart worden.

Soziales.

Sum Terrorismus der Innungen.

Der freigezweckliche Verband der Friseur-Gehülfen Deutschlands hat gegen die selbständige Barbier- und Friseur-Gewerkschaft in und Umgegend beständige Lohn- und sonstige Forderungen erhoben.

Zur Durchführung derselben hat der Verband an diejenigen Barbier, welche die Forderungen bewilligt haben, Ausweis-Plakate und Kontrollkarten ausgegeben mit der Aufforderung, diese in den Geschäften so anzubringen, daß sie von der Straße aus sichtbar sind. Zugleich ist im „Vorwärts“ eine Veröffentlichung der Namen aller derjenigen Barbier, welche die Forderungen bewilligt haben, erfolgt und an die Parteigenossen die Aufforderung ergangen, nur solche Geschäfte aufzusuchen, welche derartige Plakate führen.

In diesen Maßnahmen hat die Barbier-, Friseur- und Perrückenmacher-Innung in der Innungsversammlung vom 30. Juli 1906 Stellung genommen und gestützt auf § 10 des Innungsstatuts, den Beschluß gefaßt, daß alle diejenigen Innungsmitglieder, die innerhalb einer bestimmten Frist das Plakat und die Kontrollkarte nicht entfernen, oder solche führen, vom Vorstande in eine Ordnungsstrafe von 20 M. genommen werden sollten. Auf Grund dieses Beschlusses ist der Barbier und Friseur Beutel in Rixdorf, Kottbusser Damm 11, vom Innungsvorstande unter Androhung einer Ordnungsstrafe von 20 M. zur Entfernung der in seinem Geschäft ausgehängten Plakate aufgefordert worden.

Hiergegen beantragte er beim Rixdorfer Magistrat Aufhebung des Innungsbeschlusses, da dieser ungültig sei. Durch die Maßnahmen des Verbandes der Friseur-Gehülfen Deutschlands gezwungen, habe er, da seine Kundschaft meist aus Arbeitern bestehe, die Forderungen der Gehülfen bewilligt und im Interesse seiner Existenz die Plakate ausgehängt.

Der Magistrat zu Rixdorf hat diese Beschwerde gegen Innungsterrorismus mit folgender Begründung zurückgewiesen:

„Die Innung war berechtigt, das Aushängen der Plakate ihren Mitgliedern zu untersagen, und der Innungsvorstand die Nichtbefolgung dieser Anordnung der Innung mit der statutarisch zulässigen Ordnungsstrafe zu bedrohen. Wenn die Innung durch ihren Beschluß verhindern wollte, daß das Plakat der organisierten Gehülfenschaft im Schaufenster der Mitglieder angebracht werde, so hat sie damit nicht die Mitglieder in der Annahme von Kunden beschränkt — nur dies wäre nach § 100a der Reichsgewerbeordnung unzulässig —, sondern sie hat die Mitglieder nur beschränkt in der Anwerbung von Kunden durch ein Mittel, das dem Standesbewußtsein selbständiger Gewerbetreibender widerspricht und die Gewerbe-Genossen schädigt. Es ist jedem Mitgliede einer Innung unbenommen, seinen Gehülfen in Lohnfragen nach Belieben entgegenzukommen, aber es ist nicht standesgemäß, wenn es dieses Entgegenkommen in einer von der Gehülfenschaft gewählten Form unter Bloßstellung der abweichend verfahrenen Innungsmitglieder fundiert macht. Die Standesrechte unter den Mitgliedern zu pflegen, ist aber nach § 81a der Reichsgewerbeordnung Aufgabe der Innungen. Der angefochtene Beschluß liegt also im Rahmen der Zuständigkeit der Innung, und für die Beschwerde ist kein Raum.“

Die gegen diesen Bescheid eingeleitete Beschwerde hat auch der Regierungspräsident zu Potsdam zurückgewiesen. In dem Bescheide heißt es:

„In der Beschwerde wird bestritten, daß das Verhalten des Beutel handeswidrig gewesen sei. Dem kann nicht zugestimmt werden. Die Agitation des Friseur-Gehülfenverbandes richtete sich gegen die überwiegende Majorität der Innungsmitglieder, die seinen Forderungen wegen Lohnhöhung usw. gegenüber sich ablehnend verhalten hatte. Die Stellungnahme des „Vorwärts“, der die Sache des Verbandes vertrat und seine Parteianhänger zum ausschließlichen Besuche derjenigen Geschäfte, welche das Plakat aufgestellt hatten, aufforderte, ließ keinen Zweifel darüber, daß es auf eine Verurteilung aller derjenigen Innungsmitglieder abgesehen war, die sich nicht den Forderungen des Verbandes unterwerfen wollten. In dem der Beschwerde hieran sich den Bedingungen des Verbandes unterwarf und das Plakat in seinem Schaufenster andrachte, ließ er die Sache der Innung im Stich und ging in das Lager der Gegner über. Dies Verhalten war um so unwürdiger, als es keinem Zweifel unterliegt, daß sein Verhalten wesentlich durch den materiellen Vorteil bestimmt wurde, der ihm durch den in Aussicht gestellten Zuspruch der sozialdemokratischen Arbeiter erwuchs.“

Der Beschwerdeführer bewies damit einen völligen Mangel derjenigen Gemeinnützigkeit, dessen Pflege zu den Hauptaufgaben der Innung gehört und verleiht dadurch die Standesrechte als Innungsmitglied. (§ 10 des Statuts, §§ 81a und 82 der Reichsgewerbeordnung.) In dem er der Aufforderung des Innungsvorstandes, der ihm noch eine Frist zur Aenderung seines Verhaltens gewährte, nicht nachkam, machte er sich straffällig.

Die angefochtene Entscheidung ist somit zu Recht ergangen.“

Ende ein Arbeiter einem anderen zum Anschluß an den Kampf zur Erreichung besserer Lohnbedingungen zu veranlassen und ihm klar zu machen, daß das seine Standes Ehre und seine Menschenpflicht fordert, so werden die Strafbestimmungen der §§ 153 der Gewerbeordnung, 185, 240, 293 des Strafgesetzbuchs mobil zu machen gesucht. Verlangt aber eine Innung daselbst von ihren Mitgliedern und droht Geldstrafe für den Fall an, daß der Meister durch Plakat mittelst, daß er sich geneigt hat. Dort wird der drohende Arbeiter, hier der bedrohte Arbeiter bestraft. Eine derartige Auslegung der Innungsordnungen entspricht u. S. weder dem Strafgesetzbuch noch der Gewerbeordnung. Freilich bewegt sie sich auf derselben Linie wie die bekannten Entscheidungen des Reichsgerichts, die Versuche, Streiks durch gültige Verhandlungen unter Hinweis auf eventuelle Unausbleiblichkeit eines Streiks zu vermeiden, als — Erpressungsversuche bestraft hat. Aber in Preußen-Deutschland hat Klassenjustiz keine Stätte.

Gewerkschaftliches.

Achtung! Wegen der Reichstagswahl bleibt das Bureau der Gewerkschaftskommission am Freitag, den 25. Januar, geschlossen.

Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission.

Der Kampf in der Holzindustrie.

Aus den gestern beim Holzarbeiterverband eingegangenen Meldungen geht hervor, daß aus 321 Arbeiter von 14 Betriebsinhabern ausgesperrt worden sind. Die Gesamtzahl der in Berlin ausgesperrten beträgt bis jetzt 6443. In Rixdorf sind in 24 Betrieben 840 Arbeiter, in Charlottenburg in 11 Betrieben 196 Arbeiter ausgesperrt.

Von entlassenen Arbeitern aus dem Betriebe des Herrn Schönherz wird mitgeteilt, daß es sich mit dessen Beirichtung, die wir in unserer Sonntagsnummer brachten, so verhält, wie wir gleich vermuteten. Ein Teil der Arbeiter ist am Mittwoch, den 10. d. Mts., durch den Verführer des Herrn Schönherz entlassen. Der Verführer antwortete auf eine Frage der Entlassenen, sie seien nicht ausgesperrt, sondern wegen Mangel an Arbeit entlassen. Die Arbeiter fragten darauf auch noch den Buchhalter, ob sie entlassen oder ausgesperrt seien und auch der sagte ihnen, sie seien nicht ausgesperrt, sie sähen doch, daß keine Arbeit mehr vorhanden sei. Das wurde am Abend desselben Tages in der Vertrauensmänner-Versammlung des Holzarbeiterverbandes mitgeteilt, am folgenden Tage stand es im „Vorwärts“ und da kam Herr Schönherz zum Bewußtsein, daß er das nicht gelten lassen dürfe. Nun sperrte er die übrigen Arbeiter, für die er jedenfalls auch nichts mehr zu tun hatte.

Der Streik in Fougères.

Paris, 21. Januar. (Fig. Ber.)

In Fougères wird jetzt verhandelt — verhandelt auf der von den Arbeitern geforderten Basis: Anerkennung der Gewerkschaft. Das ist sicher ein überaus bedeutender Erfolg. Er ist unmittelbar dem Eingreifen der parlamentarischen Untersuchungskommission zu danken, im wesentlichen aber der Erschöpfung der Unternehmer und ihrer Hoffnungslosigkeit, die Arbeiter doch noch unterzukriegen. Die Bemühungen der Gewerkschaft, den Tarif mittels eines kollektiven Arbeitsvertrages zu regeln, sind allerdings vorläufig resultatlos geblieben, da die Unternehmer ihre ursprüngliche Forderung wieder zurückgezogen haben. Es wird jetzt mit jeder einzelnen Verstätte verhandelt — ein unständliches und für eine Einigung wenig günstiges Verfahren. Die „Gelben“ aber haben ihren Lohn schon dahin. Die Unternehmer haben sie selbst von den Verhandlungen ausgeschlossen, da hinter ihrer Gewerkschaft niemand steht.

Die Einigung der italienischen Eisenbahnerorganisationen.

Rom, 19. Januar.

Die Abstimmung unter den organisierten Eisenbahnern ergab 28 303 Stimmen für und nur 489 Stimmen gegen die Verschmelzung beider Organisationen in eine einzige. Die bisherigen Verbände „Sindacato dei Ferroviari“ und der „Miscato“ hören somit von heute an auf zu existieren. An ihre Stelle tritt eine einheitliche Organisation. Beide Verbände sind seit dem Eisenbahnerstreik stark zurückgegangen; 1905 zählte der Miscato noch 32 770, die Sindacati 21 550 Mitglieder, deren Zahl im Jahre 1906 auf 12 000 und 12 750 zusammengeschrumpft war. Wegen der endlich unter einer Fahne vereinigten Schaar neuer Wachstum und neue Siege beschieden sein!

Ausland.

Der Generalkrieg der Eisenbahner in Bulgarien.

Am 8. Januar d. J. wurde der Generalkrieg der bulgarischen Eisenbahner proklamiert, der bis heute unverändert fortbauert. An 3400 Arbeiter und Angestellte des Staatsnetzes sind noch immer formell im Streik. Der Verkehr der Personenzüge ist durch den Dienst des Militärs nur höchst unvollkommen hergestellt, man fährt mit vielständigen, oft 100 und mehrprozentigen Verspätungen, und was die Frachtzüge betrifft, die telegraphischen Berichte über den Verlauf des Kampfes lassen und bisher das Abfahren keines derselben vermuten. Es steht doch fest, daß der Personenverkehr des Staats-Eisenbahnnetzes fahrbar lahmgelegt ist, man bedauert auch die Unannehmlichkeiten und die Gefahren, denen die Reisenden ausgesetzt sind, und daß der Warenverkehr gänzlich eingestellt ist. Somit ist der Streik als bisher über jede Erwartung hin erfolgreich zu bezeichnen.

Man wird in Westeuropa mit Erstaunen vernehmen, daß das nur möglich ist. Ein erfolgreicher Streik der Eisenbahner, der schon über zwei Wochen hin dauert und der jedoch zu der Kapitulation seiner kämpfenden Seiten neigt. Im Osten Europas ist das aber in dem Reich der Möglichkeiten. Das erklärt sich nämlich durch die besonderen Bedingungen des Streiks.

Die Forderungen der Eisenbahner, welche dem Ministerpräsidenten, Dimitar Petkoff, und der Nationalversammlung vorgelegt waren, lassen sich im folgenden zusammenfassen: 1. bessere Entlohnung; 2. längere Arbeitszeit; 3. Abschaffung der Ausnahme-gesetze, die durch die drakonischen Bestrafungen der bei Streiks begangenen Ausschreitungen die Aufhaltung der Streikbewegung selber begünstigen. Was die Entlohnung betrifft, besonders der unteren Schichten der Eisenbahner, sowie der unteren Angestellten überhaupt, so ist sie geradezu elend zu nennen. Während im letzten Jahrzehnt die Lebensunterhaltung allgemein verteuert ist, bleiben die Löhne der Staatsbeamten unverändert, ausschließlich allerdings der Gehälter der höheren Beamtenelite. Die Verkürzung der Arbeitszeit ist ebenso eine wichtige Forderung, was die Eisenbahner anlangt, so daß auch die höheren Beamten des Staatsnetzes, die dergleichen ziemlich gut abgeholt werden, sich dem Streik angeschlossen haben. Der Erschöpfung der zu viel in Spannung gehaltenen Arbeitskräfte sind auch manche große Eisenbahnunfälle zuzuschreiben, wie eine erschreckende Katastrophe gerade wenige Tage vor dem Streik stattfand. Nun hat der Minister diese Forderungen scharf abgewiesen. Diese unerwartete Haltung der Regierung reizte umso mehr die Arbeiter auf die sofortige Erklärung des Streiks, der nun überall mit Enthusiasmus aufgenommen ward, wurde zur Notwendigkeit. Wenige Tage vorher hatten die drei Eisenbahnerorganisationen, beide sozialistische und eine neutrale, Vereinigungsverhandlungen begonnen, die nach dem Streik hoffentlich zu vollem Erfolg führen werden. Es sollen circa 1200 Arbeiter organisiert sein.

Die Regierung kommandierte die sofortige Befreiung des Eisenbahndienstes durch die Militärs. Sie vertraute die vorübergehende Verwaltung der Eisenbahnen dem Kriegsminister an, obwohl dieser dem demoralisierenden Beispiel, das Militär in ähnlichen Fällen hineinspielen zu lassen, widerstrebt haben soll. Aber die aus vierhundert Mann bestehende Pionierabteilung, deren größter Teil noch ungenügend geübt ist, vermochte die 3400 Streikenden nicht zu ersetzen. Die Regierung hat dann die Streikenden, soweit das sich tun ließ, unter die Fahne berufen und ihnen die Dienste aufgegeben. Damit ging aber die Sache gar nicht glatt fort, denn zunächst hat man auf diese Weise nicht all die 3400 Arbeiter zusammenzubringen vermocht und dann, was die Streikenden unter ihrem Jubiläum nicht verdrängen wollten, wollen sie sich auch unter dem Soldatenrock nicht gerne abzuweisen lassen. Die über nämlich ganz erfolgreich eine passive Resistenz, an der schließlich alle Regierungsmänner gegen den Streik scheitern werden, wenn die Bewegung mit dem bisherigen Erfolg fortbauert. Man gehorcht ganz buchstäblich dem Militärsstatut, und dennoch steht der Verkehr still.

Die Regierung aber läßt nicht nach. Sie schikaniert, droht, verhängt Arreste, namentlich in der Provinz. Wenige Tage vor dem Streik ließ sie zwei Gesetze mit großer Hast in der Nationalversammlung durchjagen, womit den Staatsarbeitern und Beamten das Streikrecht genommen wird. Danach sind die Beamten, die sich einem Streik anschließen, ihres Amtes sofort verlustig und werden jedes Pensumsrecht beraubt, auch wenn sie einen fünfzehnjährigen Dienst zurückgelegt haben mögen. Diese Gesetze berühren allerdings die heutigen Streikenden nicht, da sie erst nach dem Streik in Kraft getreten sind und andererseits keine rückwirkende Kraft haben; man kann sie aber durch die Kammer leicht auch als rückwirkend erklären. Aber jetzt kämpfen die Arbeiter noch um das Streikrecht der Staatsarbeiter und Angestellten.

Der Streik hat dem Handel sowie den Staatseinkünften schon bedeutende Opfer zugefügt. Wäre Bulgarien ein Jura-Land, so hätte das ganze Staats- und Gesellschaftswesen unter dem Streik gelitten. In Bulgarien aber findet die Verproportionierung der Städte durch die umliegenden Dörfer statt, deshalb haben auch die vorhandenen Vorräte für die ersten paar Wochen ausgereicht, so daß die volle Katastrophe bisher ausgeblieben ist. Sie ist aber auch für Bulgarien unvermeidlich und sie muß kommen. Die Zeichen dafür sehen auch schon ein. Sie drücken sich in dem Wachsen der Preise aus.

Sofia, 22. Januar. Da der Eisenbahnverkehr absolut nicht in Gang zu bringen ist, beschloß die Regierung, im Auslande 50 Maschinen und 50 Geiger zu engagieren. — Wegen großen Schneefalls mußte der Personenverkehr zwischen Kustschuk und Warna völlig eingestellt werden.

Aus Industrie und Handel.

Reichsanwaltschaft. Die Reichsanwaltschaft hat am Dienstag den Dislokation von 7 auf 6 Proz. ernannt. Präsident Dr. Koch führte in der Sitzung des Zentralausschusses folgendes aus:

Der Ausweis vom 15. d. M. hat einen erheblichen Rückgang gezeigt, der Status des Institutes hat sich nach der überaus starken Inanspruchnahme zum Jahreswechsel wesentlich gebessert. Seit dem Abschluss des Reichsanlaufs vom 15. d. M. ist die Besserung weiter fortgeschritten, der Metallbestand hat sich gekräftigt, die Rotenbedeckung hat sich erhöht. Das Institut ist inzwischen aus der Rotensteuer herausgelassen, nach den Ziffern vom 19. d. M. bestand bereits eine steuerfreie Rotenreserve von rund 20 Millionen Mark. Trotz des umfangreichen Rücklasses, der in den letzten Wochen zu verzeichnen war, muß aber der Status der Bank noch immer als stark angespannt bezeichnet werden, ist doch noch immer gegenüber der gleichen Vorjahrsperiode die Situation der Bank um weit über 100 Millionen Mark schlechter. Trotzdem hat die Reichsbank aus der Gesamtlage des Geldmarktes die Ueberzeugung gewonnen, daß an einem Bonitätskont von 7 Proz., der eine ungewöhnlich schwere Belastung für Industrie und Handel darstellt, nicht länger festgehalten zu werden braucht. Die Devisenkurse stehen zwar noch immer recht hoch, aber doch durchweg unterhalb der Grenze, die die Gefahr eines Geldexpulses aus Deutschland in sich birgt.

Heimatpolitik.

Agrarier und Regierung pouffieren mit Vorliebe die Phrase vom Schutz der nationalen Arbeit. In welcher Weise von jener Seite Heimatpolitik gemacht worden ist, darüber liegt aus den Kreisen des Handels und der Industrie schon eine Reihe von Auffassungen vor. Wir registrieren folgende. Die „Kette der Berliner Kaufmannschaft“ sagen in einem Bericht u. a.:

Besonders schwer wird von der Erhöhung der ausländischen Einfuhrzölle die chemische Industrie des hiesigen Platzes betroffen. Wenn auch schon bisher die meisten großen chemischen Fabriken Filialen im Auslande besaßen, so wird die Errichtung von Zweigfabriken im Auslande infolge der neuen Handelsverträge noch größere Ausdehnung gewinnen. Es wird uns berichtet, daß eine hiesige Firma zurzeit eine chemische Fabrik in Rußland errichtet, und daß mehrere andere Firmen sowie eine Parfümeriefabrik eine teilweise Ueberfiedelung nach Rußland, Oesterreich-Ungarn und der Schweiz vorbereiten. Für die Erzeugnisse der Maschinenindustrie sind die Einfuhrzölle, insbesondere in Rußland und Oesterreich-Ungarn, derartig erhöht worden, daß es unmöglich ist, die betreffenden Maschinen noch mit Erfolg gegenüber der dortigen Konkurrenz in Deutschland herzustellen. In mehreren Fällen ist deshalb die Errichtung von Zweigfabriken in Rußland, Oesterreich-Ungarn und Italien in Aussicht genommen worden. Daneben sind in der Maschinenindustrie auch Verhandlungen im Gange, um Teile der zu liefernden Maschinen auch in ausländischen Fabriken herstellen zu lassen. — Auch in anderen Zweigen der Metallverarbeitung, so in der Baukonstruktion und der Schiffsbauerei, werden Vorbereitungen getroffen, um einen Teil der Fabrikation

nach dem Auslande, insbesondere nach Oesterreich-Ungarn und Rumänien zu verlegen. — Die elektrische Industrie bezieht zwar schon jetzt ausländische Niederlassungen, doch zwingen die neuen Handelsverträge auch hier, die Fabrikation noch mehr als bisher im Auslande vorzunehmen. — Ferner wird und berichtet, daß die Fabrikation photographischer Bedarfsartikel infolge der höheren Zollsätze des Auslandes gezwungen sein wird, einen Teil der Produktion nach dem Auslande zu verlegen. — Auch in der Kartonpapierbranche schweben gegenwärtig Verhandlungen, um in anderen Ländern Filialfabriken deutscher Unternehmungen zu gründen.

Die Handelskammer Kassel teilt mit, daß nach dortigen Erhebungen eine Fabrik durch die Zollerhöhungen in Oesterreich-Ungarn genötigt worden sei, in Böhmen eine Zweigniederlassung einzurichten. Eine andere Fabrik beabsichtigt gleichfalls infolge der Zollerhöhungen Zweigniederlassungen in Oesterreich und Rußland zu errichten, während zwei weitere Werke das Einfuhrgeschäft nach Oesterreich hätten einstellen müssen.

Die Handelskammer Darmstadt schreibt in ihrem Jahresbericht für 1906:

„Aus der jetzigen Lage im Handelskammerbezirk dürfe keineswegs der Schluß gezogen werden, daß die neuen Handelsverträge auf die weitere Entwicklung der deutschen Industrien überhaupt und speziell der Industrien unseres Bezirks ohne schädlichen Einfluß gewesen seien und auch in Zukunft bleiben würden. Es sei der Handelskammer bekannt geworden, daß außerhalb ihres Bezirkes infolge der ausländischen Zollerhöhungen sowohl von der chemischen Industrie Zweigbetriebe im Auslande, nämlich in Oesterreich, Rußland usw. bereits errichtet worden seien und noch weiter errichtet werden sollten, als auch in der elektrotechnischen Industrie eine Anzahl von Betriebsverlegungen nach dem Auslande stattgefunden hätten.“

Ähnlich urteilen andere Handelskammern. Aber der preussische Handelsminister singt den neuen Handelsverträgen ein Loblied. Daraus darf man auf den Kurs schließen, der gesteuert wird, wenn mit Hilfe der Nationalliberalen und Freijüngigen der konservative Einfluß im Reichstage noch gestärkt wird.

Aus der Frauenbewegung.

Frauen im Wahlkampf.

In einer äußerst stark von Frauen besuchten Versammlung bei Baeker, Weberstraße, sprach Genossin Baader über die Bedeutung der Reichstagswahl. Rednerin schilderte die Vorkommnisse, die zur Auflösung des Reichstages führten und forderte auf zum Kampfe für Erreichung des gleichen und geheimen Wahlrechts für Frauen. Obwohl die Frauen das Wahlrecht noch nicht besitzen, könnten sie bei den Wahlarbeiten doch fleißig mitarbeiten, um so

ebenfalls ihre Schuligkeit zu tun. (Beifall.) Am Wahltag sollten die Frauen die sämigen Wähler zur Wahlurne heranziehen. Sodann beleuchtete Genossin Baader den Wahlschwandel der Gegner und brachte ein Flugblatt zur Verlesung, in welchem Bürgermeister Zietzen für alle Forderungen der Arbeiter eintritt. (Stürmische Heiterkeit.) In der Diskussion wies Genossin Fr. Hilber auf die Schwindeleien der Konservativen hin, die in einem Flugblatt stolz und lähn behaupten, sie hätten den Arbeitern günstige Lohn- und Arbeitsverhältnisse verschafft. Die Arbeiter würden wissen, was sie am 25. Januar zu tun hätten. (Beifall.) — Damit schloß die eindrucksvolle Versammlung.

Gibt freifinnig.

Wie die Frauen von den Freifinnigen behandelt werden, lehrt folgender Bericht der „Berl. Volkszeitung“:

In einer Frauenversammlung, die gestern abend in den Industrie-Festhallen zu den Reichstagswahlen Stellung nahm, wurde von verschiedenen Rednerinnen darüber bittere Klage geführt, daß zu den Wahlversammlungen der freifinnigen Volkspartei im zweiten Reichstagswahlkreise den Frauen der Zutritt verweigert worden wäre, obwohl das Gesetz der Beteiligung von Frauen daran kein Hindernis entgegensetzt. Wie die Vorstehende berichtet, haben sich fünf Frauen zu einer der letzten Wähler-versammlungen des Bürgermeisters Dr. Reide begeben, um den Verhandlungen beizuwohnen. Diesen wurde jedoch von den Leuten am Eingange des Saales in barscher Weise der Eintritt verweigert. Auch der Appell an den Vorsitzenden hatte keinen Erfolg. (1) Schließlich wurde den Frauen der Bescheid, die Polizei gestatte ihre Anwesenheit nicht. (1!) Dadurch ließen sich aber die Damen nicht abschrecken. Sie erkundigten sich beim nächsten Polizeirevier und kamen von dort mit dem Bescheid zurück, daß ein solches Verbot nicht vorliege. Immer wieder wurden die Versuche, in den Saal zu gelangen, wiederholt. Aber schließlich mußten die Frauen unerrichteter Sache heimziehen. Die gestrige Versammlung nahm diese Nachricht mit Enttäuschungs-lundgebungen entgegen. Von verschiedenen Seiten wurde an-geregt, unter diesen Umständen der liberalen Kandidatur im zweiten Wahlkreise die Unterstützung zu versagen und für den Sozialdemokraten einzutreten. Von einem solchen Beschluß wurde jedoch „im höheren Interesse“ Abstand genommen. Wir können nicht finden, daß die bürgerlichen Frauen durch ihre Respektrüchtheit sich größere Achtung erworben haben.

Wasserstand am 22. Januar. Elbe bei Rastzig — Meter, bei Dresden + 38 dp., bei Nagelsburg + 3,38 Meter, — Hainau bei Braunschweig — Meter, — Oder bei Ratibor — Meter, Weichselmündung + 2,84 Meter, — Oder bei Brieg + 3,46 Meter, — Oder bei Breslau Unterpegel + 1,66 Meter.

Allen Freunden und Genossen zur Nachricht, daß mein lieber Mann, unser Vater und Schwiegervater, der **Waldpöller**

Gustav Grahl

am 21. d. Mts. verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofes aus statt. 37502

Die trauernden Hinterbliebenen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltung Nowawes-Neuendorf.

Am Montag, den 21. Januar, verstarb an Lungenblutung unser Kollege, der Schlosser 111/11

Emil Wilk.

Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Die Verwaltung.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 25. Januar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Kirchhofes aus statt.

Sozialdemokrat. Wahlverein

I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis

Görlitzer Viertel.

Den Mitgliedern hiermit zur Kenntnis, daß unser Genosse, der **Waldpöller**

Gustav Grahl,

wohnhaft Marlanenplatz 5, Stadtbezirk 83, gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 24. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofes aus statt. 242/6

Um zahlreiche Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser

Eugen Herm

am 20. d. Mts. gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 24. Januar er., nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Lichtenberger Kirchhofes in Lichtenberg, Kreuzstege, aus statt. 111/13

Rege Beteiligung erbetet **Die Ortsverwaltung**

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, **Polierer**

Gustav Grahl

am 21. Januar verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 24. Januar, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofes, Hermannstraße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht 78/12 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, **Flischer**

Christian Schenk

am 20. Januar verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 24. Januar, nachmittags 3/4 Uhr, von der Leichenhalle des Hixdorfer Kirchhofes, Mariendorfer Weg aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht 78/13 **Die Ortsverwaltung.**

Sozialdemokratisch. Wahlverein

des **6. Berliner Wahlkreises.**

Todes-Anzeige.

Am 19. d. M. verstarb unser Mitglied, der Former

Gustav Kapinski,

60 Jhr. 38.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, vom Augusta-Kirchhof, Schornhorststraße, aus nach dem Donatskirchhof, Blankenstraße, statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht 274/1 **Der Vorstand.**

Für die Beweile herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Sohnes, Bruders u. Schwagers

Wilhelm Felerabend

sagen wir allen unsern herzlichsten Dank, insbesondere der Firma Wichat und seinen Kollegen. 37542

Die trauernden Eltern u. Geschwister.

Sozialdemokrat. Wahlverein

Nowawes-Neuendorf.

Am Montag, den 21. Januar, verstarb unser Mitglied

Emil Wilk.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 25. Januar, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Kirchhofes aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht 28/4 **Der Vorstand.**

Krankenkasse der Gutmadhergesellen zu Berlin.

(G. G. Nr. 67.)

Sonntag, den 27. Januar 1907, vormittags 10 Uhr, in Dräsel's Festhallen, Neue Friedrichstraße 35:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Kassenbericht. 2. Wahl des Vorstandes. 3. Wahl des Ausschusses und der Krankenkassentoren. 4. Beschiedenes. 285/18

Die Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich und pünktlich erscheinen zu wollen.

Der Vorstand, D. Thobde.

Sozialdemokrat. Wahlverein

Nowawes-Neuendorf.

Am Montag, den 21. Januar, verstarb unser Mitglied

Emil Wilk.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 25. Januar, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Kirchhofes aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht 28/4 **Der Vorstand.**

Haben Sie Stoff?

Ich fertige davon **Anzug od. Paletot nach Mass, schick, dauerh., Latent, von 20 Mark an. Moritz Laband, Oranienburger Straße 4, I.**

Achtung! Rixdorf. Achtung!

Reichstags-Wähler!

Donnerstag, den 24. Januar 1907, abends 8 Uhr:

Fünf öffentl. Versammlungen

in folgenden Lokalen:

Hoppes Festsäle, Hermannstr. 49. | **Thiels Festsäle,** Bergstr. 151/152. | **Gröplers Bürgersäle,** Bergstr. 147.

Heickaus Festsäle, Karlsplatzstr. 6/10. | **Bruses Festsäle,** Knechtstr. 113.

Tagesordnung: Unser letztes Wort an die Wähler!

Referenten: Schriftsteller **Katzenstein,** Stadtvordneter **Dr. Silberstein, Wutzky, Groger und Thurov.**

Freie Diskussion. — Es ist Pflicht aber Wähler, in diesen Versammlungen zu erscheinen.

282/3* **Das sozialdemokratische Wahlkomitee.**

Handlungsgehülfen!

Heute, Mittwoch, den 23. Januar 1907, abends 9 Uhr, in den **Russler-Sälen, Kaiser Wilhelmstraße 18m:**

Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung: 285/19

Reichstagswahl und Handlungsgehülfen.

Referent: Kollege **Julian Borchardt.** Ansprache des Reichstagslandboten **Robert Schmidt.**

Zahlreichen Besuch erwartet **Der Einrufer: August Penn, Friedrichsbergstr. 14.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Achtung! Stellmacher! Achtung!

Donnerstag, den 24. Januar, abends pünktlich um 8 Uhr, im **Schultheiß-Ausschank, Neue Jakobstr. 24/25:**

Wahl des Gesellen-Ausschusses und der Beisitzer zum Innungs-Schiedsgericht.

Da der Vorstand der Stellmachereinnung — zweifelsohne mit besonderer Absichten — die Wahlhandlung auf den Tag vor der Reichstagswahl festgesetzt hat, ist es dringend notwendig, daß alle in Berlin, Rixdorf, Schöneberg, Reinickendorf, Weichensee, Pankow, Friedrichsberg, Friedrichsfelde usw. bei Innungsmeißtern beschäftigten Stellmacher rechtzeitig zur Stelle sind.

Stimmzettel mit den Namen der von uns vorgeschlagenen Kollegen liegen im Lokale aus.

78/11 **Die Branchenkommission.**

Bodenleger und Bohner.

Mittwoch, den 23. Januar er., abends 8 Uhr, im **Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal I):**

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen **Reiche** über: „Der Arbeitsnachweis“. 2. Branchenangelegenheiten und Beschiedenes.

Die Branchenkommission.

Achtung! Einsetzer. Achtung!

Die Kollegen werden ersucht, am Freitag, den 25. d. Mts., die Arbeit ruhen zu lassen und sich Raum für Raum der Wahlarbeit zur Verfügung zu stellen.

Der Obmann.

Glück machen.

Ordentlichen, nützlichen Schlossern, Monteuren usw. geben wir schon bei geringer Anzahlung

Motorwagen

wodurch sie ein glänzendes Einkommen erzielen, besonders da jetzt die Fahrtrage um 1/3 erhöht ist. 175/18*

Berliner Automobilhaus- und Industrie-Gesellschaft m. b. H., Berlin W., Umlandstr. 170.

Achtung! Sumatra

vierte Länge Vollblatt sicher im Brand und gute Qualität

per Pfund **M. 1,40.**

Hamburger Rohtahak-Haus

Filiale: Berlin N., Brunnenstr. 190.

Masken-Garderobe

Karl Ernst,

Rödenickerstr. 126, 1 Tr.

Größte Auswahl! Billigste Preise!

Vorzugler dieser Annonce erhält 10% Preisermäßigung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Zimmer 34, Amt 4, 3353. Engel-Ufer 15. Zimmer 1-5, Amt 4, 9079.

Freitag, den 25. Januar, bleibt das Bureau, Arbeitsnachweis u. Krankentasse wegen der Reichstagswahl

den ganzen Tag geschlossen.

Donnerstag, den 24. Januar, fällt die Abendzahlung an die in Arbeit tretenden Kollegen aus. 111/10 **Die Ortsverwaltung.**

Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher etc.

Filiale Berlin.

Freitag, den 25. Januar 1907 bleibt das Bureau wegen der Reichstagswahl 124/5*

den ganzen Tag geschlossen.

Die Ortsverwaltung.

Das Volksmuseum

Ausstellung Volkskrankheiten und deren Bekämpfung, Friedrichstr. 112a am Oranienburger Tor, hat wiederum verschiedene Neuheiten ausgestellt. Lichtbilder mit spannenden, hochinteressanten Vorträgen finden täglich stündlich statt. — Geöffnet von früh 9-11 Uhr abends. Entree 30 Pf. und 50 Pf. 999b*

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Theater.

Wittwoch, den 23. Januar.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Rgl. Opernhaus. Tristan u. Isolde.

Anfang 7 Uhr.

Rgl. Schauspielhaus. Klein Dorrit.

Deutsches. Das Wintermärchen.

Kammertheater. Das Friedensfest. Anf. 8 Uhr.

Besten. Cousin Bobby.

Morgen. Der Mikado.

Komische Oper. Tosca.

Anfang 8 Uhr.

Berliner. Der Hund von Baskerville.

Leistung. Der heimliche König.

Schiller-Theater (Wagner-Theater.)

Schiller-Theater Charlottenburg.

Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater.)

Neues Schauspielhaus. Derischs Hochzeit.

Kleines. Eine triviale Komödie.

Neues. Lyngaard u. Co.

Residenz. Florette und Patapon.

Künstlerblut. Der Schatzgräber.

Zentral. Künstlerblut.

Deutsch-Amerikanisches. Der Sorgenbrecher.

Thalia. Eine lustige Doppelrolle.

Zuilen. Der Troubadour.

Bernhard Rose. Das Kästchen von Heilbrunn.

Trionon. Wo ist der Papa? Vorher: Die Schloßkellerei.

Metropol. Der Teufel lacht dazu.

Gebr. Herrfeld. Familientag im Hause Prellstein.

Wintergarten. Cafaret. Spezialitäten.

Wpoko. Die schöne Vestalin. Spezialitäten.

Kasino. Ledige Leute. Spezialität.

Folies Caprice. Das Modell. Spezialität.

Wahalla. Varieté-Theater. Spezialität.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wagner-Theater).

Wittwoch, abends 8 Uhr:

Doppelselbstmord.

Bauernposse in 5 Akten von Ludwig Angenruber.

Donnerstag, abends 8 Uhr:

Der Kaiserjäger.

Freitag, abends 8 Uhr:

Jugend.

Schiller-Theater Charlottenburg.

Wittwoch, abends 8 Uhr:

Die Räuber.

Schauspiel in 5 Akten von Friedrich Schiller.

Donnerstag, abends 8 Uhr:

Die Räuber.

Freitag, abends 8 Uhr:

Die Räuber.

Castans Panopticum
Friedrichstraße 165
Größte Sehenswürdigkeit Berlins.
Von abends 6 1/2 Uhr ab:
Familien-Bier-Kabarett.
Reichhaltiges und originelles künstlerisches Programm.

Schwarzer Adler
Friedrichsberg. Frankfurter Chaussee 5.
Jeden Sonntag im Königssaal:
Großer Ball
unter Leitung des Herrn C. Bürger.
Jeden Mittwoch: 36612
Willy Walde-Sänger.
Gebr. Arnhold.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Heute im Theater 8 Uhr:
Die Feuertgewalten der Erde.
Hörsaal 8 Uhr: Dr. M. v. Unruh: Das Calcium und seine Verbindungen.

Zirkus Schumann
Heute Mittwoch, den 23. Januar, abends prägnant 7 1/2 Uhr:
Grande Soirée equestre.
Elite-Programm und noch nie gesehen: Geschwindigkeit circa 50 Meilen in der Stunde.

Zirkus Busch.
Heute abend 7 1/2 Uhr.
The Novellos.
Indien in Europa.
Heute: Clowen François mit dem Dodelpferd, Herrn Schumanns neueste Drehkuren, Fel. Marguerite, Schulkreierin.
Um 1/10 Uhr: **ROM.**
Gr. Orphen. Musik-Pantomime des Zirkus Busch in 7 Bildern. Die tollkühne Duadrillgarde.

Der Motor im Globus.
3 Frères Willé.
Die anerkannt besten Equilibristen der Gegenwart.
Heute: Die großartigen neuen Spezialitäten sowie die bestbesetzten Equi. Freizeits- und Springkürbe.
Um 9 Uhr zum 31. Male: Die größte Brauch- und Schaltungs-Pantomime der Gegenwart:
St. Hubertus.
THEATER, Köpenickerstr. 57/58.
Heute und jeden Abend 8 Uhr:
Gastsp. Ad. Philipp.
Der große Lacherfolg:
Der Sorgenbrecher.
Sonntag, nachm. 3 Uhr halbe Preise:
„Ueber'n großen Teich.“

Lustspielhaus.
Täglich abends 8 Uhr:
Sufarenfieber.

Metropol-Theater
Abends 8 Uhr:
Der Teufel lacht dazu.
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Holländer. Dirigent Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.
Massary, Wolf, Bender, Giampietro, Josephi.
Rauschen überall gestattet.
Sonntag, den 27. Januar 1907, nachmittags 3 Uhr:
Auf in's Metropol.

Zentral-Theater.
(Cigarette.) 8 Uhr:
Künstlerblut.

Wahalla-Varieté-Theater
Heinrichsberg 19/20, Köpenick, Tor.
Heute abend 8 Uhr:
Die erste Zensur von 1907:
der Mann mit dem drehbaren Kopf.
gänzlich neue 14 Spezialitäten 14

Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Heute und folgende Tage
Anfang 8 Uhr:
Florette und Patapon.
Schauspiel in 3 Akten v. H. Denniquin und Pierre Weber.
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Der Schlafwagen-Kontrollleur.

Apollo Theater
Hervorragende Spezialitäten
und
Die schöne Vestalin.
Operette. Musik von Viktor Holländer.
Sonntag, den 27. Januar, nachm. 3 Uhr: Doppeltvorstellung. Halbe Preise! 1. Akt. Variété. 2. Akt. Venus auf Erden.

Luisen-Theater
Reichenbergerstr. 34.
Opern-Gastspiel d. Theater d. Westens:
Der Troubadour.
Große Oper in 4 Akten v. Salvatore Camerano. Musik v. G. Verdi.
Donnerstag: Herr Bolter und Tessa.
Freitag: Tessa.
Sonabend 4 Uhr zum erstenmal: Klein Däumling. 8 Uhr: Raub der Sabinerinnen.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Trauenstr. 16.
Fromont jr. und Risler sen.
Sittengemälde in 4 Akten u. 1 Vorsp.
Drei Familien auf einem Flur.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Donnerstag Benefiz Karl Reich:
Zum erstenmal: Faust.

Bernhard Rose-Theater
Große Frankfurterstr. 132.
Abends 8 Uhr:
Das Kästchen von Heilbrunn.
Billetvorverkauf von 10-1 Uhr an der Theaterkasse.
Morgen: Der Raub der Sabinerinnen.
Freitag: Kean oder: Gonio u. Leidenschaft.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Börse.
Täglich ab 19. Januar cr., abends 7 Uhr
Sonntags ab 4 Uhr
Große Münchener Bockbierfeste.
Karl Kamberger
mit seinen drei Kapellen: Original Oberländer, „D'Wittschägen“ und „D'Schliersee“, Singspieler, Sänger und Sängerknaben.
Niederbühler zum Mitlingen gratis.
Großartige eigene Dekoration.
Entree an Wochentagen 30 Pfennige.

Wintergarten
SAHARET.
Otto Reutter
Kaufmann-Truppe, weibl. Radfahrer. Ein Ballabend i. Paris, Ballett, ausgef. von der Tiller-Truppe, London. Johnson und Dean, Malaisen-Gigolin. Die 3 Schwestern Kloss, gymnastische Produktionen. Howard und Harris, amerikanische Exzentriks. Ancillotti und gedankenlesender Hand Piu. Paul Cinquevalli, Jongleur. Floretta's Luftballett. Der Biograph.
Ende 11 Uhr

Prater-Theater
Kassanien-Allee 7-9.
Abends 8 Uhr:
Die Waife aus Lowood.
Schausp. in 4 Akten von Birch-Pfeiffer.
Morgen:
Wilhelm Tell.

Der Mikado.
Abend 8 Uhr:
Donnerstag: Ein Dealer Galte.

Colosseum
Dresdenerstr. 97.
Spezialitäten-Theater.
Im Konzerthaus: Großer **Bockbier-Jubel.**
„All-Deutschland im Hof.“
Rationale Defekation!
Uebervassungen aller Art.
Deutsch-Amerikanisches

Komische Oper.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Zum erstenmal:
Tosca.
Raffdrama in 3 Akten v. G. Puccini.
Donnerstag: Hoffmanns Erzählungen.
Freitag: Tosca.
Sonabend: Hoffmanns Erzählungen.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum Schluss: **Neu!**
Christmarkt.
Anfang
Wochentags
8. Sonntags
7 Uhr.

Lortzing-Theater
Beilsteinstr. 7/8.
Abends 7 1/2 Uhr:
Der Mikado.
Abend 8 Uhr:
Donnerstag:
Die Regimentslocher.
Schiller-Theater N.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.
Abends 8 Uhr:
Der Familientag.
Morgen: Die von Hochsattel.

Trianon-Theater.
Abends 8 Uhr:
Wo ist der Papa?
Vorher: Die Schloßkellerei.
Donnerstag 9. erstenmal: Frühelein Josette - meine Frau.

Gebr. Herrfeld-Theater
Anf. Theater Einlog 8 Uhr.
Kommandantenstr. 57.
Nur noch wenige Tage:
Familientag im Hause Prellstein
Komödie in 3 Akten mit den Autoren Anton und Donat Herrfeld in den Hauptrollen.
Vorverkauf 11-2 Uhr und bei Bertheim.
In Vorbereitung:
Ein verrücktes Hotel

Fröbels Allerlei-Theater
Fr. Puhmann, Schönhauser Allee 148.
Jeden Sonntag Anfang 6 Uhr:
Konzert, Theater u. Spezialitäten.
15 erstklassige Nummern! 15
Nach der Vorstellung: Extralanz.
Dienstags: Rose-Theater-Gastspiel.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Berlin paß' auf!
Vorlesung in 2 Akten v. Leop. Eh. Rufft von Rudolf Reison.
In den Hauptrollen: Josefino Dora, Paulotto van Roy, Albert Kühne, Martin Bendix.
Auerdem:
Die glänzenden neuen Spezialitäten für Januar.

Etablissement Neue Welt
Haseheide 108/114.
Gastspiel:
Bernhard Rose-Theater:
Sherlock Holmes
Detektivkomödie in 4 Akten.
Raffeneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.
Billetvorverkauf von 10-1 Uhr an der Kasse des Etablissements.

Kasino-Theater
Lothringersstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Ledige Leute.
Komödie in 3 Akten v. Heilig Dörmann.
Vorher das bunte Januarprogramm.
Beika, Schwan in 1 Akt v. H. Krämer.
Sonntag 4 Uhr: Die beiden Champignon.

Sanssouci
Königsplatz.
Direktion Wilhelm Reimer.
Sonnt. Konz. 5. Sonntag.
Vor der Reichstagswahl!
Jubelnder Erfolg!
Sant. 5. Sonntag 8 U.
R. Sonntag: Gr. Elite-Soirée v. Hoffmanns Nordl. Sänger.
V. Dienstag: Theaterabend

Wahalla-Varieté-Theater
Heinrichsberg 19/20, Köpenick, Tor.
Heute abend 8 Uhr:
Die erste Zensur von 1907:
der Mann mit dem drehbaren Kopf.
gänzlich neue 14 Spezialitäten 14

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Börse.
Täglich ab 19. Januar cr., abends 7 Uhr
Sonntags ab 4 Uhr
Große Münchener Bockbierfeste.
Karl Kamberger
mit seinen drei Kapellen: Original Oberländer, „D'Wittschägen“ und „D'Schliersee“, Singspieler, Sänger und Sängerknaben.
Niederbühler zum Mitlingen gratis.
Großartige eigene Dekoration.
Entree an Wochentagen 30 Pfennige.

Zentral-Verband d. Maurer Deutschl. Sektion Putzer
Zweigverein Berlin.
An Stelle des üblichen Maskenballes hat die Sektion der Putzer am 183/5
Sonabend, den 26. Januar, in Freyers Festsälen, Koppenstr. 29, ein großes **Kostümfest**
„Baumblüte in Werder“
arrangiert und ersuchen wir alle Freunde und Gönner des Vereins um recht regen Beteiligung.
Die zum Fest gehörigen Kopfbedeckungen sind am Eingang des Lokals zu haben.
Es wird gebeten, nur in einfacher Sommer-Toilette zu erscheinen.
Für besonders große Ueberraschungen ist bestens Sorge getragen.
Anfang abends 8 Uhr.
Das Bureau ist an diesem Tage von 5 Uhr nachm. geschlossen. D. 6. Verw. Neumann.

Gebr. Herrfeld-Theater
Anf. Theater Einlog 8 Uhr.
Kommandantenstr. 57.
Nur noch wenige Tage:
Familientag im Hause Prellstein
Komödie in 3 Akten mit den Autoren Anton und Donat Herrfeld in den Hauptrollen.
Vorverkauf 11-2 Uhr und bei Bertheim.
In Vorbereitung:
Ein verrücktes Hotel

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Berlin paß' auf!
Vorlesung in 2 Akten v. Leop. Eh. Rufft von Rudolf Reison.
In den Hauptrollen: Josefino Dora, Paulotto van Roy, Albert Kühne, Martin Bendix.
Auerdem:
Die glänzenden neuen Spezialitäten für Januar.

Inventur-Ausverkauf
Nur solange Vorrat:
Ein Posten
Wollatlas - Steppdecken.
Gr. ca. 135/195, Wert 4,65, jetzt 3,25
Gr. ca. 145/200, Wert 5,85, jetzt 3,90
Gr. ca. 160/200, Wert 8,-, jetzt 5,45
zum vollständigen Ausverkauf.
(Sim.-Handarb. 160/200, jetzt 6,35
Seide) doppelt, jetzt 7,35
Einzelne Steppdecken
bedeutend unter Preis.
Tüll-Bettdecken.
weiß, creme, Bettgröße.
1,95, 2,15, 2,25, 3,35, 3,85, 4,35
etc.
Gardinen - Reste.
1-6 Fenster, ca. 25 %, ermäßigt.
Fenster (2 Schals) 0,85, 1,15, 1,35,
1,85, 2,45, 3,35, 4,25, 5,50 etc.
Vorzieh - Gardinen.
1,48, 1,83, 2,15, 2,65 usw.
goldf. und rot
1,83, 1,98, 2,45, 2,65, 2,95, 3,35
usw.
Ca. 300 Fenster Portiären
in Tuch, Plüsch u. Velvetin
(2 Schals u. 1 Querbeh.)
3,35, 4,25, 4,85, 5,65, 6,25, 7,50,
8,25 etc.
Fehlerhafte Plüsch-Teppiche
in allen Größen zu fabelhaft
billigen Preisen, zu **10 Proz.**
extra Rabatt.
Plüschdecken
in allen Farben, solange Vorrat.
Stück 5,75, 6,25, 7,35, 8,25, 9,35.
Tuch - Tischdecken
1,68, 2,15, 2,75, 3,50 etc.

Fröbels Allerlei-Theater
Fr. Puhmann, Schönhauser Allee 148.
Jeden Sonntag Anfang 6 Uhr:
Konzert, Theater u. Spezialitäten.
15 erstklassige Nummern! 15
Nach der Vorstellung: Extralanz.
Dienstags: Rose-Theater-Gastspiel.

Sanssouci
Königsplatz.
Direktion Wilhelm Reimer.
Sonnt. Konz. 5. Sonntag.
Vor der Reichstagswahl!
Jubelnder Erfolg!
Sant. 5. Sonntag 8 U.
R. Sonntag: Gr. Elite-Soirée v. Hoffmanns Nordl. Sänger.
V. Dienstag: Theaterabend

Wollatlas - Steppdecken.
Gr. ca. 135/195, Wert 4,65, jetzt 3,25
Gr. ca. 145/200, Wert 5,85, jetzt 3,90
Gr. ca. 160/200, Wert 8,-, jetzt 5,45
zum vollständigen Ausverkauf.
(Sim.-Handarb. 160/200, jetzt 6,35
Seide) doppelt, jetzt 7,35
Einzelne Steppdecken
bedeutend unter Preis.
Tüll-Bettdecken.
weiß, creme, Bettgröße.
1,95, 2,15, 2,25, 3,35, 3,85, 4,35
etc.
Gardinen - Reste.
1-6 Fenster, ca. 25 %, ermäßigt.
Fenster (2 Schals) 0,85, 1,15, 1,35,
1,85, 2,45, 3,35, 4,25, 5,50 etc.
Vorzieh - Gardinen.
1,48, 1,83, 2,15, 2,65 usw.
goldf. und rot
1,83, 1,98, 2,45, 2,65, 2,95, 3,35
usw.
Ca. 300 Fenster Portiären
in Tuch, Plüsch u. Velvetin
(2 Schals u. 1 Querbeh.)
3,35, 4,25, 4,85, 5,65, 6,25, 7,50,
8,25 etc.
Fehlerhafte Plüsch-Teppiche
in allen Größen zu fabelhaft
billigen Preisen, zu **10 Proz.**
extra Rabatt.
Plüschdecken
in allen Farben, solange Vorrat.
Stück 5,75, 6,25, 7,35, 8,25, 9,35.
Tuch - Tischdecken
1,68, 2,15, 2,75, 3,50 etc.

Fröbels Allerlei-Theater
Fr. Puhmann, Schönhauser Allee 148.
Jeden Sonntag Anfang 6 Uhr:
Konzert, Theater u. Spezialitäten.
15 erstklassige Nummern! 15
Nach der Vorstellung: Extralanz.
Dienstags: Rose-Theater-Gastspiel.

Sanssouci
Königsplatz.
Direktion Wilhelm Reimer.
Sonnt. Konz. 5. Sonntag.
Vor der Reichstagswahl!
Jubelnder Erfolg!
Sant. 5. Sonntag 8 U.
R. Sonntag: Gr. Elite-Soirée v. Hoffmanns Nordl. Sänger.
V. Dienstag: Theaterabend

Wollatlas - Steppdecken.
Gr. ca. 135/195, Wert 4,65, jetzt 3,25
Gr. ca. 145/200, Wert 5,85, jetzt 3,90
Gr. ca. 160/200, Wert 8,-, jetzt 5,45
zum vollständigen Ausverkauf.
(Sim.-Handarb. 160/200, jetzt 6,35
Seide) doppelt, jetzt 7,35
Einzelne Steppdecken
bedeutend unter Preis.
Tüll-Bettdecken.
weiß, creme, Bettgröße.
1,95, 2,15, 2,25, 3,35, 3,85, 4,35
etc.
Gardinen - Reste.
1-6 Fenster, ca. 25 %, ermäßigt.
Fenster (2 Schals) 0,85, 1,15, 1,35,
1,85, 2,45, 3,35, 4,25, 5,50 etc.
Vorzieh - Gardinen.
1,48, 1,83, 2,15, 2,65 usw.
goldf. und rot
1,83, 1,98, 2,45, 2,65, 2,95, 3,35
usw.
Ca. 300 Fenster Portiären
in Tuch, Plüsch u. Velvetin
(2 Schals u. 1 Querbeh.)
3,35, 4,25, 4,85, 5,65, 6,25, 7,50,
8,25 etc.
Fehlerhafte Plüsch-Teppiche
in allen Größen zu fabelhaft
billigen Preisen, zu **10 Proz.**
extra Rabatt.
Plüschdecken
in allen Farben, solange Vorrat.
Stück 5,75, 6,25, 7,35, 8,25, 9,35.
Tuch - Tischdecken
1,68, 2,15, 2,75, 3,50 etc.

Fröbels Allerlei-Theater
Fr. Puhmann, Schönhauser Allee 148.
Jeden Sonntag Anfang 6 Uhr:
Konzert, Theater u. Spezialitäten.
15 erstklassige Nummern! 15
Nach der Vorstellung: Extralanz.
Dienstags: Rose-Theater-Gastspiel.

Sanssouci
Königsplatz.
Direktion Wilhelm Reimer.
Sonnt. Konz. 5. Sonntag.
Vor der Reichstagswahl!
Jubelnder Erfolg!
Sant. 5. Sonntag 8 U.
R. Sonntag: Gr. Elite-Soirée v. Hoffmanns Nordl. Sänger.
V. Dienstag: Theaterabend

Wollatlas - Steppdecken.
Gr. ca. 135/195, Wert 4,65, jetzt 3,25
Gr. ca. 145/200, Wert 5,85, jetzt 3,90
Gr. ca. 160/200, Wert 8,-, jetzt 5,45
zum vollständigen Ausverkauf.
(Sim.-Handarb. 160/200, jetzt 6,35
Seide) doppelt, jetzt 7,35
Einzelne Steppdecken
bedeutend unter Preis.
Tüll-Bettdecken.
weiß, creme, Bettgröße.
1,95, 2,15, 2,25, 3,35, 3,85, 4,35
etc.
Gardinen - Reste.
1-6 Fenster, ca. 25 %, ermäßigt.
Fenster (2 Schals) 0,85, 1,15, 1,35,
1,85, 2,45, 3,35, 4,25, 5,50 etc.
Vorzieh - Gardinen.
1,48, 1,83, 2,15, 2,65 usw.
goldf. und rot
1,83, 1,98, 2,45, 2,65, 2,95, 3,35
usw.
Ca. 300 Fenster Portiären
in Tuch, Plüsch u. Velvetin
(2 Schals u. 1 Querbeh.)
3,35, 4,25, 4,85, 5,65, 6,25, 7,5

2. Wahlkreis.

3 Wähler-Versammlungen

heute **Mittwoch, den 23. Januar, abends 8 1/2 Uhr.**

In der „**Viktoria-Brauerei**“, Bülowstr. 111-112:

Referent: Der Kandidat des Kreises: **Richard Fischer.**

In „**Sofjäger-Palast**“, Hafenside 52/53:

Referent: Redakteur **H. Block.**

In „**Giefings Gesellschaftshaus**“, Wasserthorstr. 68:

Referent: Redakteur **K. Wermuth.**

Tages-Ordnung: 1. **Die bevorstehende Reichstagswahl.**
2. Diskussion. — **Frauen haben Zutritt.**

Zahlreichen Besuch erwartet **Das sozialdemokratische Wahlkomitee.**

3. Wahlkreis.

Mittwoch, den 23. Januar, abends 8 1/2 Uhr:

3 Wählerversammlungen

In den Lokalen:

Zentral-Festsäle,
Alte Jakobstraße 32.

Graumanns Festsäle,
Raunynstraße 27.

Gesellschaftshaus,
Prinzenstraße 94.

Tages-Ordnung:

1. **Die Wahlen und die bürgerlichen Parteien.**

2. Freie Aussprache.

Referenten: Genossen **Paul Singer, Gottfr. Schulz, Rob. Schmidt.**

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Einberufer.

4. Wahlkreis.

10 öffentliche Wähler-Versammlungen

am **Donnerstag, den 24. Januar 1907, abends 8 Uhr,** in folgenden Lokalen:

Louis Keller, Koppensstraße Nr. 29.

„**Elysium**“, Landsberger Allee Nr. 41.

Litfin, Memelerstraße Nr. 67.

Markgrafensäle, Markgrafendamm.

Boeker, Weberstraße Nr. 17.

Walter, Andreasstraße Nr. 21.

„**Drachenburg**“, Vor dem Schlesiſchen

Tore.

Graumann, Raunynstraße Nr. 27.

„**Urania**“, Wrangelstraße Nr. 9-10.

„**Süd-Ost**“, Waldemarstraße Nr. 75.

Tages-Ordnung: 1. **Wem geben wir morgen unsere Stimme?** 2. Freie Diskussion.

Referenten sind:

Der Kandidat des Kreises, Stadtverordneter **Paul Singer.**

Sekretär **Späthe, Hugo Heimann.** Sekretär **Hermann Jaek.** Sekretär **Dittmer, W. Schenk, Robert Fendel, Küter, Oskar Jensch.** Rechtsanwalt **Roth.**

Zahlreichen Besuch erwartet

Das Wahlkomitee.

Achtung! 5. Wahlkreis. Achtung!

Donnerstag, den 24. Januar,
abends 8 Uhr:

Vier öffentl. Wählerversammlungen

Lipps Brauerei, am Friedrichshain.

Schweizer Garten, am Königstor.

Altes Schützenhaus, Linienstr. 5.

Johannis-Säle, Johannisstraße 20.

Referenten: **Friedländer, Liepmann, Wels, Dr. Weyl.**

Tages-Ordnung:

1. **Volksrecht oder Kommandogewalt.**

2. Diskussion. — In allen Versammlungen hält der Kandidat des Kreises

Robert Schmidt

eine Ansprache. — Alle Wähler des Kreises sind eingeladen. — Die Genossen und Genossinnen sind zu pünktlichem Erscheinen verpflichtet.

Das Wahlkomitee.

Vorher, abends 7 Uhr: Flugblattverbreitung

von den bekannten Stellen. Die Genossen des Kreises sowie die Helfer aus dem 4. Kreise (Ost) treten an den Stellen an, an denen sie schon früher tätig waren. Tue jeder seine Schuldigkeit!

Der Vorstand.

6. Wahlkreis.

8 öffentl. Wahl-Versammlungen

Mittwoch, den 23. Januar, abends 8 Uhr:

bei **Sachon,** Müllerstraße 136.

240/15

Donnerstag, den 24. Januar, abends 8 Uhr:

Fröbels Allerlei-Theater, Schönhauser Allee 148. | **Hensel,** Invaliden-

Bernhard Rose-Theater, Badstr. 58. | **Marienbad,** Badstr. 35/36.

Raabes Salon, Kolbergerstr. 23. | **Bockbrauerei II** (früher Norddeutsche)

Moabiter Gesellschaftshaus, Wicléffstr. 24.

Tages-Ordnung:

Auf zur Reichstagswahl! — Diskussion.

Referenten sind die Genossen: **Dr. Oskar Cohn, Düwell, Ebert,**

Ledebour, Leid, Litfin, Rosenfeld, Störmer.

Das Wahlkomitee.

Charlottenburg.

Donnerstag, den 24. Januar 1907, abends 8 Uhr:

3 Volksversammlungen

im „**Volkshaus**“, | in **Schulz' Festsälen,** | im Lokale v. **Hirschowsky,**

Kosluenstr. 8.

Kaiser Friedrichstr. 24.

Beusselstr. 9.

Tages-Ordnung:

250/4*

Ein letztes Wort an die Reichstags-Wähler.

Das Erscheinen aller Männer und Frauen Charlottenburgs erwartet

Das sozialdemokratische Wahlkomitee. Rosinenstr. 3. Telephon: Charlbg. 6888.

NB. Da vermutlich von unseren Gegnern unsere Säulenanschlüge mit der Aufschrift „Wählt Jubel!“ abgerissen werden, so ersuchen wir jeden Genossen, falls er einen derartigen Schänder erwischt, unverzüglich dessen Name und Adresse feststellen zu lassen und denselben uns zu übermitteln.

D. O.

Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer.

Nach beiderseitigen zufriedenstellenden Verhandlungen ist die über die „Galvanoplastik“, G. m. b. H., Lindenstr. 101/102, verhängte Sperre im Einverständnis mit den beteiligten Organisationen aufgehoben.

Der Vorstand.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41, 3/5
Spezialarzt für
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Smil. unterjucht, unversäht 1904er
Weiß- u. Rotwein 58 Pf.
pr. Lit. u. 80 W. pr. Hl. mit Glas.
Käffer v. 30 Lit., Stößen v. 12 Hl. an.
Größte G. weiß, 6 rot. Weingut
Ed. de Waal & Sohn, Koblenz 88.

Der Wahlkampf in Groß-Berlin.

Eine zeitgemäße Erinnerung.

Genau dreißig Jahre sind verfloßen, seit zum erstenmal von der Reichshauptstadt sozialdemokratische Vertreter in den Reichstag entsandt wurden — Freisige für den vierten und Hafencleeber für den sechsten Wahlkreis. Beide hatten den Freisinn verdrängt. Darob großer Jubel — in den Reihen der Konserverativen. „Ein größeres Glück ist dem Deutschen Reiche nicht widerfahren seit dem französischen Kriege als die Wahl der Sozialdemokraten in Berlin.“ Mit diesen Worten beginnt eine 1877 in der königlichen Hofbuchhandlung von Ernst Mittler u. Sohn — demselben Verlage, der heute die Sudelstrichen gegen die Sozialdemokratie herausgibt — während der Stichwahl erscheinene Broschüre über die Sozialdemokratie und die Wahlen. Die von konservativer Seite stammende Schrift wendet sich mit aller Schärfe gegen den Liberalismus, dessen Wieder- geburt zurzeit gar nicht genug von dem leitenden Staatsmann des Deutschen Reiches gefeiert werden kann. Die eine Seite des Liberalismus, der Nationalliberalismus, allerdings wird in allen Tonarten gelobt — die Zeit, wo die Nationalliberalen an die Wand gedrückt wurden, daß sie quiekten, war noch nicht gekommen. Um so erbärmlicher aber wird die Fortschrittspartei zergaust, der nichts mehr und nichts weniger als völlige Prinzipienlosigkeit vorgeworfen wird — der gleiche Vorwurf, den wir heute gegen die Epigonen der Fortschrittspartei erheben. Die Fortschrittspartei, so heißt es, wird überhaupt nicht durch ein Prinzip zusammengehalten, sondern durch irgend ein anderes Band. Nachdem Johann dem Fortschritt sein Sündenregister vorgehalten wird, schließt die auch heute noch lesenswerte Schrift mit der Aufforderung an das deutsche Volk, die Fortschrittspartei allmählich völlig aus dem Reichstag auszuschließen. „Mögen wir statt dessen noch einige Sozialisten mehr bekommen — was tut's? Wir werden eine Anzahl halbe und unzuverlässige Freunde los und tauschen dafür einige offene und ehrliche Feinde ein — ist der Gewinn nicht doppelt?“

So wörtlich zu lesen in einer von einem königlichen Hofbuchhändler verlegten, offenbar offiziellen Schrift. Armer Fortschritt! Armer Freisinn! Seit jeder von allen Seiten berachtet, führt er bis auf die Zeitzeit ein elendes Schmarogerleben. Heute bekommt er einen Fußtritt und morgen freut er sich, daß er von denselben Leuten, die ihm den Fußtritt verlegt haben, in Gnaden aufgenommen wird. Noch im vorigen Jahre rief Herr v. Redlich bei der Stabsberatung im Abgeordnetenhaus den Freisinnigen zu: „Sie sind diejenigen, welche die Sozialdemokratie mit Ihren Agitationen erst recht großgezogen haben. In dieser Beziehung, meine Herren, sind Sie auch wieder mal die Vorführer der Sozialdemokratie.“ Und ganz ähnlich äußerte sich sein Fraktionsgenosse Gamp bei der Beratung der Wahlgese, als er die Parteigenossen des Herrn Droemel als die Schlepenträger der Sozialdemokratie bezeichnete.

Wenige Monate später verbündeten sich die Schlepenträger der Sozialdemokratie, die Vorführer der Sozialdemokratie, mit den Jedly, Gamp und Konsorten, um einige Mandate zu ergattern. So würdevoll hat sich noch nie eine Partei benommen, so schamlos hat sich noch nie eine Partei prostituiert. Ein wahrhaft freisinniger Mann kann unmöglich für diese Art Freisinn stimmen.

Bürgermeister Reide, der „geborene“ Liberale.

Herr Reide, Bürgermeister von Berlin und Freisinnskandidat für den zweiten Wahlkreis, hat es übel bemerkt, daß die Sozialdemokraten sein Verleumdung zum Liberalismus nicht ernst nehmen wollen. In einer Versammlung freisinniger Wähler des Kreises, die am Montag stattfand, suchte er den Nachweis zu führen, daß sein Liberalismus über allem Zweifel erhaben sei.

Was Liberalismus ist, darüber hatte Herr Reide vor acht Tagen in seiner Kandidatenrede gesagt: Liberalismus ist eine Denkart, mit der man geboren wird, und von der man zweifelhaft ist, ob sie gelernt werden kann.“ Die Versammlung belohnte dieses Diktum mit donnerndem Applaus. Am Montag äußerte sich Reide ganz ähnlich, und zwar so: „Liberalismus ist nicht ein Programm von so und so viel Punkten, sondern eine Denkart — eine Weltanschauung, mit der man geboren wird und wozu man gar nichts tun kann. Wer richtig liberal ist, der bleibt auch liberal! Nun können ja diese Orakelsprüche über den Liberalismus sehr geistvoll. Fragt sich nur, ob sie richtig sind. Selbstverständlich will Reide nicht sagen, der Liberalismus sei das Glaubensbekenntnis neugeborener Kinder. Aber wenn seine Worte überhaupt etwas bedeuten sollen, so können sie nur das bedeuten, daß man zum Liberalen wird vermöge seiner besonderen Anlage, die man mit auf die Welt bringt, wie man zum Dichter, zum Gelehrten, zum Kaufmann, zum Handwerker „geboren“ wird. Das Wertwürdige dabei ist, daß die Anlage zum Liberalismus in neuerer Zeit offenbar immer rarer geworden ist. Wenigstens ist der Nachwuchs an Liberalen in den letzten Jahrzehnten immer spärlicher geworden. Man kann „nichts“ dazu tun, ein Liberaler zu werden, man kann den Liberalismus „nicht lernen“ — nach Herrn Reide. Daß man ihn aber — trotz Herrn Reide — vergessen und aufgeben kann, das haben gleichfalls die letzten Jahrzehnte gezeigt, in denen weite Kreise der Bevölkerung ihren einstigen Liberalismus vergessen und für immer aufgegeben haben.

Herr Reide, der „geborene“ Liberale, versuchte — wie oben gesagt — seine Zuhörer zu überzeugen, daß er ein echt liberaler, ein ausgesprochen freisinniger Mann sei. Das habe er schon bewiesen, sagte er. Er habe „nämlich“ auch Wähler geschrieben, und da sei ihm in Punkte des Freisinn eine „glänzende Kritik“ zu teil geworden. Von „Post“, „Kreuzzeitung“ usw. sei er „immer verhöhnt“ worden. Man sieht, daß der Herr Bürgermeister auch „vollständig“ sprechen kann. Er versicherte, es sei nicht wahr, daß er noch nicht öffentlich hervorgetreten sei. Er habe doch vor zwei Jahren beim Säulertest eine Rolle gespielt und habe dieses Fest von höflichem Beifall freigehalten gesucht. Auch politisch habe er sich bereits betätigt, er sei doch im Goethe-Verein Schriftführer gewesen und habe mitgekämpft gegen die Ler-Prinze. Dafür habe er, der damalige Konjunktoralrat, sich verzeihen lassen müssen; da sei er dann freiwillig aus dem Amt geschieden. Nur „aus Bescheidenheit“ habe er in seiner ersten Rede gesagt, er sei noch nicht mit seiner Überzeugung hervorgetreten. Wir fürchteten schon, der „geborene“ Liberale werde schließlich auch das noch erzählen, daß er als Bürgermeister von Berlin die Ehrenjungfrauen auszuwählen hat, mit denen er bei Fürstentempeln am Brandenburger Tor antreten muß, und daß er am letzten Sonntag einen Orden gekriegt hat. Aber hier verschloß er wieder in seine falsche Bescheidenheit und verschwieg,

Auch das verschwie er, daß in Arbeiterkreisen sein Name bekannt geworden ist durch einen vom Bürgermeister Reide unterzeichneten Akt des Magistrats, der darauf abzielte, den Arbeitern ihr Urlaubsrecht zu verkürzen. Da wurde bestimmt, daß „denjenigen Arbeitern, welche in der laufenden Urlaubsperiode bereits wegen Krankheit längere Zeit beurlaubt gewesen sind, noch ein besonderer Erholungsurlaub nicht zu gewähren ist, wenn die Art der Krankheit, welche die Dienstverhinderung veranlaßt, eine Schwächung des körperlichen Befindens nicht zur Folge hatte.“ Die Sozialdemokraten waren es, die im Rathaus diese Verfügung zur Sprache brachten und sofortige Aufhebung forderten. Die freisinnige Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung begriff, daß die Gemeindevverwaltung Berlins durch jenen skandalösen Akt vor aller Welt bloßgestellt worden war. Die „Sozialpolitiker“ des Magistrats, die den Akt auf dem Gewissen hatten, muhten sich dann dazu bequem einzulassen. Von alledem erzählte Herr Reide seinen Zuhörern nichts. Aber da er über sein Verhältnis zu den Arbeitern doch auch etwas sagen mußte, so erinnerte er daran, daß er früher eine Zeitsung des Reichsversicherungsamt angehört habe. „Da sollte ich“, so rief er, „nichts von den Räten der Arbeiter wissen?“ Uebrigens sei er doch jetzt Bürgermeister von Berlin, und Berlin habe 18—17 000 Arbeiter. „Ich sollte meinen“, fügte er hinzu, „da mühte der Bürgermeister doch auch etwas von den Arbeitern wissen.“ Ja, er weiß wirklich, wie Arbeitern zuzumute ist! Eine Probe gab er einmal in der Stadtverordnetenversammlung, als der sozialdemokratische Stadtv. Jubel Klage darüber führte, daß die Parlarbeiter bis in den Abend hinein bei der Arbeit festgehalten werden. Da sagte Herr Reide: „Und was ist das für eine Arbeit? Wir alle sind glücklich, wenn wir einen Garten haben, solche Arbeiten um diese Zeit ausführen zu können, und freuen uns, wenn wir zu der späten Abendstunde noch eine so angenehme Beschäftigung haben.“ „Sehr richtig!“ riefen hier die „geborenen“ Liberalen der Stadtverordnetenversammlung, die zugleich die „berufensten“ Freunde der Arbeiterklasse zu sein behaupten. Wer denkt nicht bei dem Hinweis auf die „angenehme Beschäftigung“ der Parlarbeiter an die oben erwähnte Verfügung, die Krankheitsurlaub als „Erholung“ hinstellte? Doch Herr Reide machte damals noch weitere Bekanntschaft, aus denen zu ersehen war, wie weit sein Verständnis für die „Räte des Arbeiters“ reicht. Auf Jubels Klage über die Länge der Arbeitszeit der Parlarbeiter antwortete er: „Vergessen Sie doch auch das Eine nicht, daß das Gros unserer Arbeiter nicht vollkräftige Arbeiter sind, und daß sie ihre Arbeit, auch wenn sie tüchtig sind, wirklich selten mit dem vollen Einsatz ihrer Kräfte auszuführen haben. Gehen Sie doch mal durch unsere Parks und Promenaden! Da finden Sie nicht viel Leute, von denen man sagen kann, daß sie noch im vollen Besitz ihrer Kräfte wären.“ Herr Reide war beim Reichsversicherungsamt! Am Ende hat er es dort gelernt, aus „nicht vollkräftigen“ Arbeitern durch entsprechend längere Arbeitszeit doch noch das volle Pensum herauszuholen?

All solche „Verdienste“ um die Arbeiter wurden von ihm mit Stillschweigen übergegangen, weil er — keinen Stimmensatz treiben wollte. Er wolle, so wipfelte er über seine eigene „Bescheidenheit“, sich nicht auf die „Fischerrei“ verlegen, wie die Sozialdemokratie es tue. Die „Fischerrei“ wurde nachher von einem seiner Freunde besorgt, von Herrn Ulech, der den aufhorchenden Freisinnswählern aus der „Vossischen Zeitung“ vorlas. Richard Fischer sei ein so schlechter Kerl, daß sogar der „Vorwärts“ ihn schon „entlassen“ habe. Niemand in der Versammlung erhob Einspruch dagegen, daß mit einem so blödsinnigen Wahlzettel für Herrn Reide zu „fischen“ verucht wurde. Es ist wirklich schade, daß uns nur noch 48 Stunden vom Tage der Wahl trennen. Hätten Herrn Reides Freunde die Möglichkeit, ihre „Fischerrei“ noch vier Wochen lang fortzusetzen, so könnte ihnen am Abend des Wahltages das Ergebnis beschieden sein, daß auch der letzte der Liberalen, wenn nicht der „geborenen“, so wenigstens der lernfähigen, ihrem Garn entflohen wären.

Gegenüber diesem schimpflichen Treiben des Freisinn muß am 25. Januar für jeden vornehm denkenden Wähler der Schlaftruf lauten: „Nieder mit dem Freisinn! Wählt den Kandidaten der Sozialdemokratie Richard Fischer!“

Die Bürgermeisterkandidatur im zweiten Wahlkreise.

Wird immer mehr zu einer Mischmaschkandidatur. Jetzt haben eine Reihe Vertreter von Kunst und Wissenschaft einen Aufruf an das intellektuelle Berlin des Inhalts erlassen, Herrn Reide den Weg in den Reichstag bahnen zu helfen. Der Aufruf ist von Professoren, Dichtern und Schauspielern unterzeichnet, unter anderen auch von dem Raurat und Professor Schwedien, dem Verfasser der Kamelinschrift in der Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche.

Die Arbeiterschaft weiß, daß es gerade die Sozialdemokratie war, die im Reichstage den Kampf gegen Vermüdung und für Geistesfreiheit am energischsten geführt hat.

Wählerversammlungen.

Zweiter Wahlkreis.

Heute Mittwoch, den 23. Januar, abends 8 1/2 Uhr: drei Wählerversammlungen. In der Viktoria-Brauerei spricht der Kandidat des Kreises Genosse Richard Fischer, im Hofjäger-Palast, Hafencleeber 52/53, referiert Genosse Bloch und in Giesing's Gesellschaftshaus, Wassertorstr. 68, wird Genosse Karl Wermuth das Referat halten.

Dritter Wahlkreis.

Heute abends 8 1/2 Uhr finden drei Wählerversammlungen statt in den Zentral-Festhallen, Alte Jakobstr. 22, in Braumanns Festhallen, Rammstr. 30 und im „Gesellschaftshaus“, Prinzenstr. 94. Die Genossen Paul Singer, Gottfried Schulz und Robert Schmidt werden über „Die Wahlen und die bürgerlichen Parteien“ sprechen.

Fünfter Kreis.

Donnerstag, den 24. Januar, 8 Uhr abends, vier Wählerversammlungen: Lipps Brauerei, Am Friedrichshain; Schweizer-Garten, Am Königstor; Altes Schützenhaus, Linienstr. 5; Johannis-Säle, Johannistr. 20.

Referenten: Friedländer, Piepmann, Wels und Dr. Wehl sowie in allen Versammlungen Ansprache des Kandidaten Robert Schmidt.

Wir erwarten, daß alle Genossen und Genossinnen erscheinen und niemand bei diesen letzten Betanstellungen fehlt.

Das Wahlkomitee.

Verlesegesellschaften und das Wahlrecht ihrer Angestellten. Zur Ausübung des Wahlrechts von seiten ihrer Angestellten hat die Große Berliner Straßenbahn für den Wahltag einen besonderen Dienstvermerk festgelegt, der jedem Wahlberechtigten die Teilnahme an der Wahl gestattet. Eisenerner Wohnende werden für die zur Wahl erforderliche Zeit vom Dienst entbunden. Die Hauptverleser schließen am Wahltage bereits um 6 Uhr statt um 8 Uhr, so daß die Arbeiter zwischen 6 und 7 Uhr ihr Wahlrecht ausüben können.

Ob und in welcher Weise die Omnibusgesellschaft Vorfrage getroffen hat, um ihren Angestellten die Ausübung des Wahlrechts am 25. Januar zu ermöglichen, ist nicht bekannt.

Wählerversammlungen.

Erster Wahlkreis.

Am Montag hatten unsere Genossen eine Versammlung für das Hansviertel nach dem Café Gärtner am Bahnhof Bellevue einberufen. Obgleich es in dieser Stadtgegend nicht viele Arbeiter im engeren Sinne des Wortes gibt, war die Versammlung doch von einer so großen Personenzahl besucht, wie der Saal nur irgend fassen konnte. Die Mehrzahl der Versammlungsbesucher waren wohl Proletarier, wenn auch in besserer Kleidung als Arbeiter sie zu tragen pflegen, doch waren auch Angehörige bürgerlicher Kreise verhältnismäßig zahlreich erschienen. Die Versammelten folgten dem Vortrage des Genosse Heine, der die im Vorbergrunde des politischen Interesses stehenden Begebenheiten vom Standpunkt der Sozialdemokratie aus beleuchtete, mit ungeteiltem Interesse. Die Beifallsausdrücke, mit denen die Zuhörer die Ausführungen des Redners begleiteten, legten Zeugnis dafür ab, daß die überwiegende Mehrheit der Anwesenden die vom Referenten vorgetragene Anschauung teilt und die scharfe Kritik, welche er an der Regierungspolitik übte, billigt. Allgemeinen Beifall fanden die Schlussworte des Referenten, in denen er die Wähler aufforderte, sich dem Protest gegen die Politik der Regierung anzuschließen, indem sie ihre Stimme dem Kandidaten der Sozialdemokratie geben. — Als hierauf Genosse Kronos das Wort erhielt, wurde er als Kandidat des Wahlkreises mit lebhaftem Applaus begrüßt. Seine Kritik der gegnerischen Parteien und ihres Auftretens im gegenwärtigen Wahlkampf fand ebenfalls den ungeteilten Beifall der Versammlung. Angehörige gegnerischer Parteien nahmen nicht das Wort, auch sonst machte sich keinerlei Opposition gegen die vorgetragene sozialdemokratischen Anschauungen bemerkbar. Nachdem der Vorsitzende Wolderky eine Aufforderung an die Anwesenden gerichtet hatte, für die Wahl unseres Kandidaten zu wirken, stimmte die Versammlung mit Begeisterung in das Hoch auf die Sozialdemokratie ein.

Sechster Wahlkreis.

Eine stark besuchte Wählerversammlung wurde am Montag in den „Muskulieren“ der Kaiser Wilhelmstraße abgehalten. Besonders zahlreich waren diesmal die kleinen und mittleren Gewerbetreibenden des dortigen Stadtteils erschienen, ein Zeichen dafür, daß auch diese Kreise ein immer lebhafteres Interesse an der politischen Haltung sowie an den Gesamtbestrebungen der Sozialdemokratie bekunden. Ueberhaupt wird die Versammlung in ihrer Zusammensetzung vorwiegend neue Gesichtspunkte auf, die man sonst in sozialdemokratischen Versammlungen nur selten oder gar nicht zu sehen bekommt. Das Referat hielt der Genosse Singer. Scharf ging der Redner mit den freisinnigen ins Gericht, die sich ja mit der vagen Hoffnung trugen, durch die Person des Justizrats Casse der Sozialdemokratie den Kreis wieder zu entreißen. Wer von den politisch denkfähigen Wählern, so fragte er, könne den Freisinnigen noch seine Stimme geben, die bis vor kurzem sich noch als Gegner der Kolonialpolitik aufspielten und jetzt ebenfalls vom Afrikakoller befallen sind? Die politische Würdelosigkeit des Freisinn und die Schlepenträgerdienste, die er der Reaktion beständig leistet, mühten den Liberalismus naturgemäß im ganzen Reiche auch um den letzten Kredit bringen. Ueber die Stellung der Sozialdemokratie zu den Freisinnigen bei den Stichwahlen werde die Parteilichung endgültig ja erst nach der Hauptwahl entscheiden. Sowie aber keine er jetzt schon sagen: Wenn wir die Freisinnigen behandeln würden, wie sie es ihrer schmählichen Haltung nach verdienen, dann hätten wir allerdings Ursache genug, dafür zu sorgen, daß von diesen armen Schachern überhaupt keiner mehr in den Reichstag hineinkäme.“ (Lebhafter Beifall.) Auf den bekannten Silberbrief des Reichstanzlers eingehend, meinte der Redner launig, Fürst Bülow sei in seinen geschichtlichen Hinweisen recht inkonsequent, sonst hätte er in seinem Schreiben an den Oberkommandierenden des Reichslügenverbandes hinzufügen müssen, daß auf die Sabelherrschafft der Napoleoniden die Republik gefolgt ist. — Den Wahlkreiser-schlechtere aber wolle er zurufen: Sie mögen es sich bemüht werden, daß der Arbeiterklasse das allgemeine, geheime, gleiche und direkte Wahlrecht genau so viel wert ist wie den Fürsten ihre Krone. (Stürmischer Beifall.)

In der Diskussion suchte ein Herr Brod unter weitgehender Ausnutzung der gewährten Redefreiheit eine ganze für die freisinnigen Volkspartei zu brechen. Pathetisch deklamirte er: „Wer die Prinzipien der freisinnigen Volkspartei kennt, — (Hat ja keine!)“ rief jemand feich in den Saal. Schallendes Gelächter.) Der biedere Freisinnsmann meinte dann schließlic, kolonialfreundlic sei die Volkspartei jetzt, weil in den Kolonien „da unten“ doch alles auf dem Spiele stehe. Hätten die Kolonien schon so viel Geld verschlungen, dann könne man für unsere Brüder, die da draußen Gut und Blut hingegeben, die geforderten paar Lumpigen Millionen“ auch noch opfern. — Als darauf der Genosse Singer das Wort erhielt, um dem freitbaren Freisinnslampen zu antworten, da ergriff dieser tapfere Held schleunigst das Hofenpanier. Singer hielt die inhaltslosen Redensarten des freisinnigen Ausreißers einer eingehenden Würdigung gar nicht wert. Seine Antwort war denn auch mehr eine wohlwollende politische Belehrung der übrigen noch anwesenden Gegner. Von niemand, so führte er u. a. aus, werde die traurige Tatsache, daß die Gebeine von 2000 deutschen Soldaten in den afrikanischen Sandwüsten bleichen müssen, mehr bedauert, wie gerade von der Sozialdemokratie. Doch die Sozialdemokratie treffe keinerlei Verantwortung für den Tod der armen Soldaten, die ihr Leben für eine Sache geopfert, die nur einer kleinen Clique von Kolonialinteressenten a la Zippelstirch nütze, dem Volke aber nur Schaden gebracht hat. Diese Clique habe auch das Blut der gefallenen deutschen Soldaten auf dem Gewissen, niemand anders. Mit ihrer Gegnerschaft gegen die koloniale Raubpolitik wolle die Sozialdemokratie es ja gerade verhindern, daß die deutschen Landesfinder im Waffenrod ihr Leben in den Kolonien nutzlos in die Schanze schlagen. (Beifall.) Nach der energischen Aufforderung des Referenten wie auch des Vorsitzenden Piepmann, alles daran zu setzen, daß der 5. Kreis gleich in der Hauptwahl für die Sozialdemokratie wiedergewonnen werde, wurde die Versammlung mit Hochrufen auf die Partei, wie auch auf den Genossen Singer und unseren Kandidaten Robert Schmidt gegen Witternacht geschlossen.

Im alten „Schützenhause“ in der Linienstraße war der Zubrang so groß, daß bald nach 8 Uhr der Saal abgesperrt werden mußte. Genosse Robert Schmidt hielt einen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag, in dem er Bülow's Rede zerstückte und die gegnerischen Parteien, besonders die Freisinnigen, scharf kritisierte. Interessant genug ist diesmal der Wahlkampf, so meinte der Redner. Wir sehen die beiden „Starken Männer“, Bülow und Dernburg, in die Arena steigen und einen gefährlichen Ringkampf beginnen. Schon werden die Zuschauer ruhig und fragen sich: Werden sie siegen? Und wann sie unterliegen, was dann? Man ist durchaus nicht siegesbewußt und fürchtet, liberal der Sozialdemokratie in die Hände zu spielen. — Unsere Partei habe nichts Positives geleistet, sagt Bülow, und dabei entzieht uns die Regierung jede Gelegenheit zur positiven Arbeit, selbst in Gemeindevertretungen hindert man uns an positiven Leistungen. Redner besprach den Inhalt der verschiedenen Flugblätter, die von den Gegnern im 5. Kreise verbreitet werden; er zeigte, daß man nichts Tatsächliches gegen die Partei vorzubringen weiß. Er schloß seine Rede mit einem kräftigen Appell an die sozialdemokratischen

Wähler, Berlin im ersten Wahlgang am 25. Februar zu erobern! — Zur Diskussion meldeten sich keine Gegner. Der Vorsitzende ermahnte die Genossen noch, am Wahltag nicht nur zu wählen, sondern auch nach besten Kräften zu agitieren.

Kreis Teltow.

Charlottenburg. Eine Wählerversammlung für den an Moabit angrenzenden Teil fand am Freitag in den Moabiter Bürgerläden statt. Referent war Genosse Bernhard, der unter anderem erwähnte, daß die Agrarkonventionen schon aus dem Grunde gegen die Kolonialpolitik sein müßten, weil ja, wenn die Kolonien erst ertragsfähig wären, ihre ganze Volkspolitik durch die Einfuhr der Kolonialprodukte gefährdet würde. In dem Verhalten der liberalen Parteien übte er schonungslose Kritik und zeigte, daß deren Programm keineswegs in Einklang mit ihrem Handeln gebracht werden könne. Der 1 1/2 stündige Vortrag fand lebhaften Beifall. Gegner meldeten sich nicht zum Wort.

Zehlendorf. Die Begeisterung zu den Reichstagswahlen ist auch hier eine überaus große und berechtigt zu den besten Hoffnungen. Ein Zeichen davon bot eine öffentliche Wählerversammlung, einberufen vom sozialdemokratischen Wahlkomitee. Der Referent war Genosse Zubeil. Er führte aus, wie uns die Handampfschlacht in allen Ländern in eine völlig isolierte Stellung dem Auslande gegenüber gebracht habe. Wenn allerdings Fürstenbegegnungen, Umnarungen und ausgeteilte Freundschaftsküsse eine Garantie für den Bestand des Friedens sein würden, so müßten wir denselben bis in alle Ewigkeit hinein schon haben. Aber leider ist dem nicht so, der letzte Schmach ist noch nicht verklungen, die Potentaten sind noch nicht wieder in ihre Residenzen und schon werden der Völkerverhetzung neue Geleise angeklüftet, die eine Vermehrung der Streitkräfte zu Wasser und zu Lande fordern. Man kann daraus ersehen, wie wenig geeignet derartige Fürstenbegegnungen dazu sind, den Frieden aufrecht zu erhalten. Uebergehend zur Kolonialpolitik stellte Redner zunächst fest, daß unter allen Kolonialreichen Deutschland das jüngste sei, und da die Erde so ziemlich verteilt ist, ist es klar, daß Deutschland nicht mehr das beste Stück Land für seine Kolonien erhalten habe. Nachdem Redner noch das Verhältnis der Krone zum Parlament einer scharfen Kritik unterzogen hatte, beschloß er sich zum Schluß mit den gegnerischen Parteien und deren Kampfweise. Während die Sozialdemokratie es für unter ihrer Würde hält, die gegnerischen Kandidaten persönlich zu verunglimpfen, scheuen sich die Wahlmacher der sogenannten „gebildeten“ Parteien nicht, unsere Kandidaten und speziell ihn, in der unflätigsten Weise zu beschimpfen. Doch da er sich in 13jähriger parlamentarischer Arbeit das Vertrauen seiner Wähler erworben habe, sehe er diesem Treiben mit Gleichmut zu. Zum Schluß forderte er auf, am 25. Januar ein Volksgericht abzuhalten über unsere Unterdrücker und Ausbeuter und nur der Sozialdemokratie die Stimme zu geben. Draußen Beifall durchhallte den überfüllten, von etwa 500 Personen besuchten Saal nach den letzten Worten des Redners.

In der darauf folgenden Diskussion kam zuerst ein Vertreter des Reichslügenverbandes zum Wort. Aus dem konfusen Zeug, welches er hervorbrachte, war nur so viel zu entnehmen, daß ihm die Internationalität der Sozialdemokratie nicht gefalle und daß er überzeugt sei, daß ein großer Teil der Ausgaben für Heer, Marine und Kolonien in Gestalt von hohen Arbeitslöhnen in die Tasche der Arbeiter geflossen ist. Diese Ausführungen riefen nur Gelächter bei den Versammelten hervor. Als der Redner die Versammelten aufforderte, als „deutsche“ Männer nur den Kandidaten aller nationalen Parteien zu wählen, ertönten laute Entrüstungsrufe durch den Saal. Dem Genossen E. Fuchs war es ein Leichtes, mit diesem Kopfstecher der Reaktion fertig zu werden. Humorvoll führte Redner aus, der Reichsverband habe, was vor seinem Bestehen nicht möglich war, die Prostituierte in das Gebiet der Politik eingeführt, indem er zu allen Parteien ins Bett gehe, die die Reaktion auf ihre Fahne geschrieben hätten. Auf den Zwischenruf des Herrn Schnabel: „der Reichsverband wäre doch männlich“, erwiderte Genosse Fuchs: das wäre um so schlimmer, denn die männlichen Prostituierten seien sicher die unangenehmsten. Nach einigen weiteren Ausführungen, die ein gefälliges Bild des Herrn Schnabel richtig stellten, schloß Redner mit der Aufforderung und unter großem Jubel der Versammlung, am 25. Januar 1907 nur dem Kandidaten der Sozialdemokratie, dem Genossen Zubeil die Stimme zu geben. Genosse Ullm verwies auf die 30 Milliarden Nationalvermögen, um welche Summe sich das Volk in den letzten Jahren vermehrt habe. Für die Arbeiter sei nicht bei diesem Milliardensegens abgesehen, im Gegenteil, neue indirekte Steuern auf die notwendigsten Lebensmittel sorgten dafür, daß der Arbeiter den Hungerriemen immer fester ziehen müsse. Die einzige Antwort müsse am 25. Januar darin bestehen, daß mit übergroßer Majorität der Genosse Zubeil als Abgeordneter des Kreises gewählt wird. Der Arbeitergewerksverein „Eho“ leitete die Versammlung mit Gesang ein und sang auch am Ende derselben ein stimmungsvolles Lied.

Steglitz. Die vom Reichslügenverbande zum Montag einberufene Versammlung nahm einen ziemlich härmischen Anfang. Auf die Wortmeldung eines Genossen zur Geschäftsordnung, erwiderte der Vorsitzende: „Sich nicht, die Geschäftsordnung bin ich!“, während unsere Gegner während riefen: „Schmeiß den Keil raus!“ Auf die Frage, ob uns Redefreiheit zugesichert würde, dekretierte der Vorsitzende: „10 Minuten!“ Unter diesen Umständen wurde den Genossen empfohlen, den Saal zu verlassen, was auch geschah. Die Reichstreuen stimmten das Lied „Deutschland über alles“ an, worauf die Sozialdemokraten mit der Ratseilantwort antworteten. Unter brausenden Hochrufen auf die Sozialdemokratie und den Kandidaten Zubeil und dem Gesang des Sozialistenmarsches lichtete sich langsam der vorher überfüllte Saal, in dem nunmehr die „lebende Geschäftsordnung“ des Reichsverbandes mit seinen Getreuen allein blieb.

Nowames-Neuendorf. Daß der Liberalismus in diesen Deden vollständig abgewirtschaftet hat, bewies eine am Freitag im „Deutschen Wirtshaus“ stattgefundene von den Liberalen einberufene öffentliche Wählerversammlung. Trotzdem zwei Größen dieser Partei, Oberst Gähle und Dr. Ehd, angeklüftet und erschienen waren, wies der Saal eine gähnende Leere auf, die erst durch das Erscheinen einiger Sozialdemokraten etwas behoben wurde. Herr Gähle nahm zuerst das Wort und führte aus, daß die Kunst, die die Regierung jetzt dem Freisinn bezeige, noch größer werde, wenn es demselben gelänge, sich bedeutend zu verstärken; er sang dann ein Loblied auf Südwestafrika, das einst berufen sein werde, die überschüssige deutsche Bevölkerung aufzunehmen; unsere deutschen Brüder drüben dürften wir nicht im Stich lassen; Dernburg sei der richtige Mann, um aus den Kolonien etwas zu machen. Im übrigen müsse der Liberalismus gegen jede Reaktion kämpfen. Herr Dr. Ehd hielt eine längere Rede über die Notwendigkeit eines starken Heeres, die Schädlichkeit des Massenkampfes, die Notwendigkeit einer praktischen Politik, des Ausbaues der Sozialpolitik usw., mit besonderer Schärfe wandte er sich gegen die Konfession und Zentrumspartei, aber auch gegen die Sozialdemokratie müsse der Freisinn kämpfen, da sie den Massenkampf predigt. Bei so viel Feinden sei der Kampf zwar schwer, aber der Freisinn nehme ihn guten Mutes auf in der Hoffnung, daß er in Zukunft mehr Einfluß auf das politische Leben gewinnen werde. — In der Diskussion nahm Genosse Hoffmann das Wort, welcher in einer dreiviertelstündigen Rede die Stellung der Sozialdemokratie zu den von den Vorrednern angeführten Fragen darlegte. Treffend kennzeichnete Redner die politische Wandlung des Freisinns, der sich nur dadurch noch einige Zeit am Leben erhalten zu können glaubt, wenn er konventionellen Anschauungen huldigt. Eine Partei, die noch bis vor kurzem gegen die Kolonialpolitik gewesen sei und nun plötzlich ihr wärmster Befürworter ist, verdiene keine Unterstützung mehr. Unser Genosse zeigte alsdann, was die so sehr gepriesenen Kolonien wert seien, und übte hierauf schonungslose Kritik. Die Schäden des Militarismus und die stets steigende Schuldenlast führte Redner den Versammelten drastisch vor Augen. Redner erklärte noch, daß es sich diesmal um die Frage: Sabelkutter oder Volkswille? sowie

um die Frage der Erhaltung und den Ausbau des Wahlrechts handle; in allen diesen Angelegenheiten habe sich der Freisinn durchaus unzuverlässig erwiesen. Seine mit starkem Beifall aufgenommenen Ausführungen schloß er mit der Aufforderung, unseren bewährten bisherigen Vertreter Frey Zubeil zu wählen. Nach einigen recht konfusen Ausführungen eines freisinnigen Vorstandsmitgliedes, für die er vom Genossen Hoffmann mit ein paar kurzen Bemerkungen abgefertigt wurde, erhielt Herr Dr. Ehd das Schlusswort, in welchem er noch einmal die Freisinnspolitik zu rechtfertigen suchte; doch dürften ihm die Zwischenrufe gezeigt haben, daß er damit wenig Glück hatte. Bemerkten wollen wir, daß sich im Gegensatz zu anderen Orten die Gegner anständig benommen haben, so daß auch eine sachliche Diskussion möglich war; wahrscheinlich fürchteten sie, im anderen Falle vor leeren Stühlen sprechen zu müssen.

Teltow. Stark besucht war eine am Sonnabend im Lokal von Biedenhagen einberufene Wählerversammlung. Referent war Genosse Zubeil. Vor Beginn des Referats spielte sich eine heitere Szene ab, indem sich ein Pastor a. D. das Wort erbat und allerlei durch-einander redete. Das Referat des Genossen Zubeil wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen. Die Genossin Thiele-Tempelhof forderte alsdann die Frauen auf, am Tage der Wahl die Sämnigen mit heranzuholen. Auch Genosse Köder ermahnte bei allem Siegesbewußtsein, daß jeder seine Pflicht tun müsse. Der Gesangsverein „Eintracht“ hatte am Anfang und Schluß der Versammlung stimmungsvolle Lieder vorgetragen.

Groß-Beeren. In stark besuchter Volksversammlung referierte am Sonntag im Saale des Gastwirts Meineke Genosse Kurt Feinzig. Redner verstand es, die Anwesenden an seine Ausführungen zu fesseln. Er fand, da der Reichsverband den Ort mit Flugblättern geradezu überschwemmt, Gelegenheit, die Versammelten mit den Lügenprodukten näher bekannt zu machen. Auch das Verhalten des Ortsvorstehers unterzog er einer herben Kritik, weil er den Wunsch der Genossen, die Wählerlisten abzuschreiben, verweigerte. An der Diskussion beteiligten sich die Genossen Kiez, Ostwald und Skarupke. Gegner hatten sich nicht zum Wort gemeldet. Mit einer Aufforderung des Vorsitzenden, in die Organisation einzutreten und am Tage der Wahl für den Genossen Zubeil zu stimmen, wurde die Versammlung geschlossen.

Auch in **Groß-Beeren** wird der Wahltag mit Freude erwartet; denn daß auch hier für die Gegner nicht allzu günstige Aussichten vorhanden sind, beweist die Stimmung einer am Sonntag stattgefundenen, von Frauen und Männern gut besuchten Volksversammlung. Nach dem Beifall zu urteilen, den die Ausführungen der Genossin Thiele und des Genossen Köder erzielten, dürften auch hier am Tage der Wahl die sozialdemokratischen Stimmen die der Gegner bei weitem überwiegen.

300 Personen füllten am Sonntagmorgen den neu erbauten Saal des Herrn G. Fiedler in Dobendorf, um den padenden Ausführungen des Genossen Dbst-Schöneberg zuzuhören. Daß sich die Versammlung mit der Anschauung des Referenten einverstanden erklärte, beweist die einstimmige Annahme folgender Resolution: „Die heutige öffentliche Reichstagswählerversammlung erklärt sich mit dem Referenten einverstanden und verpflichtet sich, am 25. Januar dem Kandidaten Frey Zubeil zum Siege zu verhelfen.“

In **Friedersdorf** fand am letzten Sonntagmorgen eine von 250 Personen besuchte öffentliche Wählerversammlung statt. Trotz des eintretenden Schneewetters waren die Teilnehmer aus allen benachbarten kleineren Ortschaften gekommen und lauschten mit großem Interesse den vorzüglichen Ausführungen unseres Genossen Groger-Mirdorf. Großer Beifall wurde dem Redner am Schluß seines zweistündigen Referats. Die Stimmung war eine sehr begeisterte und ist zu erwarten, daß unsere Stimmenzahl auch in diesem rein ländlichen Gebiete bedeutend wächst.

In **helle Beleuchtung** rückte in **Einwalde** vor einer gut besuchten Wählerversammlung die Reichsverbands-Flugblätter Genosse Walter-Zeuthen, der an Stelle des Genossen Wollermann das Referat übernommen hatte. Die Stimmung und der Beifall der Versammelten legten Zeugnis davon ab, daß auch hier der 25. Januar nicht günstig für die Gegner ausfallen wird.

Einem **guten agitatorischen Erfolg** hatte die in **Hermdorf** am Sonntag stattgehabte Versammlung, in welcher Genosse Frey Kasper-Schöneberg referierte. Nach dem Referat und einer einstimmig angenommenen Resolution, in welcher die Versammelten mit allen Kräften für die Wiederwahl Frey Zubeils einzutreten geloben, verabschiedeten die Genossen nach der Wahl die Gründung eines Wahlvereins am Ort vorzunehmen.

Ueber **Volksrechte** und persönliches Regiment referierte in **Trebbin** am Sonntag Genosse Fuchs-Zehlendorf. In eindringlicher Weise legte Redner den Anwesenden nochmals ans Herz, am 25. Januar ihre Pflicht zu tun und gegen die herrschende Ungerechtigkeit und Willkür durch Abgabe eines sozialdemokratischen Stimmzettels zu protestieren. — Auch diesmal hatten die Gegner nicht den Mut, trotz Zusicherung unbeschränkter Redefreiheit, zu erscheinen und ihre Ansichten darzulegen. Dagegen hatten sie zum Dienstag, den 22. d. M., nach dem Schützenhause alle „nationalen“ Wähler durch Karten eingeladen, darunter eine beträchtliche Anzahl Arbeiter, die sie auch diesmal wieder als Stimmzettel zu benutzen gedenken. Der irgendwie lammsfromm erscheinende, ist mit einer solchen Einladung beehrt worden. Ohne Karte kein Einlaß. Aus Versehen sind auch Parteigenossen damit bedacht worden. Wie traurig muß es um die Sache der Gegner bestellt sein, daß sie sogar in einem so kleinen Ort wie Trebbin, wo bei 867 Wahlberechtigten 1903 die bürgerlichen Parteien 411 Stimmen gegen 298 sozialdemokratische auf sich vereinigten, nur noch in geheimen Konventikeln versuchen, unsere unaufgeklärten und noch schwankenden Klassengenossen für sich einzufangen. Nach der Wahl werden die herzlichen Einladungen und die dringenden Bitten, doch ja zu kommen, wohl aufhören, dann will der ehrsame Bürgermann vom Bleib nichts mehr wissen.

Nieder-Barnim.

Der **Gemeindeknäuel** im Dienste des **Wahlkampfes**. Eine heitere Episode wird uns aus dem Dorfe Wensidendorf bei Dranienburg mitgeteilt. Dort besteht die Sitte, amliche Bekammmadungen auf einem zu diesem Zwecke angefertigten Holze (Gemeindeknäuel) von Haus zu Haus gehen zu lassen. Dieser Tage erschien nun der Knäuel mit folgendem Schreiben:

„Bei allen Einwohnern hier! Am Sonnabend, den 10. Januar 1907, abends 7 Uhr, findet im Siedemannschen Gasthof in Zehlendorf eine Wählerversammlung statt, in der Herr Direktor Bestung und noch einige Herren aus Dranienburg über die bevorstehenden Reichstagswahlen sprechen werden. Zu dieser Versammlung werden alle nationalen Wähler ergebnis eingeladen.“

Der **Bürgermeister** für **Dranienburg** und **Umgegend**. Der **patriotische Verein** für **Dranienburg** und **Umgegend**. Darunter der **Stempel** der **Gemeinde Wensidendorf**. **Hilfswahr** eine billige und ansprechende Agitation. Vielleicht — so schreibt unser Genosse — überläßt der Herr Ortsvorsteher auch der Sozialdemokratie einmal den Knäuel und drückt den Gemeindefestempel auf ein Flugblatt?

Eine **gehörige Lektion** erhielt in einer vom bürgerlichen Mißwächler in **Hohen-Neuendorf** (Station Stolpe, Nordbahn) einberufenen Wählerversammlung der Referent Herr Rechtsanwalt **Jonas-Dranienburg**. Seine konfusen Darstellungen von den „herrlichen Kolonien“, seine Loblieder auf die deutsche Arbeiterversicherungs-gesetzgebung, die den Arbeitgebern so ungeheure Lasten auferlege, die bereits zu wiederholten Malen widerlegten Lügen über Stadthagen wurden von unserm Genossen **Reumann** schlagend widerlegt. Nicht nur dem Herrn **Jonas** sondern auch dem Herrn **Lahn**, der als erster Diskussionsredner die wunderbarsten Dinge von der „armen irreführten Masse“ durch die Sozialdemokratie zu erzählen wußte und einem nationalen Arbeiter, der von den sauer verdienten Groschen, die die Arbeiter in die Verbandsklassen zahlen,

redete, blieb Genosse **Reumann** die Antwort nicht schuldig. In energischer aber höflicher Form verstand er es, die Unterbrecher seiner Rede zum Schweigen zu bringen. Neben ihm hatte sich ein besonnener Bauer ausgeprochen, der ihn fortgesetzt unterbrach. Klar und deutlich zeigte er, was wir aus den Kolonien zu erwarten haben. Auch die berühmte deutsche Arbeiterversicherung rühte er ins rechte Licht. Zum Schluß seiner Rede zeigte er der Versammlung das bekannte Pamphlet Nr. 55 des Lügenverbandes. Er hatte es so weit gebracht, daß nicht nur seine Genossen ihm lebhaft Beifall spendeten, sondern auch auf der gegnerischen Seite Zustimmung laut wurden. Zum Schluß sprach er die Ueberzeugung aus, daß es den bürgerlichen Parteien nicht gelingen wird, die Arbeiter zu locken. Die Arbeiterklasse wird am 25. Januar dem kampferprobten Genossen **Artur Stadthagen** zu einem glänzenden Siege verhelfen.

Vortrefflich besuchte Wählerversammlungen im **Niederbarnimer** **Kreise** fanden in den letzten Tagen noch statt in **Hennidendorf**, woselbst Genosse **Hermann Weise** Berlin referierte.

In **Heredersdorf** sprach Genosse **Stadthagen** unter großer Begeisterung der Anwesenden.

Das **Wendat** hierzu bot eine am Montag von bürgerlicher Seite einberufene Wählerversammlung. Kein Feuer, keine Werbekraft in den Ausführungen des Referenten und der Hebrigen, nichts weiter als hundertfach wiederholte alte Ladedhüter. Der Stadtrat Dahms aus Reuenhagen hatte ja gnädigst Diskussion zugestanden, jedoch als dieselbe ihm und den übrigen zu brenzlich wurde, schwenkten dieselben zum Schluß ein. Der spärliche Beifall, der diesen Herren gesollt wurde, zeigte, daß die Anwesenden von dem in Referat angeführten nicht sonderlich überzeugt waren.

Zu einer **Auseinandersetzung** mit einem Herrn Pastor **Strohmeier** kam es in **Ragel**, wo Genosse **Hesse** Berlin referierte. Die Ausführungen des Pastors, der ein Loblied auf die Kolonien sang und sonst die Reichsverbandsstrichen wiederholte, wurden vom Referenten sowohl als auch von den Genossen **Hermann Stoff**, **Otto Schröder** und **Friedrich Wislang-Hersfelde** widerlegt. Eine so gründliche Abfuhr hatte der Herr Seelsorger gerade in diesem Ort nicht erwartet.

In **Kadebrück**, wo Genosse **Stadthagen** sprach, hatten sich etwa 250 Personen, darunter viele Frauen eingefunden. Seine 2 1/2 stündige Rede wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen. Eine Diskussion fand nicht statt. Die Genossen **Frank** und **Grimm** richteten noch eine flammende Aufforderung an die Versammelten, am Tage der Wahl ihrer Pflicht eingedenk zu sein und für einen erfreulichen Sieg des Kandidaten Sorge tragen zu helfen.

Vor 100 Personen sprach in **Grünheide** Genosse **Weise** Berlin. Eine Diskussion an das beifällig aufgenommene Referat schloß sich auch hieran nicht.

In **Hermdorf i. M.** referierte Genosse **Wilhelm Denker** vor stark besuchter Versammlung. Die Stimmung der Versammlung gab sich am besten kund in der einstimmigen Annahme folgender Resolution: „Die heute hier Versammelten erklären sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verpflichten sich für den Kandidaten der Sozialdemokratie voll und ganz einzutreten, und die Ideen der Sozialdemokratie verbreiten zu helfen.“

Einem **imposanten Verlauf** nahm die am Sonntag stattgefundene Wählerversammlung in **Biesdorf** (Ostbahn). Die Versammlung mußte leider schon um 2 1/2 Uhr geschlossen werden, weil der überwachende Beamte infolge der um 2 1/2 Uhr beginnenden Kirchzeit dieselbe zu schließen verlangte. Indes zeigte sich auch hier, daß dem vortrefflichen Referat des Genossen **Vierckter-Karlshorst**, die Gegner nichts zu entgegnen wußten.

Partei-Angelegenheiten.

Erster Wahlkreis!

Den **Parteiengenossen des ersten Kreises** und den **Hilfskräften** aus dem **sechsten Kreise** die Mitteilung, daß heute **Mittwochabend** von 7 Uhr an eine **Flugblattverbreitung** per **Kudert** von den bekannten Stellen aus stattfindet. Es darf niemand fehlen!

Achtung! Vierter Kreis!

Heute **abend 6 1/2 Uhr** findet die **Flugblattverbreitung** per **Kudert** statt. Alle Genossen müssen in den bekannten Lokalen zur Stelle sein. Das **Wahlkomitee**.

Achtung! Fünfter Wahlkreis!

Donnerstag, den **24. Januar**, **7 Uhr** abends: **Flugblattverbreitung** von den bekannten Stellen aus. Die Genossen des **Kreises** sowie die **Helfer** aus dem **vierten Kreise** **Df** treten dort an, wo sie schon früher tätig waren.

Alle Mann zur Stelle, damit die **Arbeit** **rasch erledigt** wird.

Rixdorf. Heute, **Mittwochabend**, findet die **Verbreitung** der **Einladungen der Wähler zur Wahl** statt. Da diese Briefe mit der **Adresse des Wählers** versehen sind, so ist diese **Arbeit** sehr **zeitraubend**. Es wird Wert darauf gelegt, daß die **Verbreitung** **ge-wissenhaft** ausgeführt wird, deshalb darf kein **Genosse** fehlen. **Sammelpunkte** sind die in den **Bezirken** **bekannten Lokale**.

Zu **gleicher Zeit** teilen wir mit, daß für den **Tag der Wahl**, also **am Freitag**, den **25. Januar**, das **sozialdemokratische Wahlbureau** sich in den **Räumen** des **Lokales** von **Hoppe, Hermannstraße 49**, befindet. Alle in den **Bezirken** nicht zur **Bermendung** kommenden **Genossen** finden sich dort ein. Das **Wahlkomitee**.

Tempelhof. Heute, **Mittwoch**: **Flugblattverbreitung** von den **bekannten Stellen** aus. Nach der **Flugblattverbreitung** findet ein **Extra-Jahlabend** bei **M. Müller, Berlinstr. 41/42**, statt. **Sämtliche** **Mitglieder** haben die **Pflicht** zu **erscheinen**.

Am **Donnerstagabend** **8 Uhr** findet im **„Wilhelmshagen“**, **Berlinstr. 9**, eine **öffentliche Wählerversammlung** statt, in welcher der **Schriftsteller E. Fuchs-Zehlendorf** einen **Vortrag** über die **bevorstehenden Reichstagswahlen** halten wird. **Alle Wähler** sind **hierzu** **eingeladen**.

Zehlendorf. Am **heutigen Tage**, **abends 6 1/2 Uhr**, findet eine **Flugblattverbreitung** per **Kudert** statt, zu der **alle Genossen** und **Genossinnen** **erlaubt** werden, zu **erscheinen**. Die **Ausgabe** des **Materials** erfolgt für den **1. Bezirk** bei **Wib. Nied, Karlstr. 12**; für den **2. und 3. Bezirk** bei **Benno Niesch, Potsdamerstr. 25**, und für den **4. Bezirk** in **Schlachtensee** im **bekannten Lokal**.

Ferner findet am **Donnerstagabend** **8 Uhr** eine **öffentliche Wählerversammlung** statt, zu der die **Genossen** **erlaubt** werden, **recht eifrig** zu **agitieren**. **Frauen** haben **Zutritt**. **Gegner** erhalten **Redefreiheit**. Die **Versammlung** findet **statt** bei **Wib. Nied, Karlstraße 12**.

Sämarendorf. Am **Mittwoch**, den **23. Januar**, **abends 8 1/2 Uhr**, findet im **Restaurant „Wirtshaus Sämarendorf“**, **Werne-münderstraße 8**, eine **öffentliche Wählerversammlung** statt, in welcher **Genosse Weise** Berlin über die **bevorstehende Reichstagswahl** sprechen wird. **Alle Reichstagswähler** sind **hierzu** **eingeladen**, auch **Frauen** sind **willkommen**. **Freie** **Ausprache** für **jedermann**. **Den Genossen** sei **noch** **bekannt** **gegeben**, daß **vor** der **Versammlung** eine **Flugblattverbreitung** stattfindet. **Dieselbe** **findet** **ebenfalls** **im** **„Wirtshaus Sämarendorf“** **aus** **statt** und **hat** **sich** **jeder** **Genosse** **pünktlich** **dazu** **einzufinden**.

Treptow-Baumtschuleweg. Heute **abend** **8 Uhr**: **Flugblattverbreitung**. **Morgen**, **Donnerstag**, **finden** **zwei** **große** **öffentliche**

Versammlungen statt. Für Treptow im Lokal Dehler, Köpener Landstraße 20; für Baumfchulenweg in Speers Festhäfen. Freitag abend 9 Uhr finden ebenfalls zwei öffentliche Versammlungen statt, in welchen die Wahlfestaltate verkündet werden. — Die Wahlkontrolllokale befinden sich in Treptow im Restaurant Bernide (Kadrenbahn), Ecke Treptower Chaussee und Eisenstraße, in Baumfchulenweg im Restaurant Joseph Schäfers, Baumfchulenstraße 14/15. Die hilfsbereiten Genossen wollen sich am Tage der Wahl nur dort einfinden. Das Wahlkomitee.

Ablerhof. Heute Mittwochsabend 8 Uhr, findet in Wöllfens „Lustgarten“ die letzte öffentliche Versammlung vor der Reichstagswahl statt, in welcher unser Kandidat, Genosse Zubeil, zu seinen Wählern sprechen wird. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet und eruchen wir die Parteigenossen, für zahlreiche und pünktliche Besuch Sorge zu tragen zu wollen. Das Wahlkomitee.

Grünau. Zu der von den Liberalen nach dem „Jägerhaue“, Bahnpoststr. 1, einberufenen öffentlichen Wählerversammlung bitten wir die Genossen, zahlreich zu erscheinen. Diefelbe findet heute abend 8 Uhr statt. Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Nieder-Schönebeide. Die Parteigenossen werden ersucht, sich heute abend pünktlich um 7 1/2 Uhr zur Flugblattverbreitung bei Ferd. Reimann einzufinden.

Alt-Ostende. Am Donnerstag, den 24. d. Mts., abends 8 Uhr, findet im Lokal des Herrn Paul Ebel eine Volksversammlung für Männer und Frauen statt. Tagesordnung: Ein letztes Wort an die Reichstagswähler. Referent: Genosse Dr. Rosenfeld-Berlin. Reichstagswähler! Erscheint in Massen.

Am Wahltag haben sich die Kontrolleure für auswärts um 6 1/2 Uhr früh bei S. Söh einzufinden, woselbst sich das Wahlbureau befindet. Für Alt-Ostende müssen sämtliche Genossen, welche sich am Vormittage des Wahltages zur Verfügung gestellt haben, um 8 Uhr früh bei S. Söh zur Stelle sein.

Friedenau. Heute abend 7 Uhr findet von den Bezirkslokalen aus eine Flugblattverbreitung statt. Zu derselben müssen alle Parteigenossen sich einfinden.

Am Donnerstag, den 24. d. Mts., findet im „Rheinschloß“ eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Genosse Vorchardt-Charlottenburg referiert.

Am Freitagabend 9 Uhr wird im „Rheinschloß“ das Wahlergebnis bekannt gegeben. — Das Bureau befindet sich bei Grube, Kaiser-Allee 85. Teleph. Friedenau 201. Alle Informationen sind dort oder beim Genossen Theilke, Fregestr. 77, zu erhalten.

Königs-Hüterhausen. Heute abend 7 Uhr findet im Alten Schützenhause eine Volksversammlung statt. Nachdem Mitgliederversammlung des Wahlvereins, in welcher die nötige Einteilung für den Wahltag erfolgen soll. Es werden deshalb die Genossen ersucht, alle zu erscheinen.

Kaulsdorf. Heute abend 8 Uhr findet im Lokale von Rees eine öffentliche Wählerversammlung statt. Referent ist der Genosse Rechtsanwalt Dr. Oskar Cohn.

Pankow. Heute, Mittwochsabend 8 Uhr, im „Kurfürsten“, Berlinerstr. 102: Öffentliche Wählerversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Kandidaten des Kreises, Genossen Stadthagen, über „Unsere Kolonialpolitik und die Reichstagswahlen“. 2. Freie Diskussion. Genossen, sorgt für zahlreichen Besuch dieser Versammlung.

Diejenigen Genossen, welche sich für den Wahltag zur Verfügung stellen, wollen sich am Tage vor der Wahl, am Donnerstag, den 24. Januar, abends 8 Uhr, in Reiners „Vollgarten“ einfinden. Das Wahlkomitee.

Oranienburg. Die Genossen werden hierdurch nochmals auf die Wählerversammlung, welche heute im Lokal von Roggenhain, Schützenstr. 50, stattfindet, hingewiesen. Genosse Rehbain-Berlin ist Referent und wird über „Sozialdemokratie und die Reichstagswahlen“ sprechen.

Genossen! Sorgt für starken Besuch dieser Versammlung; agitiert für dieselbe, ganz besonders unter den Indifferenten. Der Vorstand.

Tegel. Genossen! Heute abend werden Kuverts verteilt. Jeder Genosse muß so früh wie möglich erscheinen bei Gehhaar, Berlinerstr. 92. Donnerstag abend wird das letzte Flugblatt verteilt. Kein Genosse veräume, seine Pflicht zu erfüllen. Der Vorstand.

Spandau. Am Donnerstag, den 24. Januar, abends 8 Uhr, finden vier Volksversammlungen statt: bei Kuntze, Schönwalderstraße 80; Vorchardt, Seeburgerstr. 26; Köpnic, Pöhlendorferstraße 39; und Schwabe, Seegerstraße 54/55. Referenten: Frau Thier-Pankow, Bauer-Berlin, Th. Fischer-Berlin, A. Schmidt-Welten. Der Kandidat Dr. A. Liebnecht hält in allen Versammlungen Ansprachen. Am Freitag, den 25. Januar, abends 8 Uhr, in denselben vier Lokalen: Wahlergebnisverkündung.

Daf den drunten, der mit dem Tode ringt,
Im Tode sein Flugblatt räche!
Und Flugblatt auf Flugblatt das Ufer erreicht —
Da greifen es hundert Hände.
Den Anochten wird es ums Herze so leicht,
Sie spüren der Anechtshaft Ende — — —
Drei Helden! — Von ihnen kein Denkmal in Erz,
Nicht Marmoralleen melden — — —
Und doch umschleicht sie des Volkes Herz!
Und doch sind es wirkliche Helden! — — —

Von der Brotveruerung.

Die Ermittlungen über den Brotpreis in Berlin, die das Berliner Statistische Amt regelmäßig vornimmt, liegen jetzt bis zum Dezember 1906 vor, und es läßt sich nun überschauen, wie in dem ganzen Jahre 1906 die Preisbewegung sich gestaltet hat. Von einer „Beiwegung“ kann man diesmal eigentlich kaum reden. Nachdem in der zweiten Hälfte des Jahres 1905 der Brotpreis rapid gestiegen war, hat er sich das ganze Jahr 1906 hindurch ziemlich unverändert auf der bedeutenden Höhe gehalten, die er schon Ende 1905 erreicht hatte.

Für Roggenbrot, das ja in der Ernährung der münderbemittelten Bevölkerung eine Hauptrolle spielt, hatte der Preis pro Kilogramm sich im Dezember 1904 auf knapp 23 1/2 Pf. gestellt, im Dezember 1905 stand er schon auf 26 1/2 Pf., und bis zum Dezember 1906 stieg er dann noch weiter auf 27 1/2 Pf. Der Durchschnitt des ganzen Jahres war für 1904 erst 23 1/2 Pf., für 1905 war er 24 1/2 Pf., für 1906 aber schnellte er auf volle 27 Pf. empor. Das ist ein Roggenbrot, wie die Bevölkerung Berlins ihn seit fast anderthalb Jahrzehnten nicht mehr gehabt hat. Man muß bis auf die Hungerjahre 1892 und 1891 zurückgehen, wenn man noch höhere Preise finden will.

Ermittelt wird der Brotpreis durch Feststellung des Gewichtes der vom Statistischen Amt in zahlreichen Bäckereien angekauften Brote. Wenn man aus dem Preise pro Kilogramm sich wieder das Gewicht herausrechnet, dann zeigt sich, daß im Dezember 1906 das Brotquantum pro 50 Pfennig um reichlich 1/2 Pfund geringer war als zwei Jahre vorher im Dezember. Da das Brot nicht bei einem bestimmten Gewicht zu wechselndem Preis, sondern bei wechselndem Gewicht zu festem Preis verkauft wird, so fällt die Verteuerung des Brotes nicht jedem sogleich auf. Wenn aber der Gewichtsunterschied so bedeutend wird, wie wir ihn gegenwärtig bereits haben, dann läßt der Magen sich nicht länger betrügen, und dann wird auch der Einfluß auf das Budget von Arbeiterfamilien jedem erkennbar. Wir haben erst vor wenigen Wochen an dieser Stelle ausgeführt, daß zu demselben Quantum Brot, das man vor zwei Jahren noch in wöchentlich sieben Broten kaufte, gegenwärtig noch ein achttes Brot pro Woche erforderlich ist.

Nebenbei bemerkt: auch das Weizenbrot ist selbstverständlich heute teurer als vor einem Jahre oder gar vor zwei Jahren. Der Durchschnittspreis pro Kilogramm Weizenbrot stellte sich für 1904 auf 41 1/2 Pfennig, für 1905 auf 42 1/2 Pfennig, für 1906 aber auf 45 Pfennig. Die Steigerung ist verhältnismäßig nicht so bedeutend wie beim Roggenbrot, aber fühlbar genug ist sie auch hier. Wer etwa das zu teuer gewordene Roggenbrot durch Schrippen ersetzen wollte, der würde aus dem Regen in die Traufe geraten. Und auch der berühmte gewordene Ratsschlag, die armen Leute möchten doch Kuchen essen, wenn ihnen das Brot zu teuer sei, ist nicht gut durchführbar; schon deshalb nicht, weil soeben die Konditoren beschloffen haben, auch die Kuchenpreise zu erhöhen.

Wir könnten billigeres Brot haben, wenn nicht die Zuckerzölle und das Brot verteuerten. Unter den politischen Parteien gibt es keine, die den Brotwucher so entschieden bekämpft, wie die Sozialdemokratie es tut. Mit dem Wort tritt auch der Freisinn ein gegen die Verteuerung der Lebensmittel durch Zölle und Steuern. Tatsächlich ebnet er aber den Lebensmittelverteuern die Wege, indem er den Konserwativen willig die gewünschte Wahlhilfe gewährt — den Konserwativen, für die die Lebensmittelverteuern geradezu einen Programmpunkt bildet!

Wer so, wie der Freisinn, den Brot- und Fleischwuchern in Schwächen die gefährdeten Mandate rettet, der vertritt den Anspruch darauf, daß sein Eintreten gegen die Lebensmittelverteuern ernst genommen wird. Die Wähler aus den münderbemittelten Bevölkerungsschichten werden am 25. Januar den Freisinn dahin werfen, wohin er gehört, zu seinen konserwativen Bundesgenossen. Sie geben ihre Stimmen der Sozialdemokratie, die allein den Kampf gegen die Lebensmittelverteuern aufrichtig und entschlossen führt.

Für die Bahnsteigschaffner!

Schärfste Winterkälte, schneidender Wind. Die Straßen werden leer, die wenigen Leute laufen, daß man die Fauten nicht von den Fleißigen unterscheiden kann. Auch die Bahnsteigschaffner frieren zum Davonlaufen, aber sie stehen in ihrem Pferd und haben keine Bewegung als knipfen. „Benigstens eine Strohecke“ wünschte sich einer. Warum er das nicht bei seinem Vorgesehten wünscht? Aber man könnte ihm viel besser helfen! Ein Hund Arumstroh in den Pferd, das bis an den Leib reicht! Das wärmt den ganzen Mann. Parademäßig sieht es nicht aus, aber warm ist es. So schützen sich die Bauern im Schlitten und unsere agrarische Regierung muß das wissen. Aber der Herr Eisenbahn-Affessor, der Herr Eisenbahn-Scheimitat und der Herr Eisenbahn-Minister sitzen mollig und warm und haben an Nötigeres zu denken. Sie könnten so viel Leiden mit so wenigen Pfennigen lindern. Denn der Eisenbahnfiskus kann das verbrauchte Stroh an den Militär-fiskus als Stroh verkaufen. Wenn die Eisenbahnregierung wollte, hätte sie längst für solche billige Bewärmung sorgen können, anstatt zu warten, bis wir für die armen Eisenbahner heißen um ein Hund Arumstroh!

Sparpolitik oder Dispositionsvermögen. Unter dieser Epithymare trachten wir gestern eine Notiz, in der über die in der Eisenanstalt Buch herrschende Veröftigung Klage geführt und dem Kuratorium für die Heimstätten empfohlen wurde, hier einmal nach dem Rechten zu sehen. Für die Besucher der Eisenanstalt kommt, wie wir uns heute berichten wollen, nicht das Kuratorium der Heimstätten, sondern die Deputation für die städtische Irrenpflege in Betracht.

Der Ordensregen, der am Sonntag herniedergegangen ist, war heftiger als in den Vorjahren. Es wurden nicht weniger denn 3579 Orden und Ehrenzeichen verliehen gegen 2853 im vorigen Jahre. Wenn dieser Ordensregen von Jahr zu Jahr in derselben Progression sich steigert, wird er bald alles überfluten und Deutschland wird in absehbarer Zeit nur noch über „ausgezeichnete“ Männer verfügen, diejenigen ausgenommen, die „Thron und Altar unterwählen“. Unter den Ausgezeichneten befindet unter anderen sich neben dem Oberbürgermeister Rischner auch Herr Reide, der Bürgermeister und Reichstagskandidat für den zweiten Wahlkreis. Ob Herrn Reide, mit dem Roten Adlerorden vierter Klasse beehret, der Durchfall nunmehr leichter fallen wird? Unsere Segenswünsche begleiten ihn!

Mit 19 Grad Celsius unter Null hat die Temperatur in Berlin und Umgebung einen Tiefpunkt erreicht, wie er seit 1888 nicht mehr beobachtet worden ist. Eine ähnlich niedrige Temperatur war bei dem Kälterückschlag im März des genannten Jahres vorhanden. Gestern Morgen war die Spree und ihre Kanäle fast in

ihrer ganzen Ausdehnung mit einer Eisdede überzogen. Wo sich noch offene Stellen befanden, dampfte das Wasser unter der Einwirkung des gewaltigen Temperaturabstandes, und man konnte deutlich erkennen, wie sich auch auf jenen Stellen Eisdflächen bildeten. Die Seen in der Umgebung Berlins waren schon vorgestern geschlossen und die Eisdede der Müggel hatte gestern Morgen eine Stärke von 1 1/2 bis 2 Zoll aufzuweisen. Eisbrecher bemühten sich vergeblich, eine Fahrtrage auf dem Wasser frei zu halten. War das Eis von dem Dampfer aufgedröhen, so schloß es sich schon nach ganz kurzer Zeit unter der Einwirkung der starken Kälte wieder zusammen, so daß für jeden Schiffs-Schleppung die Fahrtrinne wieder von neuem durchbrochen werden mußte. Am morgigen Tage dürfte die Schifffahrt gänzlich eingestellt werden. Auch auf das Holzplaster in den Straßen Berlins übte die Kälte einen ungünstigen Einfluß aus. An vielen Stellen riß das Pflaster auseinander und zeigte Spalten von 1 bis 2 Zentimeter Breite.

Der explodierte Versuchszünder. Schwere Folgen sollte für den Russeier Große eine unvorsichtige Handlungsweise haben. In Begleitung des Kanoniers Dohm von der Versuchskompanie der Artillerie-Prüfungskommission war G. an einem Sonntag Morgen nach dem Artillerie-Schießplatz in Kummerdors hinausgegangen. Trotz des strengsten Verbotes waren die beiden so unvorsichtig und eigneten sich mehrere Versuchszünder, die auf dem Schießplatz lagen, an. D. verbergte die Geschosse an einer Stelle, an der für sie die größten Gefahren vorhanden waren. Er legte sie unter dem Feuerherd der Feldschmiede in die Asche. Als am nächsten Tage der Schmied Feuer anzünden wollte, entdeckte er die Zünder noch im letzten Augenblick. Sie waren bereits stark erwärmt. Wären die Zünder zur Explosion gekommen, so wäre zweifellos eine unabsehbare Katastrophe entstanden, da dicht neben der Feldschmiede das Pulvermagazin liegt. Der Russeier G. ließ beim Pantieren mit den Geschossen eines derselben fallen, so daß es zur Explosion kam. Die Wirkung war für den unvorsichtigen Soldaten eine furchtbare. Der Unterleib wurde dem G. aufgerissen, der linke Unterarm vollständig herausgerissen und das rechte Auge verblüdet. Da der Unglückliche durch die schweren Folgen seiner Handlungsweise schon hart genug bestraft war, so wurde von einer Bestrafung durch das Gericht Abstand genommen. Dagegen hatte sich der Kanonier D. vor dem Kriegsgericht der Kgl. Kommandantur wegen erschwerter Ungehorsams zu verantworten. Er wurde zu sechs Wochen mittleren Arrest verurteilt.

Von einem Straßenbahnwagen herabgestürzt ist Montagabend gegen 11 Uhr der Schweinmörderstr. 40 wohnende Schneider Kaufsch. Er stand auf der Hinterplattform des Anhängewagens eines Straßenbahnzuges der Linie 88, verlor plötzlich das Gleichgewicht und stürzte in der Vertrautendstraße auf das Straßenpflaster. J. der einen Bruch des linken Unterschenkels erlitten hatte, wurde nach der Unfallstation in der Brüderstraße gebracht.

Vom Wagen abgestürzt und schwer verunglückt ist Montag nachmittag der 9jährige Sohn des Weichgerbers Simon aus der Zuckstr. 10 in Reinickendorf. Der Knabe befand sich auf einem von einem Bekannten seines Vaters geführten Geschäftswagen und beugte sich über den Wagentrand, um einen auf der Straße gehenden Schullameraden anzurufen. Hierbei verlor der Junge das Gleichgewicht und stürzte kopfüber auf das Straßenpflaster hinab. Mit schweren inneren Verletzungen und einer Gehirnerschütterung wurde der Verunglückte nach dem Lazarus-Krankenhaus übergeführt.

Ein schwerer Radfahrer-Unfall ereignete sich Montag nachmittag in der Köpenerstraße. Der 29jährige Handlungsreisende H. fuhr auf einem Zweirade die Straße entlang und wollte einem Straßenbahnwagen ausweichen. Hierbei fuhr H. Windlings gegen einen aus entgegengesetzter Richtung kommenden Geschäftswagen, wurde niedergedrückt und fiel so unglücklich, daß er eine schwere Schädelverletzung und Bruch des rechten Unterarmes erlitt. Der Verunglückte wurde nach dem Krankenhaus Friedrichshain übergeführt.

Das rätselhafte Verschwinden des Superintendenten Gustav Effe hat jetzt eine traurige Aufklärung gefunden. Der Vermisste ist gestern als Leiche aus dem Tegeler See gelandet worden. Zwischen der Insel Reihewerder und Tegeler wurde der Tote aus dem Wasser gezogen. E. verschwand am 20. November aus seinem Wohnort Groß-Zünder (Kreis Danziger Niederung), und vergeblich verjuchten die Polizei und die Angehörigen etwas über den Verbleib des Vermissten zu ermitteln. Der Superintendent war vor seinem Verschwinden in der Heilanstalt untergebracht. Bei dem Toten wurden noch 650 M. in barem Gelde und die goldene Taschenuhr mit Kette gefunden. Unzweifelhaft ist E. das Opfer eines Unglücksfalles geworden. Vermutlich ist er in der Dunkelheit an den Ufern des Tegeler Sees umhergeirrt und ins Wasser geraten.

Opfer des Frostes. Die ungewöhnlich strenge Kälte hat bereits eine Reihe von Opfern gefordert. So wurde in der vergangenen Nacht vor einem Lokal in der Schönholzerstraße ein Mann in völlig erstarrtem Zustande aufgefunden und in hoffnungslosem Zustande in das Roabiter Krankenhaus eingeliefert. Der Erstarrte führte ein Krankenassenbuch mit dem Namen Friedrich Dand bei sich. — Auch in der Jungfernhöhe in der Nähe des Schiffsahrtskanals wurde ein unbekannter etwa 40jähriger Mann erstoren aufgefunden. Er wurde gleichfalls dem Krankenhaus übergeführt.

Die Hand abgeknippen. Von einem schrecklichen Unglücksfall ist gestern nachmittag der Arbeiter Louis Lindener in der Poststraße 41 betroffen worden. L. hatte an der Kreisstraße hantiert und als er ein Brett anlegen wollte und die Säge in Bewegung setzte, geriet er mit dem rechten Arm durch einen verhängnisvollen Sturz gegen das Kreisrad. Dem Unglücklichen wurde am Knöchel die rechte Hand vollständig abgeknippen. Nach Anlegung von Rotverbanden auf der Unfallstation in der Lindowstraße fand L. Aufnahme im Virchow-Krankenhaus.

Töblich verunglückt ist gestern der 23jährige Arbeiter Paul Ballmeier aus der Neuen Friedrichstraße 100. W. hatte auf dem Grundstück Leipzigerstraße 193 auf einer Leiter gearbeitet, verlor dabei plötzlich das Gleichgewicht und stürzte tödlich ab. Er zog sich einen schweren Schädelbruch zu und wurde in fast hoffnungslosem Zustande in das Krankenhaus Am Friedrichshain eingeliefert.

Zu rekonstruieren. Am 19. d. M., nachmittags gegen 1 1/2 Uhr, wurde die Leiche einer unbekannt, dem Arbeiterstande angehörenden Frauensperson an der Charlottenburger Weide aus dem Landwehrkanal gelandet. Beschreibung: Etwa fünfzig Jahre alt, 1,64 Meter groß, kräftig, dunkelblondes, schwaches, an der Stirn etwas ergautes Haar, hohe Stirn, blaue Augen, hellblonde, bogensförmige Augenbrauen, dicke Nase, defekte Zähne, breites Kinn, kleine Hände und Füße. Bekleidung: weiches Hemd und Rockhose, gezeichnet M. L. weiche Unterdenkleider, schwarz und weiß gestreifte Bluse. Die Leiche befindet sich im Leichenhaukhause, Hannoverstraße 6. Angaben über die Persönlichkeit werden unter Journal-Nummer 514, IV./41. 07 auf dem Polizeipräsidium, Zimmer 329, oder in jedem Polizeirevier entgegengenommen.

Feuerwehrbericht. In der letzten Nacht wurde die Feuerwehr nach der Wöbikerstraße 3 gerufen, wo ein Weihnachtsbaum u. a. in Brand geraten war. Gleichzeitig mußte in der Gartenstraße 85 ein Küchenbrand gelöscht werden. Seiten u. a. wurden in der Kaiserstraße 25 ein Raub der Flammen. Wegen Platzens eines Heizkörpers erfolgte ein Alarm nach der Prinzenstraße 42. Ein Wohnungsbrand beschäftigte die Wehr in der Lauffertstraße 31. Gardinen u. a. wurden in der Köpenerstraße 62 und Prinzstraße 7 ein Raub der Flammen. Ein Kellerbrand rief die Wehr nach der Defauerstraße 7. In der Französischenstraße 18 geriet in einer Restaurationskuche Fette usw. in Brand. Mit Erfolg wurde Sauerstoff in der Kurfürstenstraße 48 benutzt.

Berliner Nachrichten.

Namenlose Helden!

Zum Gedächtnis der drei Genossen Hensei, Pachmann, Rauen, die heute vor 20 Jahren (am 22. Januar 1887) mitten in der Aufklärungsarbeit des Flugblattverbreitens den Heldentod für das Volk starben.

Drei Helden! — Von ihnen kein Denkmal in Erz,
Nicht Marmoralleen melden — — —
Und doch umschleicht sie des Volkes Herz!
Und doch sind es wirkliche Helden!
Sie trugen unter dem Schandgesetz
Flugblätter in ihren Armen —
Durch den Wald bis zum See ging die wilde Hez,
Verfolgt von blauen Gendarmen.
Das Eis ist zu schwach! — Und die Blauen sie nah'n! —
„Die Blätter beschlagnahmt?“ — „Gefangen?“ —
„Niemals!“ — „Hinüber die schwankende Bahn!“ —
Und aufs Eis die Tollkühnen sprangen.
Und es schwanket das Eis und es kracht und es knack,
Den Helden folgt keiner der Blauen —
Und dröhnen am Ufer die Dörfler pakt,
Die Anechte und Bauern, ein Grauen.
Und laut bricht das Eis, als ob es spricht:
„Es wiegen zu schwer mir die Blätter!“
Und es kracht und es kreischt und es brist und es bricht...
Doch den Kämpfenden kommt kein Retter.
Da warfen die Blätter sie hoch in die Luft:
„Hoch die Partei!“ sie riefen...
Und sie sanken hinab in die nasse Flut...
Und sie sanken hinab in die Tiefen...
Doch der Schrei — der Schrei, als die sterbenden Drei
Tief unter dem Eise versunken...
Der letzte Schrei: „Hoch die Partei!“
Der ist nicht mit ertunken!
Den nahm der Wind — der Wind, daß er frei
Zum Sturme — zum Sturme werde!
Zum Wähler und Werber der Todeschrei!
Zum lebendigen Odem der Erde!
Und die Blätter — die Blätter, die nahm der Wind,
Der gab sie dem Sturme weiter:
Der Sturm und der Wind als Genossen sind
Die besten Flugblattverbreiter!
Und Flugblatt auf Flugblatt, vom Sturme beschwingt,
Flug fliegend über die Fläche.

Schöneberg.

Die Stadtverordnetenversammlung rümic in ihrer letzten Sitzung einem Antrage des Magistrats zu: zu weiteren Erörterung der Stadtheaterangelegenheit eine gemischte Deputation, bestehend aus 10 Stadtverordneten und 5 Magistratsmitgliedern, einzusetzen.

Sodann wendete sich die Versammlung nochmals der Beratung des Orisakats für die Pflichterziehungsschule zu. Im November vorigen Jahres hatte die Stadtverordnetenversammlung die unentgeltliche Vergabe sämtlicher Lernmittel beschlossen. Der Magistrat ist diesem Beschlusse nicht beigetreten und beantragte folgende Abänderung:

Für die Beschaffung von Lesebüchern, Rechenbüchern, Schreibheften, Linealen, Farben sorgt die Stadt. Unbemittelten können auch andere Lernmittel gegeben werden. Für die Beschaffung der übrigen Lernmittel ist der Arbeitgeber verantwortlich.

Nach Ansicht des Magistrats geht der seiner Zeit gefasste Beschluß der Stadtverordnetenversammlung zu weit, auch sprechen dagegen pädagogische und finanzielle Bedenken. Stadt. Magnan (Sog.) wendet sich gegen den Magistratsantrag und empfiehlt der Versammlung voll und ganz an dem damals gefassten Beschlusse festzuhalten. Die völlige Unentgeltlichkeit liege im Interesse der Lernenden. Die Meister würden doch auf jeden Fall die Kosten auf die Lehrlinge abwälzen. Auch habe die Stadtverordnetenversammlung über die finanzielle Tragweite ihres Antrages selbst zu entscheiden. Auf jeden Fall sei der Antrag des Magistrats der Bedeutung der Fortbildungsschule keineswegs angepöht. Stadt. Gottscheiner tritt ebenfalls für völlige Unentgeltlichkeit ein. Stadt. Oberlehrer Seefe legt sich für den Magistratsantrag ins Zeug. Seiner Meinung nach werden die Lernmittel viel höher eingeschätzt und sorgfältiger behandelt, wenn man etwas dafür bezahlt. Die völlige Unentgeltlichkeit sei auch unpädagogisch. Bürgermeister Blankstein erklärt, daß der Magistrat prinzipiell auf dem Standpunkte steht, daß man die Lernmittel unentgeltlich geben kann, man müsse aber vorsichtig zu Werke gehen. Nach dem ersten Schritt gute Erfahrungen, so könne man ja späterhin weitergehen. Stadt. Hoffmann (Sog.) tritt den Ausführungen des Stadt. Seefe entgegen. Von einem Geschenk der Lernmittel könne keine Rede sein, da die Kosten dafür durch die Steuern aufgebracht werden. Stadt. Dr. Marrowitz empfiehlt ebenfalls, den seiner Zeit gefassten Beschluß aufrecht zu erhalten. Stadt. Val. Fröhlich legt der Sache keine große Bedeutung bei, er will nur, daß der Meister auf seinen Fall für Beschaffung der Lernmittel herangezogen werden soll und stellt einen dementsprechenden Antrag. Stadt. Magnan (Sog.) tritt nochmals für Aufrechterhaltung des alten Beschlusses ein und verurteilt die Haltung der Schuldeputation in dieser Angelegenheit, die den Magistrat geschoben habe. In namentlicher Abstimmung wird sodann der Magistratsantrag mit der vom Stadt. Fröhlich beantragten Abänderung mit 25 gegen 16 Stimmen angenommen, damit ist also der alte Beschluß fallen gelassen worden.

Dem von der Stadtverordnetenversammlung gefassten Beschluß, auch die Bürgerdeputierten von der Uebernahme städtischer Arbeiten auszuschließen, ist der Magistrat nicht beigetreten. Es wird beschlossen, gemäß der Städteordnung eine gemischte Deputation einzusetzen, um eine Einigung in dieser Angelegenheit zu erzielen.

Zur Neuanschaffung von Wahlurnen zur Reichstagswahl werden 140 M. bewilligt.

Mitgliedschaft.

Im März dieses Jahres findet die Wahl von zwei Gemeindevertretern statt. Es scheiden aus die Vertreter H. Stadelhof und J. Haberecht. Pflicht eines jeden Wählers ist es deshalb, sich zu überzeugen, ob er auch in der Wählerliste steht. Diefelben liegen an folgenden Stellen zur Einsicht aus: Im Gemeindebureau in den Dienststunden, bei Gustav Joch, Restaurateur, Köpenickerstraße; Ferdinand Kläter, Rudowertstraße; und Heinrich Saff, Grünauerstraße; dortselbst sind auch Reklamationen unter Beifügung der Legitimation aufzugeben. Ferner nehmen Reklamationen die Genossen Max Winkemann, Köpenickerstraße (Konsum), Wilhelm Dürre, Zimmerer, Rudowertstr. 33, und Karl Kühle, Grünauerstr. 47, entgegen. Der Vorstand des Wahlvereins.

Ueber den Raubmord in Glienicke auf den Werkstättenführer Reinhold Franke sagt derselbe folgendes aus: „Ich hatte in Berlin den Vorortzug verpaßt und benutzte deshalb die Wanneseebahn. Kurz vor 1/2 Uhr traf ich in Babelsberg ein und ging, weil der Omnibus erst in vierzig Minuten abfahren sollte, zu Fuß. Als ich durch die Kaiserstraße ging, tauchte plötzlich vor mir mit dem Aufse: „Geld oder Leben!“ ein Mann auf. Sein Aussehen machte den Eindruck der Verkommenheit. Er dürfte dem Raubbandentum angehören, jedenfalls war er kein Anararbeiter, der mich gefasst hatte. Wie er mich anrief, hielt er mit der rechten Hand einen etwa 20 Zentimeter langen Revolver mit dunklem Schaft entgegen, mit der linken handte er einen blanken, 10 Zoll langen Dolch. Ich hielt zuerst den Kopf für verrückt, ich sagte darum auch: „Mensch, Sie sind wohl bumm, was wollen Sie von mir, ich habe kein Geld!“ Darauf schrie er mich an: „Jawohl, Sie sind ein reicher Villenbesitzer. Entweder ich erdöche Sie, oder ich erschöche Sie!“ Aber machen Sie doch keine Gefaschten, Mensch, Sie irren sich. Ich bin der Werkstättenführer Franke aus Glienicke, ich hab' doch nichts!“ Unaufhörlich hielt er mir dabei den Revolver entgegen. Plötzlich ließ er die Waffe sinken, schnellte vor, erfaßte sie wieder und hielt sie mir auf 1/4 Meter Entfernung ins Gesicht. Zweimal knadte es, und beim dritten Mal hatte ich eine Kugel weg. Ich taumelte zuerst und rief dann um Hilfe. Da entloß der Kerl auf der Straöe nach Rowanow zu. Alles dauerte höchstens fünf Minuten. Ich konnte mich nicht verteidigen, denn ich hatte nur einen schwachen Schirm. Auch glaubte ich nicht, daß der windige Kerl schiefen würde. Ich konnte allein nach Hause gehen, das Blut floß nur so aus dem Mund, drei Jähne brach mir die Kugel aus und durchschlug dann die Dede der Mundhöhle.“

Beruan.

Stadtverordnetenversammlung. Zum ersten Punkt der Tagesordnung wurde vom Vorfieher der Jahresbericht über die abgehaltenen Stadtverordnetenversammlungen gegeben. Aus demselben ist zu entnehmen, daß im Jahre 18 Versammlungen, in welchen 200 Sachen zur Verhandlung kamen, stattgefunden haben. Von den 24 Stadtverordneten haben 15, darunter unsere drei Genossen, alle Versammlungen besucht. Die Zahl der Zuhörer ist von 24 des Vorjahres in diesem auf 121 gestiegen. Im nächsten Punkte der Tagesordnung bewilligte die Versammlung dem Polizeiverwalter Köthen die Umzugskosten im Betrage von 50 Mark. Dann erklärte sich die Versammlung mit der Pflasterung der Bröder- und Hobesteinstraße einverstanden. Bezüglich der Magistratsvorlage betreffend die Festsetzung der Anzahl der Schulklassen im neu zu erbauenden Schulhause wurde beschlossen, ein neues Projekt auszuarbeiten zu lassen, bei welchem drei weitere Schulklassen und ein zweiter Eingang Berücksichtigung finden sollen. Ueber den Bau eines neuen Restaurationsgebäudes am Pleinitzsee fand eine längere Besprechung statt, und soll ein solches den Verhältnissen entsprechend mit geeigneten Restaurationsräumen wie auch mit Fremdenzimmern errichtet werden.

Gerichts-Zeitung.

Ein trauriges soziales Bild

entrollte eine Verhandlung, welche gestern die 2. Strafkammer des Landgerichts I beschäftigte. Auf der Anklagebank saß die Lehrerswitwe Julie A. Plag, um sich unter der Anklage des Diebstahls zu verantworten. Es handelte sich um eine Ver-

zweiflungslot einer unglücklichen Mutter, die nur für ihre Kinder den Weg des Verbrechens betreten hatte. Die Angeklagte ist die Witwe eines Lehrers, der ihr außer einer mehr als kitzlichen Pension nur Schulden hinterließ, die infolge von Krankheiten entstanden waren. Nach dem Tode ihres Mannes stand Frau B. nun allein mit ihren neun Kindern in der Welt. Sie nahm den Kampf mit dem Leben auf und sah Tag und Nacht an der Nähmaschine, um durch Mäntelarbeiten einige Groschen zum Lebensunterhalt zu verdienen, da die geringe Pension gerade für die Riete ausreichte. Es kam dann eine Zeit, in der das einschüchternde Elend über die Familie hereinbrach. Die Angeklagte verlor ihre Arbeit, außerdem erkrankten zwei Kinder. In der höchsten Not ließ sich die Frau B. verleiten, einen Abenddiebstahl zu begehen. Sie wurde wegen dieser Tat zu einer kleinen Gefängnisstrafe verurteilt. Nach diesem Fehlschritt begann die Angeklagte von neuem, für ihre Kinder zu arbeiten. Ihre geringe Kraft reichte jedoch nicht aus und bald war Not und Elend der ständige Gast in der Familie. Als das Weihnachtsfest herannahte, war die Not am schlimmsten. Der kleine achtsjährige Junge starb in seinem dünnen Bettchen ganz erbärmlich. Am nächsten Tage wurde Frau B. in dem Wertheimischen Warenhause dabei abgefaßt, wie sie einen Kinderanzug für einen etwa achtjährigen Knaben, den sie sich vorher zeigen ließ, aneignen wollte. Die festgenommene verdächtige händringend, sie habe sich nur in der Not wieder hinführen lassen, um von ihrem Kinde nicht mehr hören zu müssen, daß es friere. — Vor Gericht war die Angeklagte reumütig geständig. Der Staatsanwalt beantragte 4 Monate Gefängnis. Rechtsanwalt Heine führte aus, daß es mit der Rücksicht auf das große Elend, welches die Angeklagte zu dem Diebstahl getrieben habe, schon eine harte Strafe sein würde, wenn man auf ebensolche Tage erkennen würde, wie der Staatsanwalt Monate beantragt habe. Das Gericht kam ebenfalls zu einer milderen Beurteilung der Sache, es erkannte aber trotzdem auf einen Monat Gefängnis.

Keine Sühne für den Tod eines Gärtnerlehrlings.

Das Schwurgericht in Stendal gab am 15. d. M., wie wir der „Stendaler Zeitung“ entnehmen, einen auffallenden Preispruch ab. Die Verhandlung richtete sich gegen den Gärtner-Volontär Carl Schwarz von Stendal wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgange. Der Angeklagte hand in vorigen Jahre bei dem Gärtnerbesitzer Gade in Stendal in Stellung, bei dem auch der Gärtnerlehrling Kiefewetter aus Osterburg im 2. Jahr lernte. Zwischen beiden entstand ein gespanntes Verhältnis, da Angeklagter wohl seinen „Volontär“ dem Kiefewetter gegenüber zu sehr herausbeihen wollte, letzterer sich aber dieselben Kenntnisse wie Schwarz beimah. Am Freitag, den 28. September v. J., hatte Kiefewetter seine Mühe auf das Bett des Angeklagten gelegt. Letzterer hatte sie dort weggenommen und hinter einen Kasten geworfen, auf Kiefewitters Frage nach dem Verbleib der Mühe aber gar nicht geantwortet. Am nächstfolgenden Abend zwischen 6 und 7 Uhr gerieten beide heftig aneinander, da Schwarz die Mühe immer noch nicht herausgegeben hatte. Nachdem sich beide vom Zimmer auf den Hof geschoben hatten, gerieten sie in ein weiteres Handgemach. Schwarz hatte dem schon im Zimmer von ihm blutig geslagenen weilschwächeren Lehrling noch weitere Faustschläge gegen den Kopf versetzt, die eine Verletzung einer Arterie an der rechten Seite des Gehirns in einer Ausdehnung von 4 Zentimetern zur Folge hatten. Der Verletzte hatte sich wegen der Schmerzen am Kopfe zu Wette begeben. Als er am nächsten Morgen beim Kaffeetrinken nicht pünktlich zur Stelle war, wurde die Tür zu seiner Kammer mit Gewalt geöffnet, — man fand ihn entseelt in seinem Bett. Dem Kiefewetter wird von seinem Lehrern ein äußerst gutes Zeugnis ausgestellt. Der Angeklagte hat dagegen des öfteren Anlaß zu Tadel gegeben. Der Angeklagte will in Notwehr gehandelt haben, indem er sich den K. vom Leibe gehalten und die ihm zugefügten Verletzungen nur erwidert habe. Diese Ausrede hat er bei seiner ersten Vernehmung nicht gebraucht. — Der Herr Geh. Medizinalrat Plange, der als Sachverständiger vernommen wird, befundet über das Ergebnis der Sektion, daß in das Gehirn des K. ein auf fallender Bluterguß stattgefunden hatte, der 11 Zentimeter lang, 9 Zentimeter breit und 3 Zentimeter dick gewesen ist. Als Todesursache ergab die Sektion der Leiche Bluterguß durch einen Querschlag einer Gehirnschlagader infolge äußerer roher Gewalt. Die Schädeldecke des K. war außergewöhnlich dünn, so daß es sehr wohl möglich war, daß durch Faustschläge die Schlagader verletzt werden konnte, nach Mitteilung des Sachverständigen müssen aber die Schläge mit aller Gewalt geführt sein. Der Erste Staatsanwalt schilderte nach der Vernehmung der Zeugen und Sachverständigen noch einmal den Verlauf des ganzen Streites, der in seinen Folgen so schweres Leid über zwei Familien gebracht; er beantragte Verurteilung wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgange, zugleich aber auch mildernde Umstände. Justizrat Schubert stellte die Tat als einen Akt der Notwehr dar und wies auch darauf hin, daß die Folgen nicht so schwere gewesen wären, wenn die Schädelknochen stärker wären. Noch einmal wies der Staatsanwalt darauf hin, daß es Schwarz ein leichtes gewesen wäre, durch Schließen der Tür zwischen Kiefewetter und seiner Person eine sichere Grenze zu ziehen. Nach kurzer Zeit verkündete der Obmann der Geschworenen den Wahrspruch auf die Schuldfrage mit „Rein“, der Vorsitzende verkündete das Urteil, das demgemäß auf Freisprechung lautete. Dieses Schweigen herrschte im Saal nach der Verurteilung, und der Mann löste sich erst, als der Diener die Zeugen aufforderte, die Bänke zu räumen.

Zum Wahlfonds

gingen in unserer Expedition Lindenstr. 60 folgende Beiträge ein: Berliner Schwimmverein „Welle“ 10.—, Labisch u. Ko. 10.—, Dreherei Schäfer u. Hausmaner, 3. Rate durch Ziegler 5.—, Maschinenfabrik Schwarzloppf, Scheringstraße, Abteilung Dreherei, Maschinenbau 50.—, Vom Eisenriemen der Gewerkschaften, Verbanenuser 8 30.—, Gesammelt durch R. 225. Diener und Maschinenpersonal der Firma A. Jandorf, Gr. Frankfurterstr. 113, 2. Rate 18.—, Genossen des Fuhrhofes Rammann, Neue Hochstraße 465. Sparverein „Globe“ 20.—, Handelskram W. Schmidt, Marktstraße II, Stand 479 5.—, Buchdruckerei Hlstein u. Ko., Zeitungsabteilung, 8. Rate 40.—, R. 3.—, Firma R. Rüd., Zimmerer 250. Sparverein der Hornlosen, Sebanstr. 71a 10.—, Von Wilhelmstraße 6, 75. Hilfsarbeiter der Druckerei „Wode“, 2. Rate 20.—, Lederverwalder Fritz Auges u. Ko. 11,10. Kollegen der Firma Suigola, Alte Jakobstraße, außer Finem 4,20. Teilerfassung der Werkstatthigung G. Hofmann u. Ko. durch Schubert 5,20. Gesammelt durch Frau Heim Wodbiest im Virchgarten 6.—, Erpartes Neujahrskartentporto, gesammelt bei Franz Dein, Brügelstraße 7 9,25. Verhandlungsmitglieder der Buchdruckerei Hempel, 2. Rate 30,25. Schriftsteherei Wöllmer, darunter 50.— aus der Bierstraße 128,75. Gesamterional der Buchdruckerei Maurer u. Dimmig, 3. Rate 7,50. Hr. Nr. 1876 5.—, Redaktion „Vorwärts“, 2. Rate 84.—, Schöls, Neuenburgerstr. 10.—, Personal d. Buchdruckerei Grebe 21,90. Rauchklub „Proffim“, Mitgl. d. G. R. d. 5.—, Kollegen der Wägenfabrik G. A. Hoffmann, Wien 9.—, Rauchklub „Einigkeit“, Charlottenburg 4,25. Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter, Sektion I 25.—, Rauchklub „Proffims Heim“, R. d. R. R. d. 8.—, Aufgesperrte Kollegen der Firma Schirn u. Co., Weihensee, aus der Schierklasse 20.—, F. Neues, Reichenbergerstraße 112 2.—, Sarre 10.—, Auidny 1.—, F. Hoyer, Jüdenstraße 18/19 2.—, Gef. d. Wagner bei der Firma C. H. Höhl, Berlin, Thorestr. 21 15,30. Kollegen der Firma H. Eberdt, Rurfarckenstr. 13 5.—, Arbeiter-Nachfahrer-Verein „Frisch Auf“, Niederlehme 10.—, Verhandlungsmitglieder der Steglitzer Vag- und Kunstbruderei, G. m. b. H. 20,05. Summa 603.— M. Vereits quittiert 17 248,91 M. Summa 17 311,91 M.

Weitere Beiträge werden in unserer Expedition entgegen genommen.

Inseratenteil veranlo.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Vermischtes.

Zur Katastrophe in Kingston.

Die gestrige Meldung von einer heillosen Zurückweisung der Hilfe Americas für die vom Unglück Betroffenen seitens des Gouverneurs von Kingston scheint sich nicht zu bestätigen. Heute vorliegende Nachrichten besagen, daß der Gouverneur das Ersuchen an die britische Regierung gerichtet hat, den Vereinigten Staaten von Amerika den wärmsten Dank für die tatkräftige und schnelle Hilfe auszusprechen. Es ist denn auch ein Depeschenwechsel zwischen England und Amerika erfolgt, und wird in der amerikanischen Antwort an den englischen Kriegsmiister besonders betont, daß Präsident Roosevelt bestimmt erwartet, daß sich, falls noch Hilfe notwendig, England an Amerika wendet, da der Präsident wisse, wie gern England im umgekehrten Fall eine Hilfsaktion für Amerika einleiten würde.

Der Bürgermeister von New York hat von dem Bürgermeister von Kingston ein Telegramm erhalten, in dem dringend um Hilfe seitens der Amerikaner gebeten wird.

Es ist in der von der Bevölkerung betroffenen Stadt nunmehr eine gewisse Ruhe eingetreten. Ein Telegramm aus Kingston meldet: Da die Aufräumungsarbeiten ständig fortschreiten, haben viele Banken ihre Tätigkeit wieder aufgenommen und dadurch den Geldmangel gekümbert. Mehrere Kaufleute treffen Anstalten, ihr Geschäft vor Ende der Woche wieder zu beginnen. Die elektrische Straßenbahn hat ihren Dienst teilweise wieder aufgenommen. In Amerika und Großbritannien sind umfangreiche Materialbestellungen gemacht worden.

Es hat den Anschein, als ob auch die Strandungen der deutschen Dampfer „Prinz Waldemar“ und „Prinzessin Viktoria Luise“ im Hafen von Kingston auf die Erdbedenkatastrophe zurückzuführen sind. Wie festgestellt sein soll, habe bereits vor dem Erdbeben eine Verschiebung des Meeresbodens stattgefunden, so daß die in richtigem Laufe steuernden Schiffe aufgelaufen sind.

Aus der göttlichen Weltordnung. Bei Daum (Rheinland) ist ein Handwerksbursche erfroren aufgefunden worden.

Brennender Kohlenhaufen.

Gleiwitz, 22. Januar. Auf dem Brandfelde des Heimhügels der 250-Petersöhle des Georgeshafens der „Königin Luise-Grube“ durchbrach, wie der „Oberhessische Wanderer“ meldet, heute vor mittag das Feuer die aufgetürmten Dämme. Acht in der Nähe arbeitende Bergleute erlitten durch die herbordringenden Flammen und brennende Gase schwere Brandwunden. Die Verwundeten wurden in das Knappschaftshospital gebracht. Die Aufräumungsarbeiten auf dem Brandfelde wurden sofort in Angriff genommen.

Explosiertes Dynamit.

Auf der Grube Friedrich Wilhelm bei Herford (Regierungsbezirk Koblenz) explodierten bei der Einfahrt auf dem Förderloch 2 1/2 Kilogramm Dynamit. Sechs Bergleute sind schwer verletzt.

Ein abgebranntes Regierungsgebäude.

Tokio, 22. Januar. Das Hauptgebäude des Departements für das Verkehrsweien ist niedergebrannt. Die Entstehung des Brandes wird einem überheizten Ofen zugeschrieben, der Brandschaden wird auf eine Million Yen geschätzt.

Auf der Jagd ermordet.

Djibuti, 20. Januar. Der Stamm der Ifas ermordete den Direktor des Handelskontors von Djibuti Clerj und den Fähnrich Perien vom Kreuzer „Descartes“, welche etwa 30 Kilometer weßlich von der Stadt jagten.

Die Kälte.

Das Thermometer zeigte gestern früh in Wien —16 Grad Reaumur.

Eingegangene Druckschriften.

Umsatz in Sicht!! Von Prof. Dr. F. Staudinger. 21 S. Verlag: C. Neuber, Darmstadt. Reclams Universal-Bibliothek. Nr. 4861, 4862. Clara Tschudi, Königin Maria Sophia von Neapel. Uebersetzung aus dem Normwegischen von R. phil. Karl Richter. Geb. 80 Pf. — Nr. 4863. Kurt Kraus und Felix v. Schlicht. Viehes-Wandern. Lustspiel in drei Aufzügen. — Nr. 4864. Cesar Wilde. Die Ballade vom Luchthaus zu Reading. — Nr. 4865. Weidmanns-Ordnung für den Reichstag nebst dem Reichsgesetz betr. die Gewährung einer Entschädigung an die Mitglieder des Reichstags, und der Bekanntmachung vom 27. Juni 1906. Herausgegeben von Karl Hammer. Geb. 60 Pf. — Nr. 4866. W. M. Garischin. Die rote Blume und andere Rosen. Aus dem Russischen übersetzt von Dr. G. B. Hönenberg. Mit Garischins Bildnis. — Nr. 4867, 4868. Weidner Mehr, Regine. Eine Erzählung aus dem Ries. Geb. 80 Pf. — Verlag: Pp. Reclam jun., Leipzig.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Friedrichstr. 16, Aufgang 1, eine Tageweise (Abendstunden) von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gestern 7 Uhr. Sonntags beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anrufer ist ein Buchhabe und eine Anzahl an Briefkasten beizuliegen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. G. R. 49. Wenden Sie sich an Herrn Wilhelm Döle, Wollmerstr. 27a. — G. R. 24. Wenn Sie in den preussischen Staatsverband aufgenommen werden wollen, so müssen Sie die Kosten, die durch erforderliche Akte entstehen, selbst bezahlen. — G. R. 36. Die Straöe ist durch Kämmerle entfallen. — G. R. 61. War enthalten in Nr. 188 unter Vermischtes Jahrgang 1906. — G. R. 8. 1. Die Stadt hätte das Recht, würde aber von dem Recht keinen Gebrauch machen. 2. Wenden Sie sich an die Versicherungsanstalt Berlin, Könnlicher Park. 3. Ohne Kenntnis der Statuten der Kasse ist Ihre Frage nicht zu beantworten. — G. R. 19. Sieht die Wohnung so aus, wie Sie geschildert haben, so sind Sie berechtigt, auf Aufhebung des Vertrages oder auf Schadenersatz zu klagen. — R. 1903. 1. u. 2. Rein. 3. Wir können keine bessere Auskunft als der Arzt geben. Wenden Sie sich an diesen. — Gledisch, Trebbin. Sie sind zur Zahlung verpflichtet. — G. R. 33. Wenn die Forderung nicht etwa eingeklagt war, ist sie verjähr. — Alfred 1000. Herzlichen, das vorausichtlich zur Dienstunfähigkeit führt. — G. 500. Teilen Sie dem Wit mit, daß Sie die notwendigen Verhandlungen auf seine Kosten anbringen lassen werden, falls innerhalb acht Tagen Remedur nicht eintritt, und führen Sie die Drohung aus. — G. R. 1. u. 2. Rein. — G. M. Rein, es ist aber auch anders entschieden. — M. R. 22. 200. — G. R. 100. Leider nein. — Compagnon. Ueber kein schriftlicher Vertrag vor, so ist gleichmäßig zu teilen, die Vorschriften über die Art der Teilung stehen im Handelsrechtbuch. Sind Sie Compagnons und ist nichts vereinbart worden, so steht Ihnen ein Anspruch für Verwendung der Arbeitskraft aus dem Gesetze nicht zu. — G. 100. Ja. — G. R. 33. Die Verjährung tritt erst in 30 Jahren ein. — G. 188. 1. bis 3. Rein. — Kägen 7. Ja: Der Reichstempel wird für die Zeit vom 1. Januar bis 1. Januar, nicht für die Weisheit berechnet. — W. M. 38. Unbekannt.

Witterungsbericht vom 22. Januar 1907, morgens 8 Uhr.

Table with 10 columns: Stationen, Thermometerstand, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. Tag u. N., Stationen, Thermometerstand, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. Tag u. N.

Wetter-Berichte für Mittwooch, den 23. Januar 1907. Trocken und vielfach heiter bei strengen Frost und mäßigen nordöstlichen Winden. Berliner Wetterbureau

Für Kolporture!
Soeben erschienen:
Ein Kulturgruß aus Afrika.
Diese künstlerisch gezeichnete Ansichtskarte, welche die Taten der Kolonialhelden darstellt, bietet lohnenden Absatz. Wir liefern 100 Stück zu 3 M., 500 Stück 12 M. bei Vorauszahlung des Betrages oder franko Nachnahme.
G. Birk & Co., München.

Frostschäden
Frostschäden, an Händen u. Füßen, Frostwunden verschwinden vollständig durch **Reichels Russ-Frostbalsam**, 31. M. 1.—
offene Froststellen werden dauernd befeuchtet durch **Reichels Russ-Frostsalbe**, Dose M. 1.—
Wirkung in kürzester Zeit garantiert!
Lehtannin-Badepulver zum gleichzeitigen Gebrauch bei älteren Frostwunden, Paket 75 Pf. Zu beziehen durch **Otto Reichel**, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

Verleih-Institut:
Friedrichstr. 115 I, a. Drabg.
Tel. Reg. Acad. Gebroed
150. Seite 1.00, Seite 50 Pf.

A. JANDORF & Co

Spittelmarkt Belle Alliancestrasse Gr. Frankfurterstr. Brunnenstrasse Kottbuser Damm

Extra-Angebot soweit Vorrat

Ein grosser Posten

Prima Velour-Teppiche!

Grösse ca. 200/295 cm, statt 48.75 jetzt Mark **33.75**

Linoleum-Läufer ca. 67 cm breit Meter **78 Pf.**

Linoleum-Vorleger ca. 70/90 cm breit Stück **95 Pf.**

Soeben erschienen:
Berlin und seine Arbeiter
in englischer Beleuchtung.
Vergleichender Reisebericht von **Best, Davis und Perks.**
Deutsch herausgegeben von Dr. Waldemar Zimmermann.
Mit einem Vorwort von Prof. Hans Delbrück.
Preis M. 1.—
Ein hochangesehener englischer Industrieller, ein Gewerkschaftsführer und ein Wohlfahrtsbeamter des ersten Krankenhauses in Birmingham, die den verschiedensten politischen Lagern angehören, haben unter Führung des Berliner Bürgermeisters, der ersten Grossindustriellen sowie des Vorsitzenden des Reichsarbeiterverbandes die Arbeiterverhältnisse in Berlin eingehend studiert und schildern diese mit einer Unparteilichkeit und einer Originalität, die den Bericht nicht nur zu einer lehrreichen, sondern auch eigenartig fesselnden Lektüre machen. Die Mannigfaltigkeit der darin mitgeteilten Beobachtungen läßt ihn dabei als ein **wahres soziales Kaleidoskop** erscheinen und bietet darum sowohl dem Arbeitgeber, als auch dem Arbeiter eine Fülle interessanter Anregungen und wertvoller kritischer Vergleiche.
Zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder direkt vom **Verlag Dr. Wedekind & Co., G. m. b. H.**
Berlin SW. 19, Kommandantenstr. 14. 37302*

Möbel

Bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen

eventuell auch auf Teilzahlung

Paul Curow's Möbel-Fabrik

Berlin SW., Lindenstraße 105.

Phänomen-Zigaretten



Phänomen-Zigaretten sind aus echten türkischen Tabaken hergestellt
Phänomen-Zigaretten sind garantiert Handarbeit
Phänomen-Zigaretten sind nach ägyptischer Art hergestellt
Phänomen-Zigaretten übertreffen Importen
Phänomen-Zigaretten sind überall zu haben
Stück 2, 3, 4 und 5 Pfg. 3056L*

Türk. Tabak- und Zigaretten-Fabrik „**Namkori**“

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pf., Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pf., Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vorkorte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 3 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Teppiche mit Farbentwürfen, Fabriknebelte, Große Frankfurterstr. 9, parterre, kein Laden, Kaiserhof. 41

Stegdecken billig, Hotel Große Frankfurterstr. 9, parterre. 41

Gardinenhaus Große Frankfurterstr. 9, parterre, kein Laden, Kaiserhof. 41

Teppiche! (lederbaste) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Braun, Dadelcher Markt 4, Bahnhofs Böfse. 255/2*

Stegdecken spottbillig, Fabrik Große Frankfurterstr. 60. 21073*

Gelegenheitskäufe: Paletots, Anzüge, Dolan, Koffer, Revolver, Leuchttürme, Uhren, Goldschmuck, Messer, spottbillig, Lude, Drantenstr. 131.

Reifenläufer, Operngläser, Reisinge, Regulatoren, Pfeilwinger, Harmonikas, Weigen, Silber, Bilder, Teppiche, spottbillig, Lude, Drantenstr. 131. 10285*

Federbetten, helle Stand, 20 Matz, auch Bettstelle, Dresdenstr. 33, vorn II links. 9/5*

Pfandleihenhaus Widenweg 19. Schlemmer-Räumungsverkauf, Winterpaletots, Winteranzüge, Bettensverkauf, Gardinenverkauf, Wäscheverkauf, Uhrenverkauf, Kofferverkauf, Teppichverkauf, Steppdecken, Nähmaschinen, stamenerregende Spottpreise. Verbindungen allerwärts. 8/6*

Engerobbin, fast neu, billig Alexanderstr. 12, Vogelhandlung.

Betten, Stand 11,00, wochenschläfrig, 16,00, Winterpaletots billig, Gubenstr. 14, Pfandleihe. 4/0*

Kontormöbel, Gelbgrüne, eiserne Schrankstühle, Gasströmer, Schildebühne, Regale, Adentische, alt und neu, spottbillig, Steinecke, Drantenstr. 2.

Gestifte Erdstuhlflores 4,35, Galt Spachtelstuhlflores 6,25, Segelstuhlflores 1,65, Inventur-Räumungsverkauf, Teppichhaus Emil Lehndorfer, Drantenstr. 158. 22008*

Reichgehaltete Vorhänge, Bildstuhlflores 3,85, Bildstuhlflores 4,85, ganze Dekoration, Inventur-Räumungsverkauf, Teppichhaus Emil Lehndorfer, Drantenstr. 158. 22078*

Wandanzüge und Winterpaletots von 5,00, Zoppen von 4,50, Dolan von 1,50, Gedenkanzüge von 12,00, Braut von 2,50, sowie für luxuriöse Figuren, Reue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verkauft, Sachen fast nur am billigsten bei Sach, Wladstr. 14. 10515*

Kranzstr. 50, Möbel, Spiegel, Polsterwaren, geschätzte Auswähl, billige Preise, Inventur-Ausverkauf, Saalfelds Möbelgeschäft. 10505*

Deckbett, Unterbett, Kissen mit glattrösem Innenteil 10,50, Pfandleihen-Drantenstr. 158, 21818*

Reisepalettentisch, Unterbett, zwei Kissen 18,00, Drantenstr. 158, 21818*

Wanderdeckbett, Unterbett, zwei Kissen 27,00, Große Laken 1,00, Teppichhaus, Drantenstr. 158, 21818*

Verkaufte Pfandverkauft, spottbillig, Bettentwurf, Goldschmuck, Garderoben, Möbelstücke, Wäscheverkauf, Hermannplatz 158. 4118*

Nähmaschinen, Käufer dieser Woche ohne Anzahlung, Woche 1,00, erhalten Gratiszugabe, Delgemälde, Handmalerei, Köpenickerstr. 60/61, Große Frankfurterstr. 43, Brenzlauerstr. 59/60. 488*

Brantleute! Möbelsuchende! Bekannt billigste Bezugsquelle für Wohnungseinrichtungen, Sofas, Bettstellen, reelle Kissen in überaus großer Auswahl! Nur Grünerweg 81. — Hermann Dminacht *

Säulenmanne 32,00, Tischensofa 35,00, Kuschelschrank 38,00, Nähmaschine, Bronzefronen, Salonstühle 2,00, Bauernische 2,50, Tischlerstr. 53, Restaurant. 10475

Nähmaschine verkauft billig, Kärntner, Zwinnmünderstr. 11. 10466

Restaurant mit Vereinszimmer, gut gehend, billig zu verkaufen, Wäbgeres, Stallhüterstr. 11, Lokal.

Große Stellen, rote/ra Inlett, 15,00, bestehend in Oberbett, Unterbett, 2 Kissen. E. Becker, Landbergerstr. 41. 22295*

Verschiedenes.

Volkshumorist Herr Balgo, aus Gesellschaft, Rantowstr. 41.

Komiker Eisholz, Gropiusstr. 6. 9345*

Patentanwalt Bessel, Ostschmerstr. 94a. 9278*

Kunstkopiererei von Frau Kofosty, Charlottenburg, Goethestr. 84, I.

Nixdorf, Neues Spiel, Knechtstr. 113, Restaurant, Garten, Vereinszimmer, Barkeittal (600 Personen), Sonntag, 11. 4117*

Pfandleihen kauft Pfandleihen, Pringentstr. 63. 5/14*

Teget, Es ist unwahr, daß ich Herrn Keimann ausgemietet habe, sondern derselbe hat gekündigt und ich zahle dieselbe Miete. Hermann, Restaurant. 21998*

Bücher kauft, beliebt Antiquariat, Kochstr. 56, I. 18728*

Wohngelände, Den Genossen empfehle meine Wache und Blattantahl, Wache wird abgerollt, wofür ich im freien getrocknet, Abholung Sonnabends, Karl Koch, Köpenick, Grünauerstr. 21. 21778*

Verloren Klausurheft Montagabend, Klopfflores, Abzugeben gegen gute Belohnung, Klopffloresstr. 20, Schaller. 10536

Blatt- und Wohngelände alle Leiche, Köpenick, Gartenstr. 15, 4 Handlächer 0,10, Abholung Sonnabend. 22242*

Teilzahlung, Anfertigung eleganten Herrengarderobe, Marcus, Polstr. 14. 9/6*

Vermietungen.

Laden, zwei moderne Schaufenster, Stube, Küche und Keller, passend für Kolonialwaren, Schuhwaren, Garderoben, sofort, Vogt, Wäbgerstr. 133a an See/str. 10445

Wohnungen.
Cudenarberstr. 36, 37, 38, sofort und 1. April billige, schöne Wohnungen von 18 Mark ab. 8175*

Wartstr. 63, 64 (Bahnhof Hermannstr.), sofort und später Läden mit Wohnungen, 1 und 2 Stüber, Küche, Bad, Balkon, Erker. *

Achtung! Schöne freundliche Wohnungen von 1 auch 2 Zimmern mit reichlichem Zubehör, mit und ohne Bad, sind zum 1. April 1907 preiswert zu vermieten, Rixdorf, Leuptherstr. 104, R. Dreher. *

Wäbgerstr. 133a, an der See/str., im neuen Hause, schöne, billige Wohnungen, Gartenhaus: 2 Zimmer, Küche, Balkon, Vorderhaus: 3 Zimmer, Küche, Bad, Balkon, sofort oder später, Vogt. 10435

Zimmer.
Möbliertes Zimmer für 1 oder 2 Herren vermietet Frau Jakob, Kolbergerstr. 26.

Bessere Dame findet Wohnung mit oder ohne Kost Körnerstr. 12, II.

Schlafstellen.
Möblierte Schlafstelle, Ametel, Landenstr. 4, Hof. 10345

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.
Parteiengasse, schriftstellerisch gewandt, sucht Stelle als Berichterstatter oder in Redaktion, Gefällige Offerten unter P. 1 Expedition dieser Zeitung.

Blinder Stuhlrechner bietet mit Arbeit, Stühle werden abgelehrt und zurückgeliefert, H. Gläser, Wladstr. 27. 14985

Stellenangebote.
Lehrling für chirurgische Instrumente, Saener, Kottbuserstr. 46.

Redakteur außer dem Hause auf roter Arbeit verlangt Julius Schloß, Lederwarenfabrik, Köpenickerstr. 55. 10485

Berühmter verlangt Baude, Köpenickerstr. 127. 10106

Stanger und Ragler, einzeln auf Spiegelrahmen, findet dauernde Beschäftigung bei Gungly u. Laenger, Brunnenstr. 53. 499

Vader auf Goldbleiben verlangt Rurfürstenstr. 7. 4139

Goldbleiben verlangt Baer, Hermannstr. 58. 4118

Tüchtige Farbmalerei verlangt Dresdenstr. 41/42. 10415

Goldbleiben, tüchtiger Maler wird verlangt, Ed. Methlow u. Co., Köpenickerstr. 145. 10555

Fahrradschlosser! Dauernd nur erste Kraft, Reparaturwerkstoffe, Produktion und Einfuhr, Brunnenstr. 84, Fabrikgebäude. 105/3

Stepperin für Knaben, Stoff, Wäsche, Untertragen, Arbeiterin verlangt Betriebswerkstatt, Brunnenstr. 84, Fabrikgebäude. 10455

50 Arbeiterinnen auf Knabenblusen, Jaden, Faltensappen und Wäscheblusen im und ahern Hause verlangt Betriebswerkstatt Brunnenstr. 84, Fabrikgebäude. 10455

Wäscherin, Lehrling, Lehrling verlangt Knecht, Rantowstr. 41. 8175*

Wamiels am Staubmütel, Böller, Räderdorferstr. 49 I. 440

Verkauf auf Jadedts verlangt Haupt, Kleine Andrasstr. 16.

Wamiels auf Jadedts verlangt Haupt, Kleine Andrasstr. 16.

Zigaretten- Arbeiterinnen, freie Häfen, verlangt Ben Schira, Grefsenhagenstr. 14. 466

Zeitungsfrauen finden sofort lohnende Beschäftigung Pringentstr. 41. 4/18

Tüchtige Verkäuferinnen

aus ersten Häusern, bei hohem Gehalt, für nachstehende Abteilungen zu baldigem Antritt gesucht.

- Kurzwaren
- Seidenband
- Schleier
- Blumen
- Tischzeuge
- Taschentücher
- Futterstoffe
- Tapiserie
- Lampen
- Gürtel
- Kämme
- Lederwaren
- Ungarn. Hüte
- Leih-Bibliothek
- Sport
- Confituren

Wir bitten nur gefl. schriftliche Offerten mit gleichzeitiger Angabe, wann persönliche Vorstellung am genehmsten.

KAVHAVS DES WESTENS.

Interimsbureau:
Augsburgerstrasse 30-31.

Zu Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Achtung! Klavierarbeiter!
Ueber die Pianofabrik **Holl & Co., Andrasstr. 32** und **Grüner Weg 79**, die unter der Firma **Neugebauer Nachf.** Arbeitswillige sucht, ist nach 14tägigem Streit die **Sperre** dauernd verhängt. 141/16*
Zugang streng fernhalten. Vereinigung der Musikinstrumentenarbeiter.

Achtung, Töpfer!
Die gesperrte Firma **A. M. Berndt & Co.** in Wilmersdorf, Hübnerstr. 15, führt jetzt folgende Bauten aus:
Charlottenburg, Derburgstr. 47 und **Quarstr. 3**;
dieselben sind strengstens zu meiden, sämtliche Bauhandwerker werden erlucht dieses zu beachten. 212/3
Die Verbandsleitung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.

Achtung! Bauarbeiter!
Wegen der Ausperrung in der Berliner Holzindustrie sind folgende Bauten gesperrt: 78/5
Bau Sapke, Württembergische StraÙe 38.
Bauten der Firma **M. W. Wegner, Belzigerstr. 27**;
Villa Witt, am kleinen Wannsee, Hübnerstr. 38.
Bau Beck u. Cluppenburg, Gertelandenstr. 46, Hofstr. 46;
Bau Hartenof, Gotsdamer Platz;
Bau Riedelhaus, Rixdäferstr. 13;
Bau Kurt Berndt, Wäbmanstr. 10, Hofstr. 46;
Bau Köpfer u. Schwarzkopf, Schmargendorf, Rixdäferstr. 20/21 (Sankt-Johann);
Bau Lühentitt, Dahlen;
Bau Engelstr. 10/12 (Gefäßhaus) Gräntel.
Bau Reichsbank, Leibnizstr. 8;
Bau Rörig, Legelerstr. 67;
Bau Rantow, Jägerstr. 63;
Bauten der Firmen:
Heinrich Wittig;
Habe, Dahlen, untr. 26;
Stehmann, Rurfürstendamm, gegenüber der Dahlenstr. 144;
Gefäßkommission, Hübnerstr. 46;
Hochschule, Charlottenburg;
Steglich, Rurfürstendamm 13;
Hauptstr. 13;
Wilmersdorf, Dalmatierstr. 2;
Sämidt, Pragerstr. 47;
Kirche, Beussel, Hofstr. 46;
Gefäßwerke, Hofstr. 46;
Rauer, Krankenhaus;
Wilmersdorf, Schloßbau.
Kordmacher (wegen Differenzen): **Leitheff, Teltowstr. 46**.